

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Gut. Ich wüsste nicht, in welcher Ausschusssitzung wir hätten informieren sollen. In der Bildungsausschusssitzung am 6. November 2012 habe ich Ihnen zumindest gesagt, dass wir da Dinge planen, die noch im Fluss sind, und dass wir einen gesetzlichen Weg gehen werden, um neue Oberstufen sicherzustellen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer ersten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Ministerin, finden Sie, dass die Regierungskoalition die Öffentlichkeit zu irgendeinem Zeitpunkt im Zweifel über ihr Vorhaben gelassen hat, **neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** in Schleswig-Holstein zu schaffen?

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Ich hoffe nicht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde beendet.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne den Bürgermeister der Stadt Brunsbüttel, Herrn Stefan Mohrdieck. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 20, 27, 31, 47 und 48 auf:

Gemeinsame Beratung

a) **Regierungserklärung „Schleswig-Holsteins Beitrag zum Atomausstieg - in Verantwortung vor den Menschen und dem Land“**

b) **Keine Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerksstandorten in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/707 (neu)

c) **Transparenz und Volksentscheid über Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerksstandorten in Schleswig-Holstein unter Beteiligung der Öffentlichkeit sichern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/728

d) **Keine Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/733

e) **Energiewende- und Klimaschutz in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/750

f) **Erfolgreicher Atomausstieg: Endlagersuche beginnen - Energiewende konsequent umsetzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/751 (neu) - 2. Fassung

g) **Verfahren zur Zwischenlagerung**

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/778

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag zur Reihenfolge der Worterteilungen: zuerst die Landesregierung zu Teil a), zweitens die FDP zu ihrem Antrag b), dann die Fraktion der PIRATEN zu ihrem Antrag c), dann die Fraktion der CDU zu dem Antrag d), dann die SPD zu ihrem Antrag e) und dann die Fraktionen jeweils nach ihrer Stärke.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident, der Oppositionsführer antwortet auf die Regierungserklärung!)

- Unter den Maßgaben, die die Geschäftsordnung sowieso vorsieht. Vielen Dank für den Hinweis.

Das Wort hat nun Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Hoffentlich steht das im Protokoll!)

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 40 Jahre sind wir als Gesellschaft den Weg gegangen, von dem zumindest eine Mehrheit einmal glaubte, er sei der Weg in eine ewige, er sei der Weg in eine günstige Energie. Wir zahlen jetzt den Preis dafür, dass dieser Glaube ein großer Irrglaube war. Er war nicht der Weg in eine ewige Energie; er war der Weg in ewigen Müll, von dem wir heute noch nicht wissen, was wir mit ihm machen sollen; er war der Weg in ewige und sehr, sehr hohe Preise, die wir und Tausende von Generationen, die nach uns kommen, zu zahlen haben. Wir zahlen den Preis dafür. Zu diesem Preis gehören auch Debatten wie die, die wir hier führen, über die Folgen dieses Irrweges der vergangenen 40 Jahre.

Vor zwei Jahren haben wir in Deutschland einen Pakt geschlossen, einen Pakt der Vernunft. Wir haben ihn über alle Parteigrenzen hinweg endlich verabredet. Auch die, die einmal glaubten, der Weg in die Atomenergie sei der richtige gewesen, hatten gelernt. Auch wenn man den Weg einmal mehrheitlich für richtig hielt - eins steht fest: Er war falsch. Über alle Parteigrenzen hinweg haben wir vereinbart, endgültig aus der Atomenergie auszusteigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Seitdem arbeiten wir gemeinsam daran, den bestmöglichen Umstieg, wofür wir in Schleswig-Hol-

stein - wie ich glaube - mustergültig stehen, aus dieser gefährlichen, nicht verantwortbaren, von uns nicht beherrschbaren Technologie in eine zu gehen, die Zukunft möglich macht und Zukunft nicht vernichtet: den Weg in die **erneuerbaren Energien**. Für diesen Weg stehen wir hier in Schleswig-Holstein. Der Umstieg, den wir machen, der Pakt, der geschlossen worden ist, ist zutiefst richtig. Er ist in Verantwortung vor den Menschen geschlossen, die heute leben, und vor den Menschen, die uns folgen.

Unser Verantwortungsbewusstsein muss auch durchtragen, wenn es um die Fragen geht, die nun alle aufgeworfen sind, und die wir nicht mehr wegreden können, die nicht nur Fragen unserer Rhetorik sind. Es muss darum gehen, das schwere **Erbe der Atomkraft** nun gerade von denjenigen lösen zu lassen, die schon immer gesagt haben: Es war ein Irrweg. Das ist die Ironie von Geschichte, dass viele, die immer gewarnt haben, geht nicht diesen Weg, jetzt in dieser Verantwortung stehen.

Wir müssen - das ist aus meiner tiefen Überzeugung die Aufgabe von Politik - den gesamtgesellschaftlichen Konsens, den wir vor zwei Jahren zu schmieden begonnen haben, weiter tragen. Deswegen sitzen wir hier. Deswegen machen wir Politik. Wir machen nicht Politik, um das Nein zu etablieren, sondern wir machen Politik, um diesen **gesellschaftlichen Konsens** zusammenzubringen auf dem Weg in das Zeitalter neuer und sauberer Energien, um eine Antwort auf die Fragen zu geben: Was machen wir mit den unerledigten Altlasten? Was machen wir mit all dem strahlendem Atom- müll? Wir sind diejenigen, die sich um die sichere Lagerung zu kümmern haben.

Es wird wahrscheinlich schon lange keine Menschen mehr auf der Erde geben, wenn der Müll der letzten 40 Jahre endlich aufhört, nicht mehr gefährlich zu sein. Lange wird es niemanden mehr geben, der auf diesem Planeten lebt, und trotzdem ist es noch gefährlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum gibt es dann keine Menschen mehr?)

Wir müssen heute eine Antwort geben - - Selbst mir fehlt die Phantasie, Herr Kubicki, dass in mehreren Millionen Jahren noch Menschen auf der Erde leben. Aber es gibt dann immer noch diesen Müll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir kein Leben mehr auf der Erde? Das haben wir seit mehreren Millionen Jahren!)

- Herr Kubicki, wir werden keine Menschen mehr auf diesem Planeten haben, aber wir werden noch

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Müll haben, Müll, den wir hier in 40 Jahren produziert haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind die letzte Generation! Wir sind vom Aussterben bedroht!)

Es ist das Verdienst der **Energiewende**, dass wir überhaupt sagen können: Es geht nicht so weiter. Die Menge an **Atommüll** ist endlich absehbar geworden. Sie ist durch den Ausstieg endlich begrenzt. Wir haben uns auf energiepolitische Vernunft besonnen. Wir hören endlich auf, unseren Nachfahren immer weiter strahlendes nukleares Erbe zu hinterlassen.

Diese Vernunft besagt aber auch: Wir dürfen unsere Kinder und Enkelkinder nicht im Unklaren darüber lassen, was mit diesem schmutzigen Erbe passiert. Wir werden endlich gemeinsame Vorstellungen erarbeiten müssen, wie wir uns in Deutschland ein sicheres **Endlager** vorstellen. Wir sind die Generation, die endlich befriedende Antworten mit den Menschen in diesem Land finden muss: Wo kommt das Zeug hin? Es ist uns in den letzten 40 Jahren nicht gelungen, das zu tun. Für Gorleben ist das erkennbar noch nicht gelungen. Nun machen wir uns in den nächsten Jahren, in den nächsten Jahrzehnten auf den Weg, gemeinsam eine solche Antwort zu geben.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Selbstverständlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Ministerpräsident, darf ich Ihre bewegenden Worte dahin gehend verstehen, dass diese Regierung auf die sozialistischen Partner in Frankreich und Nantes zugeht, um sie davon zu überzeugen, damit aufzuhören, dass dieser Müll, der die künftigen Generationen zum Aussterben bringen wird, in Frankreich nicht mehr produziert wird?

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Kubicki, Sie dürfen meine Worte dahin gehend verstehen, dass diese Regierung glaubt, dass es irgendjemanden geben muss, der als Vorbild vorangeht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Regierung möchte das sein. Ich kann Sie nur herzlich auffordern mitzugehen.

Ich weiß, auch angesichts der jungen Menschen, auch der, die heute hier sind, ist es eine Zumutung, eine solche Diskussion zu führen, eine Zumutung, gesagt zu bekommen: Da habt ihr nun den Müll, und seht die nächsten Millionen Jahre zu, was ihr damit macht, passt schön darauf auf, er wird nie wieder verschwunden sein! Dieser Zumutung aber müssen wir uns stellen. Ich jedenfalls will meinen Kindern nicht sagen, dass wir als Gesellschaft gemeinsam auch hier nicht in der Lage waren, dieses Kapitel zu schließen, gemeinsam als Gesellschaft eine Antwort darauf zu geben. Und es reicht eben nicht aus, die Antwort zu geben: Hauptsache, es ist nicht bei mir. Ich kann in Deutschland nicht 16-mal eine Antwort organisieren, die heißt: Nein, nicht bei mir! 16-mal Nein führt nicht zu einem Ja in Deutschland. Wir brauchen gemeinsame Antworten auf die Fragen: Wie sieht das neue Endlager aus? Wo ist es? Halten wir es als Gesellschaft aus? Genauso brauchen wir Antworten auf die Fragen: Was machen wir bis dahin mit dem Müll, den wir haben? Wo soll er lagern?

Ich begrüße es sehr, dass der Bundesumweltminister - in diesen Stunden tagt das Bundeskabinett von CDU/CSU und FDP genau zu dieser Frage - das **Endlagersuchgesetz** auf den Weg bringt, weil der Grundansatz genau der richtige ist. Wir müssen eine befriedende Lösung und eine Antwort auf die Frage finden: Wo kommt das Zeug endgültig hin?

Ich begrüße es und verstehe es, dass auf diesem Weg auch die Frage gestellt wurde: Was passiert in Gorleben bis dahin? **Gorleben** war bisher Zwischenlager. Über 100 Castoren sind dort eingelagert. Ich kann nachvollziehen, dass diejenigen, die das in Gorleben so lange haben ertragen müssen, sagen: Wenn wir Teil dieses Prozesses sein sollen, wenn wir mit auf eine weiße Karte kommen, auf die auch alle anderen denkbaren Orte kommen, bitten wir darum, dass wir für die noch ausstehenden Lieferungen von Castorbehältern nach Deutschland nicht auch noch weiter Zwischenlager sind.

Die Menschen dort haben schon viel ertragen. Es gehört zu einem fairen Kompromiss, zu sagen: Wir müssen für die 26 Castoren, die mit mittel- und hochradioaktivem Atommüll noch kommen werden, gemeinsam eine andere Lösung finden. Das, was das Bundeskabinett jetzt tut, ist richtig. Der Kompromiss zwischen Bund und Ländern ist rich-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

tig. Meine Landesregierung unterstützt die dazu notwendigen weiteren Schritte. Dazu gehört, dass wir eine Antwort auf die Frage geben: Wo genau werden die **26 Container** hingebacht? Zwischen 2015 und 2017 werden diese **aus Großbritannien und aus Frankreich** zurückkommen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Viel Spaß!)

Das sind 26 Container mit Müll, den es schon gibt. Im Zusammenhang mit diesen reicht das Pflegen einer politischen Rhetorik, die von Opportunismus getrieben wurde, nicht aus. Es reicht nicht zu sagen: Lieber Gott, lass das an meinem Land, an meinem Ort, an meinem Quartier vorbeigehen, lass diese Dinge irgendwo anders hingehen. Meine Politik beschränkt sich nicht darauf, wie Sankt Florian zu sagen: Der Nachbar soll ruhig, ich will aber nicht. Ich glaube, Politik, die verantwortlich ist und die sich ihrer Verantwortung stellt, muss Teil von Lösungen sein wollen. Sonst funktioniert sie nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verantwortung heißt: Jeder muss im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Jeder muss prüfen, jeder muss sich prüfen. Wir hier, aber auch andere Parlamente in anderen Regionen, müssen uns fragen: Wie kann ich Teil von Lösungen sein? - Wir haben heute in Deutschland 13 **denkbare Zwischenlager an Kernkraftwerken**. Wir haben dort insgesamt rund 1.600 Stellplätze für Castoren. Wir haben heute noch an keinem dieser Standorte eine Genehmigungslage. Die Genehmigungslage liegt bisher nur in Gorleben vor. Sie muss geschaffen werden. Es besteht jedoch überhaupt keine Notwendigkeit, neue Lager zu schaffen, weil wir in Deutschland ausreichende Kapazitäten haben. Wir brauchen auch nirgendwo Abklingbecken, da sich das entsprechende Sicherungskonzept 2006 grundlegend geändert hat.

Wir wissen, dass das **Bundesamt für Strahlenschutz** die Behörde ist, die die **Genehmigungen** und die **rechtlichen Voraussetzungen** schaffen muss. Sie muss das tun. Wenn dies nicht gelingt, dann ist Gorleben der einzige Ort. Das, was die von Ihnen getragene Bundesregierung gerade heute beschließt, sagt aber: Gorleben soll es nicht sein. Wir können das akzeptieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das steht im Gesetz nicht drin!)

Wir können es akzeptieren, dass Bundesminister Altmeier, die Bundeskanzlerin und auch die Führung der FDP sagen: Das ist ein guter Weg, den wir

gehen, weil er Solidarität breiter fasst und sagt: Sankt Florian kann nicht das Handlungsprinzip von Politik sein, sondern Verantwortung muss das Handlungsprinzip von Politik sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Regierung hat für Schleswig-Holstein die Bereitschaft erklärt, Teil einer gemeinschaftlichen Lösung zu sein. Wir wollen ein ergebnisoffenes Endlagersuchgesetz,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollen wir auch!)

bei dem Gorleben ein Teil ist. Daher akzeptieren wir die Einschränkung für das Zwischenlager Gorleben. Wir haben in der Tat etwas gesagt, das ungewöhnlich ist. Wir verstecken uns nicht hinter dem nächsten Busch und warten darauf, dass irgendjemand anders den Kopf heraushält. Wir sind politisch in der Lage, zu sagen: Das, was wir leisten können, wollen wir leisten; gemeinsam mit Baden-Württemberg haben wir das getan. Ich erwarte von anderen das gleiche.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade einen Punkt angesprochen, der für mich sehr wichtig ist, nämlich die **Lastenverteilung**. Sie haben gesagt: Jedes Land, das geeignete Kapazität hat, muss eine Beteiligung prüfen. Darf ich dies dahin gehend verstehen, dass eine faire Lastenverteilung, wie sie im Antrag der Koalitionsfraktionen vorgesehen ist, nicht gegeben ist, wenn Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Hessen, die über entsprechende Zwischenlager verfügen, aus nicht zwingenden politischen Gründen sagen: „Wir machen nicht mit“? Heißt das, dass Sie einer Regelung nicht zustimmen werden, die besagt, dass wir Atommüll anteilig aus Ländern übernehmen, die aus politischen Gründen nicht bereit sind, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen?

(Ministerpräsident Torsten Albig)

- Herr Abgeordneter, ich komme sofort darauf. Das ist noch Teil der Regierungserklärung. Ich teile aber Ihre Auffassung, dass es nicht ausreicht, zu sagen: Wir tauschen Gorleben durch Brunsbüttel, und das war's. Das ist kein fairer Lastenausgleich. Es braucht mehr. Bitte gestatten Sie mir jedoch, dies im Zusammenhang zu erläutern.

Meine Damen und Herren, **Schleswig-Holstein** hat seine **Bedingungen** auch durch den Energiewendeminister sehr klar formuliert, und zwar von Anfang an. Bereits am 24. März 2013 haben wir eindeutige Forderungen aufgestellt. Seither steht unsere Position unverändert und stringent. Wir fordern erstens eine klare Lastenverteilung zwischen den Ländern, an deren Kraftwerkstandorten eine vorübergehende Zwischenlagerung infrage kommt. Dazu gehört aber auch, und das ist mir sehr wichtig, dass wir über die Lasten nachdenken, die wir verursachen würden, wenn wir anteilsgenau Castor-Transporte durch Deutschland organisieren nach dem Motto: Dieses Kraftwerk hat einen Anteil von 0,5, wir müssen also eine entsprechende Verteilung auf alle 13 Standorte vornehmen. Auch das ist eine Last, über die nachgedacht werden muss. Ich kann verstehen, dass ein Bundesumweltminister und ein Bundesamt für Strahlenschutz sagen: Es gibt Orte wie Unterweser oder Brunsbüttel, die allein durch ihre Zugänglichkeit diese Last minimieren. Das wird eine Rolle spielen.

Zweitens. Es muss sicher sein, dass **aus den Zwischenlagern keine Endlager** werden. Dafür sind sie weder genehmigt noch geeignet. Die Betriebsgenehmigungen für vorhandene Zwischenlager dürfen nicht verlängert werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wir bestehen auf einer vollständigen **Freistellung** aller damit verbundenen **Kosten** wie Transportsicherung und Lagerung. Der Bund muss auch die sicherlich notwendigen Polizeieinsätze und die Kosten, die damit zusammenhängen, übernehmen und dafür aufkommen.

Von der Zusage, diese Prämissen zu erfüllen, haben wir unser Angebot abhängig gemacht, Teil einer Lösung sein zu können. Ich freue mich, dass die Regierungsfractionen dies mit ihrem Antrag heute noch einmal untermauern. Das ist der richtige Weg. Wir sind in unseren Prämissen gegenüber dem Bund klar. Mir scheint, der Bundesumweltminister hat dies verstanden. So, wie ich es wahrnehme, bemüht er sich sehr, die Last auf mehrere Schultern zu verteilen. Das, was heute im Bundeskabinett

passiert, wird ebenfalls ein Schritt in diese Richtung sein.

Wer aber glaubt, dass ein Land, in dem drei Atomkraftwerke stehen, sich total verweigern könnte und auf Gorleben verweisen kann, argumentiert moralisch fragwürdig und macht es sich zu leicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Unverschämt!)

Schon vor etwas mehr als zwei Jahren hat Herr Abgeordneter Magnussen an dieser Stelle etwas gesagt, was ich in der Grundposition nicht teile, was aber in der Ableitung richtig ist. Herr Magnussen sagte: Wer drei Kernkraftwerke in seinem Land hat, muss natürlich auch den Transport von Kernbrennstoffen und Reaktorstäben ermöglichen.

Ich teile nicht die Position, die dazu führt, aber ich teile die Konsequenz: Wenn ich mit einem Weg begonnen habe, dann muss ich in der Konsequenz diesen Weg auch zu Ende gehen und mich den entstandenen Folgen stellen. Halte ich mich nicht daran, dann bin ich widersprüchlich und mache nur opportunistische Politik. Sie wissen, allein rechnerisch entfallen etwa fünf der in Rede stehenden 26 Castoren auf die Atomkraftwerke in unserem Land. Es stehen aber bereits jetzt auch Castoren mit Atom-müll aus Schleswig-Holstein unter den mehr als 100 Castoren in Gorleben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die können wir ja zurücknehmen!)

Die Forderung, dass jedes Land nur vor seiner eigenen Haustür kehren sollte, ist politisch nicht meine. Sie entspricht auch nicht der von uns erwarteten Übernahme von Verantwortung. Verglichen mit den Hunderten von Castoren, die es in Deutschland bereits in Zwischenlagern oder an den drei Zentral-lagern gibt, reden wir mit den noch ausstehenden 26 über eine verhältnismäßig kleine Menge, so schwer uns konkret vor Ort auch jeder einzelne Transport fallen wird.

Ich glaube auch, dass die Qualität der Debatte eine völlig andere ist als die Qualität der Debatte, die wir über Endlager und Zwischenlager geführt haben, als wir diese Atomtechnik möglich machen wollten. Damals ging es darum, dass sie der Schlüssel dafür sei, die Tür in das Atomzeitalter zu öffnen. Heute ist sie der Schlüssel in der Tür, um das Atomzeitalter abzuschließen. Wir wollen diesen Raum zuschließen, und deshalb brauchen wir den Schlüssel.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen eine **gesellschaftliche Akzeptanz** dieser **Lösung**. Es wird nie - weder in Brunsbüttel noch anderswo - eine Akzeptanz geben, bei der die Menschen uns sagen: Wir finden es klasse, dass das bei uns passiert. Das wird niemals passieren. Es kann nur eine Akzeptanz geben, die darauf beruht, dass die Politik die Verantwortung angenommen hat, zu erklären, warum wir gemeinsam solche schweren gesellschaftlichen Kompromisse ertragen müssen. Diese Akzeptanz haben wir sicherzustellen. Wenn es uns nur darum ginge, jeweils vor Ort die individuellen Interessen zufriedenzustellen, dann entspräche das nicht der weiteren Verantwortung, die wir haben.

Ich weiß, wie schwer das in Brunsbüttel ist; ich weiß, was der Bürgermeister mit uns gemeinsam in dieser Debatte auszuhalten hat. Aber wir sind diejenigen - und deswegen sind wir gewählt und nur deswegen -, die erklären müssen, warum wir es gemeinsam halten müssen und wie wir es so machen, dass die Lasten auf mehreren Schultern liegen.

Castoren einzulagern und den Müll, den wir haben, aufzunehmen, das ist eines der letzten Kapitel der unrühmlichen Atomgeschichte. Und wir haben dieses Kapitel gemeinsam zu schreiben. Das wollen und werden wir tun, meine Damen und Herren.

Dazu gehört, dass wir auch vom Bund erwarten und verlangen, dass bei der **Sicherheit** nicht das kleinste Zugeständnis gemacht wird zulasten Bürgerinnen und Bürger. Für eine mögliche Zwischenlagerung in Schleswig-Holstein haben Sicherheitskriterien deshalb die höchste Priorität. Wir verlangen von der Bundesregierung ein ganz klares Bekenntnis zur Anerkennung dieser höchsten Sicherheitsstandards.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sollen Castoren an dezentrale Zwischenlager gehen, dann müssen das Bundesumweltministerium und das Bundesamt mit den Betreibergesellschaften alle technischen und alle genehmigungsrechtlichen Fragen klären: Die für die Zwischenlager erforderlichen Anträge sind zu initiieren und zu verhandeln. Die Kostenfragen der Unternehmen sind zu lösen. Viele Hausaufgaben warten also noch auf den Bund. Aber wir werden den Bund, wo immer es geht, begleiten, wenn diese Hausaufgaben erledigt sind. Die Genehmigungsbehörde das ist das Bundesamt für Strahlenschutz und nicht wir. Aber wir werden mit all dem, was auch unsere **Atomaufsicht**

an Expertise hat, insbesondere was hohe Standards angeht, darauf hinwirken, dass diese hohen **Standards** auch eingehalten werden.

Aber ein Datum steht für uns alle fest: 2015 muss unsere Gesellschaft eine Antwort geben. Dann kommen die 26 Castoren zurück. Noch einmal: Die Antwort, die wir bis dahin gegeben haben, kann nicht sein, dass wir es an den 13 Zwischenlagern 13-mal erreicht haben, dass die Menschen dort sagen: „Nein, hier nicht.“ Irgendwo hin werden wir den Müll als Gesellschaft bringen müssen. Ich werbe dafür, dass wir ehrlich sind, und ich werbe dafür, dass wir die Menschen ernst nehmen in ihren Ängsten, aber eben auch in der Fähigkeit, zu erkennen, dass wir es nun mal sind, die die Folgen dieses Irrweges zu tragen haben, den viele in diesem Saal vielleicht gar nicht für einen Irrweg gehalten haben. Schleswig-Holstein, meine Landesregierung, ist bereit, einen Beitrag zu diesem Teil des Atomausstiegs zu leisten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Na, hoffentlich!)

Ich hoffe sehr, dass wir alle in der Lage sind, politische Rituale zu überwinden nach dem Motto: „Wir sind schon deswegen dagegen, weil ihr dafür seid.“ Lassen Sie uns zeigen, dass wir in einer solchen zentralen Frage politischer Gestaltung dieses Ritual überwinden.

Unsere Gesellschaft hat lange auf das von Hans Jonas postulierte Prinzip Verantwortung nicht richtig reagiert. Gegen den ökologischen Imperativ, den er 1979 einmal aufgestellt hat: „Tue nichts, dessen Wirkung so stark ist, dass es die Existenz von echtem Leben auf der Erde gefährdet“, haben wir als Gesellschaft lange verstoßen. Unsere Last ist es nun, dieses Prinzip wieder zur Wirkung zu bringen. Wir müssen ertragen, dass dazugehört, auch sagen zu müssen: Wir gehen mit diesem **Müll** um. Wir flüchten nicht vor unserer **Verantwortung**. Jede und jeder auch vor Ort, in dessen Geschichte die Atomkraftwerke zu einer besonderen Bedeutung auch in der persönlichen Sozialisierung geführt haben, haben meinen ganz großen Respekt, sich in diese Verantwortung zu begeben, weil es gefühlt das Gegenteil von dem ist, wofür man gekämpft hat, einen solchen Müll eben nicht vor Ort zu haben. Wer das trotzdem leisten kann, dessen Verantwortung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Ich bitte Sie herzlich, begleiten Sie uns auf diesem Weg, den die Bundesregierung so gehen will, wie wir ihn für richtig halten. Lassen Sie uns gemeinsam den Menschen erklären, dass die Politik, für

(Ministerpräsident Torsten Albig)

die wir stehen, eine ist, die Mut hat und die sich nicht im Busch versteckt.

Herr Breyer, wenn wir das hier tun, dann bin ich sicher, dass sich auch andere aus dem Büschen bewegen müssen, weil sie sehen: Politik, die Verantwortung übernimmt, ist das, was die Menschen sehen wollen. Politik, die sich versteckt, ist einfach nur feige.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 8 Minuten überschritten. Diese Zeit steht nun auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort hat nun der Oppositionsführer, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben heute nichts gesagt, was die Menschen in diesem Land nicht schon vor Wochen in der Zeitung haben lesen können. Wollen Sie den Menschen in Schleswig-Holstein mit Ihrer heutigen Botschaft wirklich ernsthaft sagen, dass Sie die entscheidenden **Fragen** bis zum heutigen Tag noch nicht mit dem Bund geklärt haben? Wollen Sie ernsthaft sagen, dass Sie mit dem Betreiber in Brunsbüttel bis heute nicht offiziell gesprochen haben? Und wollen Sie ernsthaft sagen, dass Sie überhaupt nicht wissen, welche technischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen und ob der Zeitplan dies zulässt?

(Beifall CDU und FDP)

Und das - neben viel Pathos - nennen Sie eine Regierungserklärung? Was haben Sie eigentlich in den letzten Wochen gemacht?

(Beifall CDU und FDP)

Es ist ein Armutszeugnis, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung eben nicht an einer einzigen Stelle von eigener **Verantwortung** gesprochen haben. Sie schieben alle Verantwortung nach Berlin

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

und erklären sich nicht für zuständig. Herr Ministerpräsident, das war keine Regierungserklärung, das war eine Nichtzuständigkeitserklärung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unglaublich!)

Die **CDU** in Schleswig-Holstein - das sage ich sehr deutlich - bekennt sich voll zur **Energiewende**. Sie unterstützt die gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, einen gemeinsamen Masterplan für die Energiewende zu erarbeiten. Denn diese Energiewende - das wissen wir - kann nur gemeinsam von Bund und Ländern gelingen. Sie ist für Schleswig-Holstein eine Jahrhundertchance. Genau deshalb hat die alte Landesregierung bereits 2010 ein zukunftsweisendes Energiekonzept beschlossen, das unser Land zu einem Vorreiter in diesem Bereich macht. Und diesen Weg wollen wir weitergehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Johannes Callsen [CDU]:

Nein. - Dass damit natürlich auch die Frage der Verantwortung für ein sicheres **Endlager** verbunden ist, ist für die CDU Schleswig-Holsteins die logische Konsequenz und selbstverständlich. Deswegen, Herr Umweltminister, haben wir uns sehr darüber gewundert, wie Sie mit Ihrer grundsätzlichen Einverständniserklärung Ende März 2013, Brunsbüttel vorzuschlagen, vorgegangen sind. Sie machen den zweiten Schritt vor dem ersten. Bevor es nämlich eine faire Lastenverteilung geben kann, muss doch klar sein, ob das im Land überhaupt geht und unter welchen Voraussetzungen.

Wo ist denn das große Wort vom **Dialog** geblieben, wenn Sie sich weder bei Ihrer Koalition noch beim Betreiber in Brunsbüttel, bei Vattenfall, rückversichern, ob es überhaupt möglich ist, in Brunsbüttel weitere Castoren einzulagern, ohne dabei die eigentliche Hauptaufgabe, den Reaktorblock dort zurückzubauen, zu behindern oder gar zu verhindern? Von einer Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in einer solch brisanten Entscheidung wage ich schon gar nicht zu reden.

Sie haben es zu verantworten, dass die Menschen in Dithmarschen und Steinburg zur Verhandlungsmasse Ihrer Koalition im Bund und in den Ländern geworden sind. Denn es gehört auch zur Wahrheit, dass es die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen war, die einen Stopp für die Zwischenlagerung in Gorleben wollte. Aber ich sage Ihnen: Die Menschen in Schleswig-Holstein sind nicht dazu da, die Wahlversprechen von SPD und Grünen in Niedersachsen einzulösen.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dass das so ist, Herr Dr. Stegner, zeigt das Beispiel, Herr Albig, Ihres Ministerpräsidentenkollegen Weil in Niedersachsen, der letzte Woche kurzerhand Niedersachsen zur „castorenfreien Zone“ erklärt und in seiner Regierungserklärung betont hat, dass das Zwischenlager am KKW Unterweser auf keinen Fall infrage kommt. Grohnde und Lingen seien vorsorglich gleich mit ausgeschlossen, weil das den Menschen in Niedersachsen nicht zuzumuten sei. Mit einer solchen Haltung soll der Castoren-Kelch zukünftig an Niedersachsen vorbeigehen.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Grünen in Niedersachsen fangen mittlerweile an, sich vom Acker zu machen.

(Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So hat die grüne Fraktionsvorsitzende - -

(Unruhe SPD)

- Können Sie sich einmal ein bisschen beruhigen? Sie müssen nicht immer laut werden, wenn Ihnen die Argumente nicht passen.

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, könnten wir bitte Herrn Callsen das Wort lassen?

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Piel hat in der vergangenen Woche im Landtag in Hannover erklärt, das **ergebnisoffene Suchverfahren** könne nur beginnen, wenn Gorleben nicht mehr Teil einer vergleichenden Suche sei. Darüber wundert man sich schon sehr, wenn man auf diesen Konsens, den Sie heute hochgehalten haben, abhebt. Frau Piel bedankt sich außerdem ausdrücklich bei ihren schleswig-holsteinischen grünen Freunden.

Meine Damen und Herren, die CDU Schleswig-Holstein unterstützt den von Bundesumweltminister Altmaier gefundenen **Einigungsprozess** für das **Standortauswahlgesetz**. Wir danken ihm sehr herzlich für diesen Lösungsweg.

(Lachen SPD)

Eines ist aber auch klar: Damit ist **Gorleben** nicht auf Dauer ausgeschlossen; denn auch der Salzstock in Gorleben ist weiter ein potenzieller Standort für

ein Endlager. Bis zum heutigen Tag gibt es keinerlei relevante technische Gründe, die dafür sprechen, dass Gorleben nicht irgendwann einmal auch Endlager werden könnte.

Der Grund für den **Zwischenlagerstopp** ist schlicht und ergreifend ein politischer. Wir dokumentieren damit, dass es uns mit der Suche nach einem Endlager auf der sogenannten weißen Karte ernst ist.

Ich sage: Ja, wir tragen **Verantwortung**. Es müssen aber klare **Voraussetzungen** erfüllt sein. Wir werden uns einer ergebnisoffenen Endlagersuche nicht verschließen.

So sehr wir auch hoffen, dass Bundestag und Bundesrat im Juli tatsächlich mit breiter Mehrheit ein solches Standortauswahlgesetz beschließen, bleiben Fragen offen. Für die CDU sind Standortzwischenlager für abgebrannte Brennelemente Teil des Entsorgungskonzepts für Kernkraftwerke in Deutschland.

Im Jahr 2000 haben sich die Energieversorger gegenüber der rot-grünen Bundesregierung dazu verpflichtet. In der gleichen Vereinbarung hat sich die Bundesregierung verpflichtet, rechtzeitig ein Endlager zur Verfügung zu stellen. Da zum jetzigen Zeitpunkt gegen Gorleben aber einzig und allein politische Gründe sprechen, werden aufgrund des Verursacherprinzips Probleme auf den Steuerzahler zukommen.

Deshalb erwarten wir von der Landesregierung, dass es erstens in Brunsbüttel nicht zu einer Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Sellafield oder Le Hague kommt, ohne dass es eine erneute und umfassende **Sicherheitsprüfung** gegeben hat.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist doch in höchstem Maße unverständlich, dass es die Grünen waren, die vor zwei Jahren im Landtag vor Erdbeben, Sturmfluten, Deichbrüchen, Schiffshavarien und vielem anderen in Brunsbüttel warnten und heute Brunsbüttel als Gorleben-Zwischenlager vorschlagen.

Meine Damen und Herren, wir erwarten zweitens von der Landesregierung, dass sie dies alles prüft unter **Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger**, insbesondere in den Kreisen Dithmarschen und Steinburg.

Wir erwarten drittens, dass sie vorab klärt, **wie lange** der **Atom Müll** im Zwischenlager bleiben soll. Stand heute muss dieses Atomzwischenlager 2046 geräumt sein. Das heißt, im Jahr 2038 werden die

(Johannes Callsen)

ersten Castoren wieder raus müssen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem wir mit hoher Wahrscheinlichkeit noch kein betriebsbereites Endlager haben werden.

Die Landesregierung muss viertens dem Parlament und den Bürgern vor Ort glaubhaft darlegen, warum sie einem **Atomanlagenbetreiber** Atomabfälle freiwillig anvertrauen will, dem sie gleichzeitig schwere Mängel und Versäumnisse in der Vergangenheit vorwirft und dessen Zuverlässigkeit nach wie vor nicht offiziell bestätigt worden ist.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will nur daran erinnern, dass es gerade einmal 13 Monate her ist, als Herr Harms gegenüber Vattenfall den Vorwurf erhoben hat, jedem Imbissbudenbetreiber wäre längst die Konzession entzogen worden. Heute geht es aber nicht um Frittierfett und Frittieröl. Vielmehr erwarten wir, dass die Zuverlässigkeitsprüfung zu einem positiven Ergebnis geführt hat.

Fünftens erwarten wir, dass die **Sicherheit vor Ort**, die Gesundheit der Menschen und die Sicherheit der Transportwege ins Zwischenlager zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden kann.

Sechstens dürfen dem Land Schleswig-Holstein keine zusätzlichen **Kosten** entstehen. Es muss klar sein, dass diese Last nicht allein bei Schleswig-Holstein verbleibt.

Herr Ministerpräsident, dass Ihre **Landesregierung** mit dem **Betreiber Vattenfall** noch nicht einmal ein offizielles Gespräch geführt hat, ist schon unglaublich. Ansonsten wüssten Sie auch, dass sich die Zahl von 80 Stellplätzen in Brunsbüttel zwar nach viel anhört, dass das aber nicht so viel ist. Im Übrigen liegt ein Antrag vor, der darauf abzielt, die Zahl der Betriebsplätze auf 34 zu reduzieren.

Außerdem sind die Castoren in Sellafeld deutlich heißer. Das heißt, die Castoren brauchen vor Ort mehr Fläche. Hinzu kommt tonnenweise belasteter Atom Müll, der beim Rückbau anfällt. Auch diese Frage muss geklärt werden. Selbst dann, wenn das alles passieren sollte - das wissen Sie genauso gut wie wir -, ist es dennoch so, dass die Genehmigung für das Atom Mülllager in Brunsbüttel bis zum heutigen Tag nicht rechtskräftig ist. Gegen das Zwischenlager in Brunsbüttel ist immer noch eine Klage vor Gericht anhängig, und keiner weiß, wann ein Ergebnis vorliegt.

Sie haben also mit Brunsbüttel ein Zwischenlager ins Spiel gebracht, ohne dass eine rechtskräftige

Betriebsgenehmigung für dieses Zwischenlager vorliegt.

Meine Damen und Herren, das ist für uns eine Situation der Verantwortung. Es stellen sich aber auch viele Fragen,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

und die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins haben einen Anspruch auf eine Beantwortung dieser Fragen und insbesondere auf eine hundertprozentige Klärung. Dieser Anspruch richtet sich gegen die Landesregierung, die Brunsbüttel für diesen Prozess vorgeschlagen hat. Das ist Ihre Verantwortung, die Sie nicht abschieben können. Deshalb werden wir der Landesregierung heute keinen Freibrief ausstellen.

Die CDU ist bereit, Verantwortung zu tragen. Wenn alle Prüfungen abgeschlossen sind und alle Voraussetzungen erfüllt sind, dann muss der Landtag das letzte Wort haben. Darauf haben die Menschen in Schleswig-Holstein einen Anspruch. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor das sozialdemokratische HB-Männchen Ralf Stegner im Gefühl der moralischen Überlegenheit wieder an die Decke geht, möchte ich darauf hinweisen, Herr Ministerpräsident, dass es eine sozialliberale Regierung unter der Führung von Helmut Schmidt, einem immer noch sehr geschätzten Sozialdemokraten, war, die **1978** in das Atomgesetz hineingeschrieben hat: Die Endlagerung ist sicher. - Wäre das nicht erfolgt, hätten die Genehmigungen gar nicht erteilt werden können. Damals hat man gedacht, in **30 Jahren** sei man so weit, ein entsprechendes **Endlager** bestücken zu können. Mittlerweile ist das Jahr 2008 vorbei.

Frau von Kalben, ich finde es ganz toll, dass Sie das Endlagersuchgesetz für das Gelbe vom Ei halten. Jetzt haben wir die Prognose und Erwartung, dass wir im Jahr **2040** möglicherweise ein Endlager haben werden, das bestückt werden kann. Ich warne jedoch alle Beteiligten vor der Erwartung, dass diese Zeitschiene eingehalten werden kann, und zwar vor dem Hintergrund all der Prozesse, die wir aus

(Wolfgang Kubicki)

der Vergangenheit kennen. Wir vertagen momentan etwas. Wir haben uns auf ein rationelles Kriterium geeinigt. Momentan vertagen wir aber die Frage der Endlagerung. Im Übrigen ist das aber auch nicht das Thema der heutigen Debatte.

Das Thema der heutigen Debatte ist die Frage, ob es Sinn macht, ein **Zwischenlager** in **Brunsbüttel** neu einzurichten. Das bestehende Zwischenlager ist gar nicht dafür geeignet, Castoren aus Sellafield aufnehmen zu können, obwohl Gorleben als Zwischenlager genehmigt und technisch ausgestattet ist. Da nach Auffassung aller Experten Atom Müll in den nächsten 30 Jahren sicher in Gorleben zwischengelagert werden kann, stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, etwas anderes zu organisieren.

Herr Ministerpräsident, ich komme gleich auf Ihre großen pathetischen Worte zu sprechen. Ich glaube, dass Sie sich damit nicht nur keinen Gefallen getan haben. Ihre Worte werden Sie einholen, wenn die Bedingungen, die Sie im Antrag nennen, nicht erfüllt werden. Wird sich Schleswig-Holstein dann seiner Verantwortung entziehen? Wollen Sie dann vor der Menschheit, vor der Geschichte, vor Gott und vor der Schöpfung sagen, dass Sie 21 Castoren nicht aufnehmen werden, weil Sie nur 6 Castoren aufnehmen wollten? Soll das dann nach Gorleben transportiert werden? Soll der Kompromiss komplett aufgelöst werden, wenn die anderen ihre Bedingungen nicht erfüllen?

Ihre großen pathetischen Worte werden dazu führen, dass die anderen, weil sie nicht blöd sind, sagen werden: Es ist wunderbar, dass Sie Ihre Verantwortung vor Gott und der Geschichte erkannt haben. Dann darf Schleswig-Holstein doch alle 21 Castoren aufnehmen. - Dazu wird es kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Das ist das Gegenteil einer verantwortungsvollen Politik. Das ist einfach nur unprofessionelles politisches Handeln,

(Beifall FDP)

zumal Sie genau wissen, wie das funktioniert. Ich glaube, als Robert Habeck seinen Finger gehoben hat, hat er sich über die Konsequenzen gar keine Gedanken gemacht, weil es ausschließlich darum ging, seinen grünen Parteifreunden in Niedersachsen einen Gesichtsverlust erster Güte zu ersparen, der eingetreten wäre, wenn im Rahmen der Endlagersuche Gorleben entweder als Endlager beibehalten worden wäre, was Sie ausgeschlossen haben,

oder wenn Gorleben als Zwischenlager beibehalten worden wäre, was Sie auch ausgeschlossen haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vor gerade einmal einem Jahr debattierten wir in diesem Hohen Hause über den Fund von gerosteten Atomfässern im Kernkraftwerk Brunsbüttel. Es wurden Bilder gezeigt. Aus dieser sehr hitzigen Diskussion ist mir vor allem das Auftreten der Grünen noch gut erinnerlich. Der damalige Fraktionsvorsitzende Dr. Robert Habeck war an diesem Tag erkrankt, und sein Kollege Detlef Matthiessen vertrat ihn - wie ich fand - würdig. Kollege Matthiessen sagte am 23. März 2012 ausweislich des Plenarprotokolls in Richtung des damaligen Ministers Schmalfuß:

„Wir stellen zum wiederholten Male fest, Herr Minister: Der Betreiber Vattenfall kann es nicht oder - das muss man vielleicht vermuten - will es nicht. Die Betreiberin geht nicht verantwortungsvoll mit Atomkraft um.“

Und weiter hat der Kollege Matthiessen ausgeführt - wiederum Zitat -:

„Es fehlt Vattenfall an Transparenz und Offenheit. Immer nur verschleiern, vertuschen, kleinreden! Aus den genannten Gründen fordern wir: Vattenfall muss die Betriebsgenehmigung für die AKW Krümmel und Brunsbüttel entzogen werden.“

Es sind dieselben Grünen, die uns jetzt im Brustton der Überzeugung erklären wollen, dass sie Verantwortung für Deutschland übernehmen. Die schleswig-holsteinischen Grünen übernehmen Verantwortung, indem sie eben diesen Betreiber - Vattenfall -, den sie vor einem Jahr in beispielloser Weise beschimpft haben, dem sie die **Zuverlässigkeit** abgesprochen haben und dem sie Verschleierung und Vertuschung vorgeworfen haben, jetzt damit beauftragen wollen, mehrere **Castoren mit hoch radioaktiven Abfällen** in den kommenden Jahrzehnten zu beaufsichtigen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Ohne jemals mit ihnen gesprochen zu haben!)

- Vattenfall, Herr Kollege Wiegard, kann allerdings nur eines sein: Entweder das Unternehmen ist als Betreiber unzuverlässig, oder es ist zuverlässig. Wenn wir Sie damals ernst genommen haben, als Sie Vattenfall wegen Unzuverlässigkeit beschimpft haben, warum sollten wir es jetzt wieder tun? Wie weit reicht Ihre Verantwortung, wenn Sie innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit eine 180-Grad-Wende vornehmen? Können sich die Menschen in Schles-

(Wolfgang Kubicki)

wig-Holstein darauf verlassen, dass Ihre politische Verantwortung länger trägt als Ihre Regierungsbeileiligung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Tagen und Wochen war tatsächlich viel von Verantwortung die Rede, wenn Vertreter der Regierungskoalition den tölpelhaften Vorstoß des Energiewendeministers öffentlich verteidigt haben. So erklärte die grüne Fraktionsvorsitzende von Kalben in ihrer Pressemitteilung vom 11. April 2013 - ich zitiere -:

„Wir haben in der Koalition klare Vorgaben bezüglich der Sicherheit, der Finanzen und der Solidarität aller Länder verabredet. Nicht mehr und nicht weniger. Wir sind bereit, einen Teil der Verantwortung zu tragen, und erwarten dies auch von allen anderen.“

Wer Verantwortung übernimmt, sollte jedenfalls gute Argumente haben und nicht pathetisch daherreden, warum er handelt, wie er handelt. Ich habe vonseiten der Landesregierung bisher keine stichhaltigen sachlichen Argumente gehört, warum **Brunsbüttel** ein geeigneter **Standort für ein Zwischenlager** der Castoren aus Sellafeld ist.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich möchte festhalten: Verantwortung zu proklamieren, ist etwas anderes, als Verantwortung zu übernehmen. Was Sie hier aber machen, ist, dass Sie lediglich von Verantwortung sprechen. Verantwortung übernehmen Sie definitiv nicht.

Denn wenn Sie wirklich Verantwortung übernehmen würden, dann würden Sie schnell feststellen, dass es fünf Gründe gibt, warum **Brunsbüttel** für die **Zwischenlagerung von Sellafeld-Castoren** nicht geeignet ist.

Da ist zunächst der juristische Aspekt. Die Bundesrepublik kommt nicht darum herum, die Castoren aus Sellafeld oder La Hague aufzunehmen. Wir müssen also für die kommenden Jahre bis Jahrzehnte für eine verlässliche - auch rechtlich verlässliche - Lagerung dieser Castoren sorgen.

Bis heute haben wir in Deutschland allerdings lediglich ein einziges genehmigtes Zwischenlager, das den **Anforderungen für ein Zwischenlager** auch entspricht und bereits entsprechend ausgestattet ist, und das ist **Gorleben**. Ob es den Grünen in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein oder sonst wo gefällt oder nicht: Es ist der einzige Standort in ganz Deutschland, der rechtlich und auch tatsächlich in der Lage ist, die Castoren aufzunehmen. Das Standortzwischenlager Brunsbüttel ist bis heute

nicht bestandsfest genehmigt - Herr Kollege Callsen wies darauf hin -, weil noch ein **Klageverfahren** aus dem Zeitpunkt der Einrichtung anhängig ist. Die Genehmigung für die Zwischenlagerung in Brunsbüttel ist lediglich bezogen auf den selbst produzierten Kernbrennstoff. Dessen Castoren unterscheiden sich von denen aus Sellafeld durch die Wärmelast erheblich, weshalb die Frage der Kapazitätsberechnung völlig neu und anders gedacht werden muss als das, was Sie, Herr Ministerpräsident, uns hier vorgetragen haben.

Die Frage drängt sich also auf: Wenn wir mit Gorleben ein genehmigtes Zwischenlager haben, warum lagern wir nicht dort - an einem zentralen Ort - die letzten 21 Castoren, bis wir ein Endlager gefunden haben? Aus welchem sachlichen Grund sollen Standorte wie Brunsbüttel oder Unterweser jetzt zum Zwischenlager umdeklariert und entsprechend umgebaut werden, wahrscheinlich mit Steuergeldern - weil die Betreiber es nicht machen werden - in Höhe von voraussichtlich mehreren 100 Millionen €? Hierauf haben wir bislang keine sachliche Antwort erhalten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Punkt 2 - das müsste unsere grünen Freunde vor Ort doch massiv interessieren -: Verzögerungen beim KKW-Rückbau Brunsbüttel. Bislang konnte es der Landesregierung mit dem **Rückbau des Kernkraftwerks Brunsbüttel** nicht schnell genug gehen. Die jetzt vorgesehene Einlagerung der Castoren aus Sellafeld würde allerdings die Rückbauplanungen erheblich verzögern. Denn die freie Lagerfläche des Standortzwischenlagers Brunsbüttel war zur Nutzung für den Rückbau des Kernkraftwerks vorgesehen. Sie müssen doch erklären, wo es sonst hingehen soll, Frau von Kalben, und dürfen nicht einfach so tun, als könnte alles so bleiben, wie es ist.

Wenn die Landesregierung Verantwortung übernehmen will, dann muss sie sich jetzt entscheiden: Wollen Sie einen schnellen Rückbau, oder wollen Sie ihn nicht? Wenn Sie weiterhin den **schnellen Rückbau** wollen, dann müssen Sie auch öffentlich sagen, dass das mit der zusätzlichen Einlagerung von Castoren nicht in Einklang zu bringen ist.

Der dritte Punkt: die technischen Aspekte. Das derzeit gültige **Zulassungskonzept** für die Castoren sieht spezielle **technische Anlagen** vor, die bundesweit bisher lediglich in Gorleben vorhanden sind. Wenn also einer dieser Castoren repariert werden soll, Herr Ministerpräsident, weil er aus irgendei-

(Wolfgang Kubicki)

nem Grund beschädigt ist, dann geht das gegenwärtig nur in Gorleben.

Wir müssten eine entsprechende **Reparaturrichtung** auch in Brunsbüttel erstellen. Dazu brauchen Sie nicht nur die atomrechtliche **Genehmigung**, nicht nur die Genehmigung nach der Strahlenschutzordnung; dazu brauchen Sie auch eine baurechtliche Genehmigung, Herr Ministerpräsident. Erklären Sie mir einmal, wie Sie das in den verbleibenden anderthalb Jahren überhaupt bewerkstelligen wollen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Idee, das alles mit einem Sofortvollzug zu versehen, wird deshalb scheitern, weil der Sofortvollzug nicht rechtlich nach der Devise begründet werden kann: „Wir haben keine Alternative“, denn die Alternative Gorleben ist da. Den Sofortvollzug werden Sie nicht politisch begründen können mit Ihrer hohen moralischen Attitüde der Verantwortung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Ministerpräsident, will die Landesregierung ihre Position jetzt ändern, dann muss entweder das Zulassungskonzept geändert werden, oder in den Zwischenlagern Brunsbüttel beziehungsweise Unterweser müssen diese Anlagen eigens errichtet werden. Ich habe noch nichts davon gehört, dass die Landesregierung einen dieser Punkte bisher überhaupt in Erwägung gezogen hat.

Oder müssen wir damit leben, dass wir in Brunsbüttel unter Umständen **beschädigte Castoren** stehen haben, die wir nicht wieder instand setzen können, weil uns die technischen Voraussetzungen fehlen? Ist das die Verantwortung, von der Sie sprechen? Was ist mit der, wie Herr Altmaier immer so schön sagte, **Deckelentfernungsanlage**, die gebaut werden muss mit einem Kostenaufwand von mindestens 50 Millionen €? Glauben Sie ernsthaft, dass irgendein vernünftiger Betreiber, dass irgendein Steuerzahler akzeptieren würde, dass Sie an mehr als an einem Standort, weil Sie ja die Castoren an mehreren Standorten unterbringen wollen, jeweils eine entsprechende Anlage bauen müssen, um die Deckel von den Castoren aus Sellafeld abnehmen und diese Castoren dann einlagern zu können? Das ist doch Wahnsinn, was Sie uns hier erklären, und Sie wissen das doch auch.

(Beifall FDP)

Vierter Punkt: **Sicherheitsaspekte**. Als Minister Dr. Habeck seinen Vorschlag an den Markt der Meinungen brachte, hatte er ganz offensichtlich noch nicht darüber nachgedacht, mit welchen poli-

zeilichen Mitteln, mit wie viel Personal die zusätzlichen Castoren gesichert werden müssen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das ist bei Gorleben viel einfacher?)

- Frau von Kalben, wenn Sie fünf Standorte haben, brauchen Sie fünfmal Sicherung. Wenn Sie nur einen Standort haben, brauchen Sie nur einmal Sicherung. Das könnte auch Ihnen einleuchten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Innenminister, ich denke, Sie gehen mit mir konform, dass die Sicherung von fünf Standorten schwieriger wäre als die Sicherung an einem Standort. Dazu sagen Sie nichts. Das verstehe ich auch. Sie sind Regierungskoalition. Aber Vernunft kann sich auch durchsetzen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

An einem Standort sind die **Sicherungsmaßnahmen** bis zum Jahre 2040 mit Sicherheit besser zu gewährleisten als an fünf, sechs oder sieben verschiedenen Standorten. Deshalb macht eine dezentrale Zwischenlagerung an mehreren Standorten allein schon aus diesen Gründen keinen Sinn.

(Beifall FDP)

Es klingt eigentlich unvorstellbar: Zum Zeitpunkt des Vorschlags von Minister Habeck, Brunsbüttel als ein Zwischenlager anzubieten, gab es keine Überlegung seinerseits, wie die Castoren auch längerfristig gesichert werden sollten.

Wenn Sie jetzt davon sprechen, Herr Minister, dass Sie Verantwortung übernehmen, ist das nur noch der hilflose Versuch, diesem unbedachten Schnellschuss etwas Gutes abzugewinnen und die politischen Scherben, die Sie verursacht haben, wieder halbwegs aufzufügen. Es ist erschütternd, auf welcher leichtfertigen Art und Weise von diesem Minister Politik gemacht wird.

Aber es wird noch schlimmer: Das ist der politische Aspekt, der fünfte. Es wird suggeriert, dass, wenn die 21 Castoren nach **Gorleben** gebracht werden - 130 stehen schon da in einem Zwischenlager, das besteht -, die Menschen vor Ort das Gefühl haben könnten, daraus könnte sich ein **Endlager** entwickeln, weil man möglicherweise kein Zwischenlager findet. Das heißt, die Zwischenlager könnten zum Endlager werden. Aber erklären Sie mir einmal, warum die Menschen in Brunsbüttel diese Angst nicht haben sollen.

(Wolfgang Kubicki)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben sie!)

Das heißt, wir tauschen die vermeintliche Angst, dass die Menschen in Gorleben kein Vertrauen in die Politik setzen dürfen, gegen die Angst der Menschen in Brunsbüttel, dass die Menschen dort kein Vertrauen in die Politik setzen dürfen. Das ist Ihre Politik für Schleswig-Holstein?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe diese Logik, weil ich Sie jetzt fragen werde - Sie kommen ja noch und können reden -, ob Sie als Sozialdemokrat, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung sich ihrer Verantwortung entziehen wird, Castoren aufzunehmen, wenn andere sagen: Wir machen das nicht. Dann sagen wir: Dann machen wir das auch nicht? Das ist dann Ihre Form von Verantwortung? Oder sagen wir dann - wenn die anderen nicht bereit sind, aus welchen Gründen auch immer -: Wir können sie beschimpfen, aber wir nehmen trotzdem unsere Verantwortung wahr und nehmen dann alle 21 Castoren aus Sellafeld, weil es darum geht, in der Tat vor der Geschichte zu bestehen? Verantwortung ist nicht teilbar. Sie können die Verantwortung nicht auf andere delegieren und können nicht sagen: Wir nehmen sie nur, wenn die anderen unsere Bedingungen erfüllen.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Stimmen Sie im Bundesrat zu, wenn bis dahin keine der Bedingungen erfüllt ist, die Sie genannt haben? Nehmen wir 21 Castoren auf, wenn kein anderes Land sich bereitfindet, Castoren aufzunehmen? - Das machen wir dann nicht. Das ist Ihre Form von Verantwortung vor der Geschichte, dass Sie sagen: „Dann machen wir das nicht“?

(Zurufe Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind die hohlen Phrasen. Meine Verantwortung besteht darin, die Castoren nicht in Gorleben zu belassen, sondern in ein genehmigtes, intaktes, funktionierendes Zwischenlager bis zur **Endlagerfindung** einzulagern. Dafür war und ist Gorleben gedacht, und wir brauchen aus politischen Gründen keine anderen Positionen. Das sage ich Ihnen sicher. Wenn Sie technische, juristische oder sonstige Gründe anführen könnten, würde ich Ihnen folgen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Aber zu sagen: „Ich will nicht, dass Herr Weil in Niedersachsen im Parlament eine Gesichtsbeschä-

digung erfährt“ und „Ich will nicht, dass meine grünen Freunde in Niedersachsen ein Wahlversprechen brechen müssen“, ist kein hinreichend rationaler Grund, um die Zwischenlagerfrage in dieser Art und Weise zu bewältigen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Noch einmal: Ich erwarte hier und heute von dem großen sozialdemokratischen Strategen Ralf Stegner eine Antwort auf die folgende Frage: Was passiert, wenn die Bedingungen, die Sie in dem Antrag genannt haben, nicht in allen Punkten erfüllt werden? Nehmen wir dann Castoren auf? Oder ist es uns dann völlig egal, und sie kommen dann eben im Jahr 2015 nach Gorleben? Dann entpuppt sich diese Geschichte als reine PR-Aktion, um die Niedersachsen zunächst zu beruhigen und anschließend festzustellen: „Wir schaffen es gar nicht, die Castoren kommen ohnehin nach Gorleben.“ Das ist keine verantwortliche Politik; das ist hohle Phrase. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat nun Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mohrdieck von Brunsbüttel! Herr Kubicki, wenn man Sie so reden hört und sich erinnert, dass heute zeitgleich in Berlin eine wichtige Entscheidung über den **Kompromiss beim Endlagergesetz** fallen soll, habe ich ernsthafte Bedenken, ob die FDP an diesem Kompromiss in Berlin festhalten wird. Zumindest ist Ihre Position mit der der Bundespartei nicht vereinbar.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist sie richtig oder falsch? Sie haben gar keine Bündnispartei! - Widerspruch PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Tagen sehr viele Gespräche geführt - transparent, denn wir sind PIRATEN. Natürlich ist auch bekannt, dass die SPD uns vorgeschlagen hatte, den Koalitionsantrag mitzuunterzeichnen.

Auf dieses Ergebnis werde ich gleich noch zu sprechen kommen. Ich möchte mich aber ausdrücklich bei Ralf Stegner bedanken, dass er diesen Schritt auf uns zu gemacht hat. Ich wünsche mir - ich weiß, dass das keine Mehrheit findet -, dass die vie-

(Angelika Beer)

len offenen Fragen letztlich dazu führen, dass keine Entscheidung mit der Brechstange herbeigeführt wird, sondern dass wir Gelegenheit haben, alle Anträge in den entsprechenden Ausschüssen zu beraten, um zu prüfen, ob es gemeinsame Positionen gibt.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN haben diese Frage sehr ausführlich diskutiert, denn das Bundesprogramm der Piratenpartei Deutschland fordert forsch und radikal einen **Atomausstieg in Deutschland** innerhalb von drei Jahren. Für uns hat sich sofort die Frage gestellt, wie wir verantwortlich mit der Zwischenlagerung und mit einem Kompromiss zur Endlagerung umgehen. Da wir dazu noch keine Beschlüsse hatten - kein Mensch hat zu Zeiten der letzten Landtagswahl geahnt, dass wir diese Frage heute unter einer Regierung, die von SPD, Grünen und SSW getragen wird, zu diskutieren haben -, haben wir unsere Basis gefragt, wie wir es in entscheidenden Punkten immer machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schön!)

Die Antwort ist gestern Nachmittag um 14 Uhr bei uns eingegangen. Es gab eine breite Beteiligung. Die Mehrheit der PIRATEN in Schleswig-Holstein hat sich eindeutig positioniert. Sie ist mehrheitlich dafür, dass auch Schleswig-Holstein Castoren nach dem **Verursacherprinzip** aufnimmt. Wer Müll produziert, kann nicht einfach sagen: Egal, nach uns kommt die Sintflut.

Die breite Mehrheit der PIRATEN hat den FDP-Antrag damit weitgehend zurückgewiesen. Wir müssen vielmehr einen verantwortlichen Weg finden.

(Beifall PIRATEN)

Die PIRATEN haben aber auch gesagt: Wir wollen, dass die Bürger mitentscheiden. Wir wollen nach Möglichkeit einen **Volksentscheid**, und, wenn das nicht geht, eine konstitutive Befragung.

(Beifall PIRATEN)

Das ist für uns ein ganz entscheidender Punkt. Aus der radikalen Position des Ausstiegs leiten wir PIRATEN die Forderung ab, dass das **Atomkraftwerk in Brokdorf** umgehend stillgelegt werden muss.

(Beifall PIRATEN)

Die Entscheidung, an unserem eigenen Antrag festzuhalten - es gibt in der Sache sehr viele Parallelen; ich kann das jetzt nicht im Detail ausführen, aber

wir haben das sehr ausführlich in der Diskussion mit Herrn Stegner besprochen -, liegt mit darin begründet, dass sich unser Verständnis von Vertrauen, Verantwortung und vor allen Dingen **Bürgerbeteiligung** im Antrag der koalitionstragenden Fraktionen nicht widerspiegelt.

Ich will das kurz begründen. Sie sagen - das ist richtig; das steht auch im Koalitionsantrag -, dass Sie die Bürgerbeteiligung möchten. Aber wie das geschehen soll, sagen Sie nicht. Die Gespräche mit den Menschen vor Ort sind natürlich wichtig, aber Bürgerbeteiligung besteht für uns nicht nur aus Gesprächen.

(Beifall PIRATEN)

Bürgerbeteiligung heißt für uns vielmehr, dass die Bürger mitentscheiden.

(Beifall PIRATEN)

Mit Blick darauf, wie dieser Antrag formuliert ist und wie die **Regierungserklärung** vorgetragen wurde, können wir uns des Verdachts nicht erwehren, dass Bürgerbeteiligung in diesem Fall heißt, dass die Sorgen zur Kenntnis genommen werden und die Bürger nachher noch über die Farbe der Castoren entscheiden dürfen,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Rot-grün am besten!)

aber mehr leider nicht.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte auch auf die aktuelle Diskussion von gestern in der Förde-Runde eingehen. Dabei hat für die Grünen der Kollege Tietze Stellung bezogen und ausgeführt, dass er eigentlich ein sehr starker Befürworter der Bürgerbeteiligung sei, jedoch in dieser Frage eigentlich eher nicht; denn die Menschen vor Ort würden die Zettel mit einem klaren „Nein“ ausfüllen, weil sie den **Atom Müll** nicht bei sich wollten.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heißt das, dass Bürgerbeteiligung nur im Sinne der Fraktionen und der Koalition ist, wenn vorher klar ist, dass das Ergebnis auch politisch opportun ist?

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Da können wir nicht mitgehen und sagen: Diesem Weg stimmen wir zu.

Vielleicht war es ein Missverständnis, aber Sie, Herr Albig, haben vorhin begründet, warum heute

(Angelika Beer)

eine Entscheidung mit dem Ziel fallen soll, dass die Landesregierung jetzt Verantwortung dafür übernimmt, Akzeptanz zu schaffen. Das ist die Entmündigung des Bürgers.

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Das ist zum Beispiel auch die Entmündigung des Kreises **Dithmarschen**, der eine sehr differenzierte **Resolution** verabschiedet hat, indem er gesagt hat: Wir sind eigentlich dagegen, aber wir haben den Atommüll selbst produziert, sodass der Anteil auch verantwortlich bei uns zwischengelagert werden sollte.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch der Teil aus Gorleben?)

Ich möchte Ihnen gern erläutern, warum wir so viel Wert darauf legen, dass die Menschen an dieser **Generationenfrage** beteiligt werden, warum sie gehört werden und warum sie mitentscheiden sollen. Am 15. Februar 1955 hat das Bundeswirtschaftsministerium ausgeführt, dass die Frage der Endlagerung vor dem Bau des ersten AKW geklärt werden müsse.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Das ist über 40 Jahre her, Sie haben es selbst gesagt. Aber wir müssen auch deutlich machen - da sind wir ein Stück bei der Koalition -, dass wir die **Betreiber**, also die Profiteure, aufgrund der **Risiken in der Zukunft** nicht aus der Verantwortung lassen können. Das ist doch völlig klar.

(Beifall PIRATEN)

Ich sage ganz klar in Richtung der Verbraucher, die diese Debatte noch mit uns führen werden, auch wenn die Landesregierung diese Entscheidung für sich treffen will: Überlegt Euch gut, woher Ihr den Strom nehmt. Warum wollt Ihr, dass die, die Brokdorf weiterhin betreiben wollen, täglich noch mehr Geld verdienen? Wechselt zu denen, die **erneuerbare Energien** anbieten, damit wir alle helfen, die Energiewende in Deutschland und Schleswig-Holstein umzusetzen.

(Beifall PIRATEN und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fakt ist auch - deswegen ist die Beteiligung so wichtig -: Seit Beginn der Debatte um den Einstieg und seit der friedlichen **Nutzung der Atomenergie** - ich lasse die friedenspolitischen Aspekte einmal heraus - war immer eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken. Trotzdem sind sie gegen den Willen der Bevölke-

rung gebaut worden. Trotzdem haben Regierung und Betreiber alle Warnungen ignoriert.

Ich spreche für viele, die ungefähr so alt wie ich sind und die aus meiner Generation kommen. Die Proteste kamen nicht nur aus dem Bauch heraus, und sie waren nicht nur moralisch begründet, sondern wir haben damals wirklich Fachliteratur gewälzt, uns schlaugemacht und die Frage gestellt: Wenn es so gefährlich ist, was ist mit **Wiederaufbereitung**? Was ist mit der Zwischenlagerung? Das haben wir damals schon diskutiert. - Was ist mit der Endlagerung? Was ist mit diesem verdammt Atommüll, der Millionen von Jahren strahlt?

Deswegen sind wir auf die Straße gegangen und tun das noch heute. Das war für mich die Politisierung. Politik hat mich vorher gar nicht interessiert. Ich habe gefragt: Warum macht die Politik - die Bundesregierung - das, obwohl jeder wissen kann, dass es mordsgefährlich und unverantwortlich ist? Das war der Einstieg für mich. Deswegen ist damals auch die grüne Partei, der ich bekanntlich damals auch angehörte, entstanden.

Deswegen ist unser Appell trotzdem - auch wenn es heute so nicht beschlossen wird -: Lassen Sie uns über die Möglichkeit der Durchführung eines Volksentscheides reden!

(Beifall PIRATEN)

Sie verweisen darauf: Es ist rechtlich noch nicht möglich. Wir sagen: Lassen Sie uns Wege suchen, dort hinzukommen.

(Beifall PIRATEN)

Lassen Sie uns auch für Schleswig-Holstein Wege suchen, wie zum Beispiel Baden-Württemberg es in der Frage **Stuttgart 21** gemacht hat, unsere Menschen hier mitentscheiden zu lassen. Warum soll es in anderen Bundesländern gehen und bei uns nicht?

(Beifall PIRATEN)

Ich sage zu dem Kollegen Tietze und dem Misstrauen, dass unsere Menschen verantwortlich entscheiden: Wir trauen den Menschen zu, dass sie klüger entscheiden als die Politik. Das ist tatsächlich ein wesentlicher Unterschied zwischen uns.

(Beifall PIRATEN)

Denn eins muss man zweifelsohne festhalten: Die Frage ist, ob das politische Kalkül - es ist egal, ob ich Herrn Callsen oder Herrn Kubicki angucke -

(Zuruf: Unverschämt!)

(Angelika Beer)

wirklich das Ziel hat, gemeinsam eine Lösung in der Frage dieser schweren Zukunftsbelastung zu finden. Mich hat das heute hier nicht überzeugt. Warum sollten Menschen - wie zum Beispiel auch die Mehrheit der PIRATEN in Schleswig-Holstein - nicht verantwortlich zu dem Schluss kommen: Ja, wir stehen zu unserer Verantwortung, aber dann muss auch klar sein, wie sie aufgeteilt wird?

(Beifall PIRATEN)

Wir reden über die gefährlichste Substanz, die es überhaupt auf unserer Welt gibt. Wir halten es in diesem Punkt für vollkommen unangemessen, dass eine Landesregierung kurzerhand entscheidet, dass es jetzt entschieden werden muss.

(Beifall PIRATEN)

Wir haben Fragen, die noch nicht beantwortet sind. Herr Habeck, das können Sie vielleicht machen. Warum erklären Sie ohne Not in Berlin, dass Sie dem zustimmen? Wäre es nicht klüger gewesen, dem Bundesumweltminister zu signalisieren, dass sich Schleswig-Holstein einer **ergebnisoffenen Zwischenlagersuche** nicht verschließt, solange auch die anderen Länder mitmachen?

(Beifall PIRATEN)

Dann wäre der Name Brunsbüttel gar nicht gefallen, das hätte Druck auf die anderen ausgeübt, und wir hätten gesehen, wie die politische Debatte läuft.

(Zuruf PIRATEN: Warum?)

Ich will das Wort **Verantwortung** gern noch einmal detailliert betrachten. Vielleicht hätten wir die Regierungserklärung überzeugender gefunden, wenn der Titel anders gewesen wäre: „Schleswig-Holsteins Beitrag zum Atomausstieg - in Verantwortung mit den Menschen und dem Land“ - und nicht „vor“.

(Beifall PIRATEN)

Verantwortung zu übernehmen in einer Frage, die so wichtig ist, hätte aus unserer Sicht bedeutet, dass sich der Umweltminister nach dem Treffen in Berlin differenziert positioniert hätte, dass er die erste Sitzung des Unterausschusses nach der Osterpause von sich aus zum Anlass genommen hätte, im Ausschuss vorzutragen. Das hat er erst auf Antrag meiner Fraktion getan, und zwar durchaus unzureichend. Vorher gab es die Pressegespräche, und dann gab es die Tischvorlage für den Ausschuss, den **Antwortbrief von Herrn Altmaier**. Verantwortung zu übernehmen in einer so schwierigen Situation, hätte für uns auch bedeutet, nachdem wir einen umfangreichen Fragenkatalog als Kleine An-

frage eingereicht haben, dass vielleicht nicht Herr Stegner, der nicht der Atom- oder Energiewendexperte in dem Bereich ist,

(Zuruf CDU: Der ist für alles Experte!)

sondern dass vielleicht der Energiewendeminister gesagt hätte: Hallo, da gibt es berechnete Fragen, ich gehe zu der Fraktion und versuche, die Fragen zu beantworten.

Wenn es wirklich moralisch so schwierig war, gestern auf dem grünen Sonderparteitag eine solche Debatte zu beschließen, warum ist dann das Entgegenkommen in der Sache nicht dagewesen? Es sind unsere Fragen, es sind die Fragen der Bürger, und die Landesregierung hat bis heute keine Antworten gegeben. Wir werden diese Fragen so weiter stellen.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Ich möchte auch noch etwas zur Ehrlichkeit sagen. Um es kurz zu machen: Ehrlichkeit bedeutet zu sagen, dass wir heute noch nicht garantieren können, wie, wo, ob und wann zwischengelagert wird, dass wir noch nicht sagen können, wie, wo, wann und ob endgelagert wird. Das ist einfach so. 40 ist eine politische Zahl, ein Kompromiss. 2015, das ist Fakt. Aber wir können nicht einmal sagen, ob wir es wirklich bis dahin schaffen - egal ob hier bei uns oder bei anderen -, eine solche **Zwischenlagerung** so vorzunehmen, dass die Sorge der Bevölkerung, egal in welchem Bundesland, auch wirklich berücksichtigt wird.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Auch Herr Altmaier kann doch nicht sagen, ob das heute letztlich in Berlin ein Kuhhandel ist, und er kann uns heute noch nicht sagen - dazu hätte ich gern von Ihnen etwas gehört -, worum es geht, wenn er sich heute mit den Betreibern der Kernkraftwerke trifft, mit **Vattenfall und Co**. Was ist denn das Ziel der Diskussion? Vattenfall und die anderen endlich in Verantwortung zu nehmen und zu erwirken, dass eine Garantie für die Kosten der Zwischen- und Endlagerung übernommen wird? Zu garantieren, dass **Brokdorf** früher abgeschaltet wird und herauszuholen, dass wir noch einmal über die Endlaufzeiten insgesamt reden? Ist das das Thema? Oder müssen wir befürchten, dass etwas anderes dabei herauskommt, zum Beispiel eine Verlängerung - das ist die Sorge auch bei uns in Schleswig-Holstein - der Restlaufzeiten, zum Beispiel für Brokdorf, wenn man sich auf **Brunsbüttel als Zwischenlager** einlässt.

(Angelika Beer)

Verantwortung heißt für uns auch, dass wir uns dieser Diskussion stellen. Deswegen werden wir heute dem Koalitionsantrag nicht zustimmen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Ich möchte einmal aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren:

„Einstweilen finden sich die Unternehmen in einer bequemen Position wieder. Sie müssen einfach nichts tun.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nichts tun, so ist es!)

- Ja, Herr Kubicki, Sie und die CDU haben jahrelang bei diesem Unternehmen auf dem Schoß gesessen.

(Beifall PIRATEN - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das muss er mal erzählen!)

Warum nutzen Sie so eine Debatte nicht, um endlich einmal Forderungen zu stellen?

Dann sehen wir natürlich auch etwas, was ich merkwürdig finde und das nun wieder gar nicht zu der emotionalen Debatte gestern passt, die ich verstehe. Bei einigen verstehe ich sie wirklich, weil ich die Grünen noch so gut kenne und auch die Glaubwürdigkeit und die Angst, die Glaubwürdigkeit zu verlieren. Das sage ich vollkommen ohne Häme.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Beer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich möchte diesen Satz gern zu Ende bringen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich frage mich, warum Herr Trittin, der zukünftig in der rot-grünen Bundesregierung irgendein Ministeramt bekleiden will, auf einmal sagt - ich zitiere dpa in dem Vertrauen, dass es stimmt -:

„Der grüne Spitzenkandidat Jürgen Trittin sieht das Gesetz zur Suche nach einem Atommüllendlager nicht gefährdet durch die offene Frage der Castor-Zwischenlagerung. „Ich gehe davon aus, dass das Gesetz durchkommen wird so wie geplant, am 5. Juli.““

- Wer spricht denn da mit welcher Stimme?

Entschuldigung, Herr Kubicki.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Beer, nur damit es nicht im Raum stehen bleibt: Würden Sie mir freundlicherweise erklären, bei wem ich oder Teile meiner Fraktion in den letzten Jahren auf dem Schoß gesessen haben, angesichts der Tatsache, dass wir uns selbst dann noch für die **Beibehaltung des Atomkompromisses** ausgesprochen haben, als bundesweit anderes beschlossen wurde? Und würden Sie mir freundlicherweise erklären, warum Sie oder sonst jemand hier im Saal glaubt, dass ein Betreiber einen Antrag stellen soll, den er nicht stellen muss, um dadurch mehr Kosten zulasten seines Unternehmens zu verantworten?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Kubicki, die **Kostenfrage** ist Bestandteil der Kleinen Anfrage meiner Fraktion, weil sämtliche Fakten nicht genannt sind. Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Ansonsten gehe ich eigentlich schon davon aus, dass auch im Landtag Spitzenpolitiker, die für den Bundestag kandidieren, die Position der Bundespartei übernehmen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn ich mir das Hickhack zwischen Herrn Rösler auf der einen Seite und Herrn Altmaier auf der anderen Seite ansehe, dann denke ich, dass der Vorwurf, dass die Bundes-FDP sehr lange auf die **Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke** geschickt hat, zu Recht gemacht werden kann. Wenn Sie sich persönlich davon verletzt fühlen, tut mir das leid, aber das wäre dann mit Ihrer Bundespartei zu regeln.

(Beifall PIRATEN)

Jetzt habe ich Sie so kritisiert!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, gar nicht! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das war ein bisschen gaga eben!)

Ich habe gesagt, die PIRATEN haben den Antrag sehr klar abgelehnt. Wir haben alle Anträge verschickt und gefragt: Was haltet ihr davon? Es gab eine große Mehrheit dagegen.

(Angelika Beer)

Aber eines muss ich an dieser Stelle auch sagen: Es ist ein Antrag, der ehrlich ist. Sie drücken sich vor der Verantwortung. Sie sagen: Gorleben ist es, egal was in Gorleben passiert. Das ist eine Position, mit der man umgehen kann. Wir werden sie ablehnen, weil das unserer Parteiüberzeugung nicht entspricht.

(Beifall PIRATEN)

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass Positionen, die von der Landesregierung gefallen sind, nämlich vom Ministerpräsidenten auf der einen und vom Umweltminister auf der anderen Seite - im Antrag ist das so nicht formuliert -, ein Junctim zu stellen zwischen der Beschleunigung und Förderung der Energiewende in Schleswig-Holstein und der Frage der Zwischenlagerung von Atommüll in Schleswig-Holstein, für uns zwei vollkommen unterschiedliche Paar Schuhe sind. Da darf es auch nicht den Eindruck eines Deals geben.

(Beifall PIRATEN)

Das sind zwei getrennte Fragen. Sie haben aber eines gemeinsam: Auch die **Energiewende**, die wir unterstützen, so gut wir können, geht nur mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger. Deswegen wollen wir in beiden Bereichen klare **Mitspracherechte** für unsere **Bevölkerung**.

(Beifall PIRATEN)

Wir denken, dass unser Antrag auf Transparenz und Volksentscheid - sei es mit einer modifizierten Einigung zu einem solchen Weg - in dieser Debatte weiter eine Rolle spielen wird. Ich beantrage für meine Fraktion Überweisung an die Ausschüsse. Ansonsten sind wir bereit, gegeneinander abzustimmen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“ Dieser Satz von Herbert Wehner beschreibt, worum es heute geht: Es geht um Notwendigkeiten und um die politische Verantwortung, das Notwendige möglich zu machen. Diese Verantwortung betrifft nicht nur die Abgeordneten der Regierungsfractionen, nein, die haben auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, von der FDP und

den PIRATEN. Die Reden der Kollegen Callsen und Kubicki haben hiervon allerdings wenig spüren lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ist toll, dass Sie der Einzige sind, der Verantwortung übernimmt!)

Die **SPD in Schleswig-Holstein** hat bereits 1976 die Forderung nach einem **Atomausstieg** beschlossen, weil diese gefährliche Technologie nicht verantwortlich ist. Einer der Gründe für unsere Position war übrigens immer die ungeklärte Frage des Umgangs mit dem über Jahrtausende strahlenden Atommüll. Die SPD Schleswig-Holstein gehörte damit zu den ersten, die den Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomkraft gefordert haben. Später folgten der SSW, die Grünen und deutlich später auch die Landes-FDP.

Wir wollen noch heute, dass die Atomkraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden, damit kein weiterer Atommüll produziert wird. Deshalb ist es nach wie vor wichtig, auch die Chance einer nochmaligen Laufzeitverkürzung und damit eine vorzeitige Abschaltung der noch laufenden Atomkraftwerke wie Brokdorf zu ergreifen.

(Vereinzelter Beifall SPD und PIRATEN)

- Es war die **rot-grüne Bundesregierung** Schröder/Fischer, die im Jahr 2000 die Weichen für den **Atomausstieg** in Deutschland gestellt hat, mit einem historischen Kompromiss zwischen der Politik und den Energieunternehmen. Diesen konsensualen Weg hat die Regierung Merkel im Jahr 2010 mit dem Beschluss über die Verlängerung der Restlaufzeiten ohne jede Not wieder verlassen.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Es musste leider erst zu den katastrophalen Ereignissen von Fukushima kommen, um einen parteiübergreifenden Konsens in Deutschland zu ermöglichen und den Irrweg Atomenergie - diesmal hoffentlich endgültig - zu verlassen.

Mit ihrem Zickzackkurs hat die **schwarz-gelbe Bundesregierung** den Ausstieg aus der Atompolitik immer wieder verzögert. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Schleswig-Holstein hat sich über die **Verlängerung der Restlaufzeiten** gefreut.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir nicht!)

Ich zitiere den Minister der von Ihnen gebildeten Regierung, Herr Kollege. Minister Jost de Jager begrüßte diese am 10. September 2010 im Landtag. Ich zitiere mit Genehmigung aus dem Plenarprotokoll:

(Dr. Ralf Stegner)

„Sie“

- die Verlängerung der Laufzeiten -

„schafft aus meiner Sicht Planungssicherheit für alle Beteiligten.“

(Lars Winter [SPD]: Hört, hört!)

Planungssicherheit also. Wenn es die bei dem Zick-zackkurs denn jemals gegeben hat, dann wurde sie jedenfalls nicht genutzt. Oder warum haben wir keine Lösungsvorschläge gehört, was die Frage der **Endlagerung** des angefallenen Atommülls angeht?

(Vereinzelter Beifall SPD)

Eine Antwort auf diese Frage wurde doch mit der Laufzeitverlängerung noch dringender. Sie wurde aber nicht gegeben, ja sie wurde nicht einmal ernsthaft diskutiert. Die Antwort kann jetzt - sehr spät, aber vielleicht nicht zu spät - mit einem neuen Anlauf zu einem **Endlagersuchgesetz** endlich erfolgen.

Wir begrüßen die partei- und länderübergreifende Einigung auf ein ergebnisoffenes Endlagersuchverfahren. Auf der Basis strenger wissenschaftlicher Kriterien, transparent und demokratisch legitimiert kann nun nach dem sichersten Endlager gesucht werden. Es liegt in unser aller Verantwortung, gegenüber nachfolgenden Generationen sorgsam und möglichst zügig zugleich ein sicheres Endlager zu finden und in Betrieb zu nehmen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bis dahin muss der produzierte **Atommüll** aber **zwischengelagert** werden. Ein weiterer Verzicht auf Gorleben gehört - das sage ich besonders den Fraktionsmitgliedern der FDP - zu den partei- und länderübergreifenden Vereinbarungen, die als Grundlage des weiteren Verfahrens dienen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist nur eine Protokollnotiz!)

Herr Kollege Callsen, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten sich an die Adresse von Frau Merkel gewandt. Mir war es neu, dass Frau Merkel rot-grüne Wahlversprechen umsetzt. Das ist eine ganz neue Erkenntnis. Wenn Sie das hier kritisieren, kritisieren Sie Frau Merkel und Herrn Altmaier und bitte nicht diese Landesregierung oder die in Niedersachsen, nur weil Sie dort abgewählt worden sind. Das muss man einmal klar festhalten.

(Beifall SPD)

Herr Kubicki, Sie haben die Kritik ja wiederholt. Die sollten Sie bitte an Herrn Rösler oder Herrn Brüderle - oder wer auch immer bei Ihnen im Augenblick das Sagen hat - oder Herrn Westerwelle - oder wer das bei Ihnen gerade ist - richten. Ich verfolge das nicht immer, das wechselt so schnell.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Sie sollten sich an die, die bei Ihnen Verantwortung haben, wenden, denn die haben diesem Kompromiss zugestimmt. Ob das Ding nun Protokollnotiz heißt oder nicht, ist doch völlig schnurz, wir nehmen Ihre Vorsitzenden ernst, Herr Kollege Kubicki. Insofern verstehe ich Ihre Kritik nicht, die Sie an dieser Stelle äußern.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit größtem Vergnügen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, Ihnen ist sicherlich bewusst, dass die Frage der Zwischenlagerung im Endlagersuchgesetz weder geregelt noch gesetzgeberisch umgesetzt werden wird und dass die Protokollnotiz rechtlich überhaupt keine Relevanz für das weitere Verfahren hat. Das ist Ihnen offensichtlich bewusst.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Kollege Kubicki, ich hatte gedacht, dass es politische Relevanz hat, was Ihre Vorsitzenden sagen. Vielleicht ist das ja nicht so. Ich nehme gern zur Kenntnis, es sei völlig irrelevant, was Herr Rösler, Herr Westerwelle und Herr Brüderle sagen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Erlauben Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki, Herr Abgeordneter?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Es dient ja ständig der Erkenntnis dieses Hauses, also weiter!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, würden Sie mir freundlicherweise die Frage beantworten: Werden bis zum Jahr 2015 außerhalb von Gorleben keine weiteren Zwischenlager - aus welchen Gründen auch immer - errichtet, keine Castoren von Sellafield nach Deutschland zurückgeführt, oder werden die dann in Gorleben eingelagert?

- Sehr geehrter Herr Kollege, wenn Sie das unermessliche Maß an Geduld aufbringen können, meine Rede anzuhören, werden Sie auf diese Frage eine Antwort bekommen. Ich nutze Ihre Frage aber noch zu dem zweiten Hinweis: Ich dachte, die Bundesregierung sei noch im Amt. Dass sie politisch eingeschlafen ist, kann man merken, aber dass Sie sagen, nur das, was rechtlich in Verträgen niedergelegt sei, habe in irgendeiner Weise Bewandnis, erstaunt mich doch ein bisschen bei jemandem, der für die FDP für den Deutschen Bundestag kandidiert. Das mögen Sie halten, wie Sie wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir vertreten hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag natürlich nicht die Position Niedersachsens, aber eines ist doch klar: Unser Nachbar hat mit Gorleben lange Zeit Lasten für uns alle mittragen müssen. Das zu ignorieren, ist weder fair noch anständig. Das kann man doch hier zum Ausdruck bringen, auch wenn es keine Zustimmung an Stammtischen bringt, wenn man hier Wahlkampf macht. Es ist doch schlichtweg Fakt, und das kann man hier meiner Meinung nach auch sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wenn wir die Endlagerfrage endlich beantworten wollen, müssen wir zum einen auf Grundlage wissenschaftsbasierter Kriterien ergebnisoffen suchen und gleichzeitig **Alternativen für Gorleben** finden. Deutlich muss aber auch sein - das ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu Beginn der öffentlichen Debatte ein bisschen zu kurz gekommen -: Wir übernehmen diese Verantwortung nicht leichtgläubig, wir stellen keine Blankoschecks aus, sondern klare Bedingungen. Die **Sicherheit** muss oberste Priorität haben; hier gibt es nichts zu dealen, das sind harte Punkte, ohne die es schlicht nicht gehen kann.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist selbstverständlich!)

In so einer weitreichenden und mit hohen Risiken behafteten Frage können und werden wir keine Zugeständnisse machen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Toll!)

Wenn Castoren aus Sellafield beziehungsweise La Hague - das ist ja Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken - in Deutschland, auch in Schleswig-Holstein zwischengelagert werden sollen, wollen wir das an fünf **Bedingungen** knüpfen:

Erstens. Es muss eine **faire Lastenteilung** zwischen den Ländern geben. Unter einer gemeinsamen Lösung verstehen wir nicht, dass Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg alle Castoren übernehmen. Es müssen am Ende schon mehr Länder sein. Hier steht auch Bundesumweltminister Altmaier in der Pflicht, dies sicherzustellen. Ich habe mit großer Freude wahrgenommen, dass er im NDR beziehungsweise bei dpa genau dies eben zum Ausdruck gebracht hat und sagt, es müsse mehr Länder geben, und er gehe davon aus, dass das auch geschehe. Da ist er offenbar schon ein bisschen weiter als Sie, die das nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und wenn nicht?)

- Ein bisschen Geduld! In Ihrem Alter kann man doch ein bisschen geduldiger werden, Herr Kollege Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, bin ich auch!)

Normalerweise nimmt die ja zu mit dem Alter. Sie sind ja Alterspräsident. Ein bisschen Geduld, ich komme dazu.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Da haben Sie recht, Herr Kollege Garg, ich wollte ihn nicht diskriminieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Großteil Ihrer Partei ist deutlich älter!)

- Er ist der Älteste, ich wollte es nicht sagen. Entschuldigung. Streichen Sie das bitte wieder aus dem Protokoll, sonst liest das womöglich jemand.

(Christopher Vogt [FDP]: Keine Zensur, Herr Stegner!)

Zweitens. **Sicherheitskriterien** haben die allerhöchste Priorität.

(Dr. Ralf Stegner)

Wir werden definitiv keine Zugeständnisse machen, wenn es um die Sicherheit und die Gesundheitsrisiken der Bürgerinnen und Bürger geht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wäre ja noch schöner!)

Eine erneute strengste und transparente Sicherheitsprüfung ist deshalb ebenso Voraussetzung wie die Eins-zu-eins-Anwendung der Standards und Anforderungen der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht, auch wenn sie nicht zuständig ist.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist doch selbstverständlich, das ist doch nichts Besonderes!)

- Herr Kollege Arp, diese Selbstverständlichkeiten haben Sie doch lange genug in den Debatten, die wir über Krümmel und Brunsbüttel geführt haben, ignoriert. Ich möchte Herrn Austermann hier lieber nicht zitieren, denn wenn ich das täte, müssten Sie rot werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU)

Der hat nämlich bei Rissen gesagt: Lasst uns doch im Betrieb testen, ob die betriebsbedingt oder herstellungsbedingt sind. Das war geradezu Atomfanatismus auf Ihrer Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sollten Sie nicht kritisieren.

Ich sage: Wir brauchen eine Eins-zu-eins-Anwendung dieser Standards. Das gilt selbstverständlich auch für die Zuverlässigkeit der Betreiber, die wir in der Vergangenheit leider immer wieder anzweifeln mussten. Auch wenn ich das nicht so undiplomatisch ausdrücken möchte wie der Kollege Harms, muss ich doch sagen: Recht hat er natürlich schon. Deshalb sage ich ganz klar: Eine unabdingbare Voraussetzung ist es, dass die **Atomkraftwerksbetreiber** überhaupt einen **Antrag auf Errichtung eines Zwischenlagers** stellen. Hierum hat sich der Bund zu kümmern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ihre Einwände an die Landesregierung waren in der Hinsicht völlig daneben. Hierum hat sich nämlich der Bund zu kümmern. Gleichzeitig hat er sicherzustellen, dass der Genehmigungszeitraum von 40 Jahren für Zwischenlager nicht erweitert werden darf. Zwischenlager bleibt Zwischenlager, da darf und wird es kein schleichendes Präjudiz geben. Gesucht wird ein Endlager. Hierfür gilt für alle das Prinzip der weißen Landkarte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist so absurd!)

- Ich will Ihnen einmal eines sagen: Ausgerechnet diejenigen, die den Atomkonsens aufgelöst haben und die Restlaufzeiten verlängert haben, reden hier über Misstrauen gegenüber der Politik. Ausgerechnet die! Das ist Scheinheiligkeit in höchster Potenz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Sie setzen immer auf die Amnesie der Bürgerinnen und Bürger,

(Zuruf CDU: Ja, genau, Sie ja nicht!)

darauf können Sie aber nicht setzen, auch wenn die manchmal im Alter in der Tat zunimmt. Aber in diesem Fall werden die Bürgerinnen und Bürger das wissen.

Drittens. Die **Kosten** haben selbstverständlich die **Verursacher**, also die AKW-Betreiber, zu übernehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die melden sich jetzt alle freiwillig!)

Sie haben jahrzehntelang von den Regelungen und Subventionen milliardenstark profitiert. Sie sind deshalb dazu nicht nur in der moralischen Pflicht, sondern es muss auch durchgesetzt werden, dass sie das gefälligst auch übernehmen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie denn? - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Sie müssen auch die Folgekosten übernehmen. Dass die Betreiber uns womöglich verklagen werden, liegt doch daran, dass Frau Merkel den Atomkonsens aufgekündigt und den Atomdeal gemacht hat. Das ist doch das Problem, das wir haben - und nicht das Gegenteil. Das wissen Sie ganz genau.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir schlagen dafür vor, die von den AKW-Betreibern gebildeten Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung von Atommüll unter Wahrung angemessener Übergangsfristen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu verlagern, um sie vor dem Insolvenzrisiko zu schützen.

Viertens. Auch die **Kosten** für **Polizeieinsätze** dürfen nicht am Land hängen bleiben. Da hat der Innenminister völlig recht. Da es sich bei der Entsorgung und Endlagerung des hochradioaktiven Mülls um eine nationale Aufgabe handelt, ist der Bund auch hier in der Pflicht. Wir alle wissen, wie es um

(Dr. Ralf Stegner)

die Haushaltslage unseres Landes steht und wie sehr unsere Polizistinnen und Polizisten am Limit sind. Eine zusätzliche Belastung durch Castor-Transporte ist weder zu leisten noch entspricht das einer fairen Lastenverteilung zwischen den Ländern und dem Bund.

Fünftens. Gerade bei solch einer Frage und all den Ängsten, die damit einhergehen, müssen wir die Menschen mitnehmen und uns intensiv um den Dialog kümmern. Ein **transparentes Verfahren** mit weitestgehender **Bürgerbeteiligung** ist daher notwendig. Wir fordern ein, dass das deutlich mehr sein muss, als es im Atomgesetz rechtlich vorgeschrieben wird, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da muss mehr kommen, denn ich kann sonst nicht erwarten, dass Lasten übernommen werden.

An diese Bedingungen - Herr Kollege Kubicki, jetzt achten Sie genau auf das, was ich sage, damit Sie Ihre Antwort auch bekommen - ist unsere Zustimmung geknüpft, ist geknüpft, dass der Landtag zustimmt, Mitverantwortung zu übernehmen. So einfach und so schlicht ist das, und das steht so auch in unserem Antrag.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Ich verstehe Sie gar nicht. Erst kritisieren Sie, dass wir die Bedingungen stellen. Natürlich müssen die erfüllt werden. Sie machen sich diese Mühe aber gar nicht erst mit dem, was Sie hier vorlegen. Und dann sagt Herr Kubicki, das sei eine PR-Aktion. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Wenn Sie die Zustimmung des Landtags, die wir an Bedingungen knüpfen, zu einer PR-Aktion erklären, sagt das etwas über Ihr zynisches Politikverständnis und nicht über unseres aus. Der Landtag ist nämlich das höchste Organ in Schleswig-Holstein, das über solche Dinge zu entscheiden hat. Sehr verehrter Herr Kollege, Sie sind länger im Parlament als ich, Sie sollten das eigentlich wissen.

Ich füge hinzu: Wir knüpfen das auch deshalb an die Bedingung - das sage ich ausdrücklich auch im Respekt vor dem Kollegen Voß, der es sich deutlich schwerer macht als Sie mit dem, was Sie hier vortragen -, dass wir das, was wir hier einfordern auch eingelöst sehen wollen und eingelöst sehen müssen. Das weiß auch der Bundesumweltminister. Deshalb reden wir heute auch darüber, denn wir wollen, dass das im Parlament entschieden wird. Frau Kollegin Beer, deshalb müssen wir übrigens auch heute darüber entscheiden, denn wir brauchen Mandate

für Verhandlungen. Die muss der Landtag geben und sonst niemand.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

In der Hoffnung, dass nicht nur das Haus klüger wird, sondern auch er selbst: Sehr gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, ich frage Sie ja, weil ich weiß, dass Ihre weitreichenden historischen Antworten mich immer voranbringen. Würden Sie mir und freundlicherweise auch dem Haus beantworten, bis zu welchem Zeitpunkt die jeweiligen Bedingungen erfüllt sein müssen - angesichts der Tatsache, dass 2015 die ersten Castoren eingelagert werden sollen? Muss das bis zum 6. Juli erfüllt sein? Oder muss das bis zur Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein im Bundesrat erfüllt sein? Bis wann müssen jeweils die Bedingungen erfüllt sein, damit wir uns darauf verlassen können, dass nicht ohne dass die Bedingungen erfüllt sind in Brunsbüttel Sachen eingelagert werden?

- Herr Kollege Kubicki, ich hatte eigentlich gedacht, Sie hätten in den zweieinhalb Regierungsjahren gelernt, wie man so etwas macht. Aber das ist offenkundig nicht so. Sie sollten ein bisschen weniger in Talkshows sein und sich ein bisschen häufiger mit den inhaltlichen Arbeiten in Ihrer Fraktion beschäftigen, dann wüssten Sie nämlich, dass wir gesagt haben, alle Bedingungen müssen erfüllt sein, sonst gibt es unsere Zustimmung nicht. Das ist ganz einfach.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann? Bis zur Zustimmung im Bundesrat? Bis dann müssen sie erfüllt sein, sonst stimmt Schleswig-Holstein nicht zu?)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, ohne Worterteilung können Sie nicht permanent weiter Fragen stellen. Das geht nicht. - Ich frage zunächst einmal Herrn Abgeordneten Dr. Stegner, ob er eine weitere Frage zulässt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir werden jetzt Ihr Mikrofon freischalten, dann können Sie fragen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Frage lautet: Habe ich das richtig verstanden, dass bis zur Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein im Bundesrat sämtliche Bedingungen erfüllt sein müssen, sonst gibt es keine Zustimmung des Landes Schleswig-Holsteins im Bundesrat zum Endlagersuchgesetz? So habe ich das jetzt gerade verstanden.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist schön, dass Sie das so verstanden haben. Ich habe gesagt, die Zustimmung dieses Landtages, Mitverantwortung bei der Zwischenlagerung von solchen Castoren zu übernehmen, ist geknüpft an die Erfüllung der Bedingungen, die wir heute beschließen. Das begehren wir vom Landtag, nicht mehr und nicht weniger. Wenn Sie das auch meinen, könnten Sie eigentlich zustimmen. Die Bedingungen, die wir hier dargestellt haben, sind vernünftig. Alles Weitere, zu welchem Datum und zu welcher Uhrzeit das geschieht, sehr verehrter Herr Kollege Kubicki, kann ich Ihnen heute natürlich nicht beantworten. Ich habe Ihnen in der Substanz geantwortet, dass dieser Landtag seine Zustimmung an Bedingungen knüpft, und ich gehe selbstverständlich davon aus, dass die Landesregierung, die übrigens von der Koalition getragen wird,

(Christopher Vogt [FDP]: Ist das so?)

diesen Beschluss des Landtags - über den sie übrigens froh ist, weil sie mit ihm ein Mandat für Verhandlungen bekommt -, natürlich genauso ernst nehmen wird wie Sie hoffentlich auch.

Ich ermahne Sie, nein, ich bitte Sie oder ich appelliere an Sie, dass Sie dem zustimmen, denn die Bedingungen sind vernünftig und im Interesse unseres Landes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte noch auf einen weiteren wichtigen Zusammenhang hinweisen. Frau Kollegin Beer, das hat übrigens mit Ihnen nichts zu tun. Der Ausstieg aus der Atomenergie wurde bislang verzögert, der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht konsequent vorangebracht. Die erfolgreiche **Energiewen-**

de besteht aber aus zwei Teilen, dem Ausstieg aus der Atomkraft und den fossilen Energieträgern auf der einen Seite und dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Förderung auf der anderen Seite. Das Land Schleswig-Holstein war immer bereit, eine **Vorreiterrolle** bei der Energiewende einzunehmen. Das gilt nicht nur für den Ausstieg aus der Atomenergie und den damit verbundenen Lasten, das gilt auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Deshalb sage ich auch - das gehört sehr wohl auch in diese Debatte -: Die erfolgreiche ökologische Energiewende muss konsequent fortgesetzt werden. Wir brauchen dafür verlässliche Rahmenbedingungen anstelle von politischen Widerständen wie einer Windenergiebremse bei der EEG-Reform. Deshalb sage ich, das ist nicht im Interesse unseres Landes, und Herr Altmaier muss sich auch um diesen Teil kümmern, nicht nur um den anderen. Denn das ist wichtig für unser Land und für die Bundesrepublik Deutschland.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sie waren vorhin in der Fragestunde schon so prima, also gern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat doch gar nichts gefragt!)

- Nicht er, aber seine Kollegen. Frau Klahn war richtig klasse, das hat mir richtig gut gefallen. Machen wir mal weiter.

(Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Stegner, sind wir hier beim Karneval oder was?)

- Nein, ich finde das positiv. Ich habe mich darüber gefreut. Ich darf doch an dieser Stelle meiner Freude Ausdruck geben. - Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Also, Herr Stegner, ich freue mich auch immer, wenn ich mit Ihnen reden darf.

(Zurufe FDP)

- Und jetzt bin ich dran.

- Nicht noch aufstampfen!

- Ach, wissen Sie, ich bekomme das auch ohne Aufstampfen hin. Herr Kollege Stegner,

(Dr. Ralf Stegner)

mich würde interessieren, da Sie an unsere Moral und an unsere Verantwortung appelliert haben und Ihnen sicherlich an einer breiten Mehrheit für das, was Sie beschließen wollen, gelegen ist: Habe ich Sie vorhin bei der Beantwortung der Frage des Kollegen Kubicki richtig verstanden, dass diese Landesregierung im Bundesrat erst dann zustimmen wird, wenn all die von Ihnen formulierten Bedingungen erfüllt sind, und dass Sie sicherstellen, dass vorher diese Landesregierung im Bundesrat einem entsprechenden Gesetzentwurf keine Zustimmung geben wird? Habe ich Sie so richtig verstanden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie das garantieren, stimmen wir zu!)

- Das finde ich wunderbar. Ich habe trotzdem noch ein paar schöne Punkte, die ich Ihnen schildern möchte. Ich finde es gut, wenn der Kollege Kubicki dann zustimmen kann, denn die Geringschätzung für unseren Antrag hat Herr Garg in seiner Frage nur mühsam verbergen können.

Ich will deutlich sagen: Wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag - ich kann im Moment nur für die Fraktionen reden, die hier die Mehrheit bilden, aber ich würde mich sehr freuen, wenn andere mit dabei wären - knüpfen unsere Zustimmung zu der Zwischenlagerung von Castoren, die aus England oder Frankreich zurückkommen, daran, dass diese Bedingungen, die ich genannt habe, die übrigens auch der Ministerpräsident genannt hat und die Teile unseres Antrags sind, erfüllt werden. Daran knüpfen wir unsere Zustimmung. Ohne dass diese Bedingungen erfüllt sind, gibt es keine Zustimmung von diesem Haus. Das ist das, was ich klipp und klar gesagt habe. Das ist unser Verständnis davon, ernsthaft Politik zu betreiben. Ich nehme zur Kenntnis, dass wir dann eine breitere Mehrheit bekommen. Sehen Sie, manchmal lohnt sich das mit den Zwischenfragen richtig. Da bewegen sich ganze Fraktionen in ihrem Stimmverhalten. Das finde ich wunderbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt richtig Mühe mit meinem Manuskript. Ich hoffe, ich kann das noch alles so vortragen, wenn sich die FDP jetzt so bewegt. Vielleicht tut es auch die CDU. Alles, was ich bisher vorgetragen habe, könnten eigentlich alle in diesem Hause mittragen - wollte ich sagen. Bisher schien es nicht so. Leider hat die Opposition bisher da weitergemacht, wo sie als Regierung aufgehört hat.

Bisher besagen der FDP-Antrag und die öffentlichen Äußerungen von Herrn Kubicki: **Gorleben** ist prima, alles ist geregelt, Alternativen sind - so sagt der Technik- und Atomrechtsexperte Kubicki - gar nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Ich nehme den Satz, der hier steht, den ich gleich formuliere, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, wenn Sie am Ende zustimmen. Ich wollte nämlich sagen: Warum ernennen Sie nicht gleich Sankt Florian zum Ehrenvorsitzenden Ihrer Partei? Das ist eigentlich der Ausdruck Ihres Antrags.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist nicht einmal ein guter Witz! Kein Argument und kein guter Witz!)

Ohne Gorleben zu verändern, wird es keine Lösungen geben.

Ich kann übrigens Äußerungen wie die des Kollegen Kumbartzky, der sich auf rein regionale Interessen stützt, nachvollziehen. Ich sage aber: Der Schleswig-Holsteinische Landtag steht für das gesamte Land ein, und wir müssen Verantwortung für das gesamte Land übernehmen. Wir müssen das in den Regionen erklären. Wir haben eine Gesamtscheidung zu treffen.

Nun komme ich zur CDU. Man hört und staunt. Sie entdecken ganz plötzlich 17 neue Sicherheitsbedenken, die wir von Ihnen noch nie vorher gehört haben, schon gar nicht zu Ihren Regierungszeiten. Das kann man gar nicht ernst nehmen. Ihr Antrag ist doch ein schwarzer Pappkamerad. In Wirklichkeit vertreten Sie einfach die populistische Position: Atommüll bei uns - Nein, danke; Atommüll bei anderen - Ja, bitte. Das ist Ihre Vorstellung.

Das, was Herr Magnussen vorträgt, finde ich wirklich peinlich. Sie sind bekanntermaßen insofern ein Fossil - ich finde, der Begriff passt in diesem Zusammenhang -, weil Sie für neue Atomkraftwerke eintreten. Sie übertreffen Ihren ehemaligen Minister Austermann noch in der Atombegeisterung.

Bei der FDP ist es immerhin noch so, dass der Landesverband eine eigenständige Position hat. Aber die CDU ist doch die Atompartei Deutschlands. Darum kommen wir nicht herum. Statt den Müll wegzuräumen, überlassen Sie das lieber anderen. Ihre Parteifreunde in Bayern und Hessen verhalten sich genauso. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Die Haltung von Herrn Seehofer finde ich geradezu skandalös. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft für Atomenergie zu kämpfen, aber den Müll sollen die rot-grünen Regierungen beseitigen, die schon immer gegen Atomenergie waren. Was ist das eigentlich für eine Haltung?

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich wünschte mir, Sie würden bei den Herren Seehofer und Bouffier für unsere Position werben, anstatt in der Hoffnung auf Wahlkampfprofite die Position Ihrer süddeutschen Parteifreunde zu übernehmen. Das wäre Verantwortung, Herr Kollege Callsen. Ich weiß nicht, ob Sie sie kennen, aber vielleicht können Sie mit denen einmal darüber reden, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt, seine Position zu ändern.

Frau Beer, die PIRATEN wollen einen Volksentscheid, den es in der Verfassung derzeit nicht gibt. Sie wissen: Auch wir sind für **Volksentscheide** im **Grundgesetz**. Aber das hilft uns in dieser Frage heute nichts. Immerhin hat sich die Piratenfraktion in dieser Frage - zumindest war dies mein Eindruck - erfreulicherweise mit unserem Antrag beschäftigt. Wir haben einige Übereinstimmungen. Die Gesamtmenge Ihrer Abstimmungszahlen war sehr beeindruckend - wenn ich das richtig nachgelesen habe. Aber unabhängig davon, wie viele Personen abgestimmt haben - wenn ich es nicht falsch gelesen habe, liegt die Mehrheit der Positionen, abgesehen vom Thema Volksentscheid, durchaus eher auf der Linie dessen, was wir an Bedingungen formuliert haben. Deswegen hoffe ich immer noch, Frau Kollegin Beer, dass zumindest einige in Ihrer Fraktion heute mehr Verantwortung zeigen als etwa die Kollegen aus der CDU-Fraktion und eben nicht gegen unseren Antrag stimmen, sondern mitmachen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Breyer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber gern. Wenn Sie die Uhr anhalten, mache ich das gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Herr Dr. Stegner. - Es ist meine erste Zwischenfrage, die ich trotzdem sehr gerne stelle.

Sie haben gesagt, in unserer Landesverfassung sei ein Volksentscheid nicht vorgesehen.

(Zuruf von der SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Würden Sie mir zustimmen, dass in unserer Landesverfassung ein Volksentscheid vorgesehen ist, nämlich über alle Gegenstände der

politischen Willensbildung, mit denen sich auch der Landtag befassen kann, unter anderem die Anträge, über die wir heute debattieren, und zwar initiiert von Bürgerinnen und Bürgern? Es wäre also sehr wohl möglich, wenn sich der Landtag - wie es in unserem Antrag steht - dafür ausspricht, dass ein Volksentscheid auch zustande kommt.

- Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Breyer, ich habe gar nicht gewusst, dass auch Sie sich des dialektischen Mittels bedienen, das wir heute in der Fragestunde schon ein paar mal erlebt haben, nämlich Antworten, die man gegeben hat, ins Gegenteil zu verkehren. Ich habe hier zum Ausdruck gebracht, dass in der Bundesverfassung, im Grundgesetz, eine solche bundesweite Aktion nicht vorgesehen ist. Die Frage, über die wir hier reden, wird aber in der Bundespolitik entschieden. Rechtlich ist das so geregelt. Deswegen nützt uns das nichts. Wir sind für Volksentscheide im Grundgesetz. Ich habe das ausdrücklich gesagt. Das steht im Wahlprogramm der SPD. Andere Parteien wollen das übrigens auch, die GRÜNEN beispielsweise. Aber das nützt uns in dieser Frage, die im Bund entschieden wird, im Augenblick nichts. Das war meine Antwort. Ansonsten sind Ihre theoretischen Betrachtungen, was man im Land tun könnte, eine ganz andere Angelegenheit. Aber um die geht es hier heute nicht. Es geht vielmehr um die Frage: Kann man darüber abstimmen lassen? Das kann man nicht. Es ist eine Bundesentscheidung. Das nützt uns also nichts. Deswegen werbe ich noch einmal bei Ihrer Fraktion, dass Sie - wenn Sie das, was Sie eigentlich wollen, im Augenblick nicht machen können - jedenfalls Ihrer Verantwortung gerecht werden und sich zu den Anträgen in der Sache verhalten, wobei Sie den meisten der Argumente und Bedingungen zustimmen, wie ich aus der Diskussion mit Ihnen - ich habe sie bei Ihnen führen dürfen - weiß.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr gerne.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Dr. Stegner, Sie haben eben betont, es sei eine Bundesfrage, die hier zur Entscheidung anstehe, haben aber vorher in Ihrer Rede zehn, 20 Minuten lang betont, wie wichtig es sei, dass der Landtag entscheide und die Be-

(Dr. Ralf Stegner)

dingungen formuliere, unter denen Verhandlungen aufgenommen werden. Stimmen Sie mir zu, dass auch die Bürgerinnen und Bürger in einem Volksentscheid darüber entscheiden könnten, ob und unter welchen Bedingungen die Landesregierung solche Verhandlungen aufnehmen soll? Man könnte zum Beispiel Ihren Antrag zum Gegenstand eines Volksentscheides machen.

- Nein, da stimme ich Ihnen nicht zu. Wir befinden uns in einem Prozess, in dem ein Endlagersuchgesetz gemacht wird und in dem wir Einfluss nehmen wollen. Ich bin zwar kein Jurist wie Sie und der Kollege Kubicki, habe aber auf die Frage des Kollegen Kubicki vorhin schon geantwortet: Es geht nicht nur um die juristischen Kautelen, sondern darum, dass wir **politisch Einfluss** nehmen. Welch stärkeres Signal könnte es geben, als wenn dieser **Landtag**, das höchste gewählte Organ der Volksvertretung, bevor die Verhandlungen abgeschlossen werden, zum Ausdruck bringt, was er will und an welche Bedingungen er das knüpft? Das finde ich ein sehr starkes Signal in der repräsentativen Demokratie. Dafür werbe ich sehr.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit noch größerem Vergnügen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Dr. Stegner, stimmen Sie mir zu, dass ein Verfahren wie ein Volksentscheid in Schleswig-Holstein mit vorgeschalteten Verfahren, das ungefähr eineinhalb Jahre dauert, nicht geeignet ist, jetzt eine Verhandlungsposition festzulegen?

- Dem stimme ich ausdrücklich zu. Wie könnte ich einer so klugen Einschätzung auch nicht zustimmen? Sie spricht ja für sich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben von der Vorgängerkoalition immer wieder gehört, wie mutig sie gewesen sei. Sie haben Mut damals so definiert: Ich kürze bei den Schwächsten und lege mich mit den Mächtigen nicht an. Das war die Definition von politischem Mut der Vorgängerregierung. Das hatte mit Mut nichts zu tun. Mut ist aber sehr wohl, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung bei sehr schwierigen Themen zu übernehmen,

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

wie wir sie hier zu lösen haben.

Worum es nämlich heute geht, ist verantwortungsvolles Handeln. Das macht an dieser Stelle zugegebenermaßen keinen Spaß. Aber wenn wir die Endlagerfrage endlich beantworten wollen, dann reden wir heute über die Voraussetzungen dafür, und damit auch über die Voraussetzungen für den erfolgreichen Atomausstieg. Vielleicht ist das der Punkt, den Sie bei uns ernst nehmen sollten. Wir wollten den **Atomausstieg** immer. Wir schaffen jetzt die **Voraussetzungen** dafür, dass das mit dem Atomausstieg auch klappt und wir nicht wieder neue Debatten über Restlaufzeiten bekommen, die wir wirklich nicht wollen.

Deshalb appelliere ich an die Opposition - ich nehme die Bewegung im Saal so wahr, dass sich jedenfalls ein Teil der Opposition in unsere Richtung bewegen könnte -, dass wir heute nicht auf billigen Populismus setzen, sondern alles tun, dass die Landesregierung auf der Basis eines starken Votums dieses Landtages als starke Stimme aus dem Norden in Berlin auftreten kann, dass unser Umweltminister Robert Habeck ein Mandat für weitere Verhandlungen hat, das er braucht, wenn wir Erfolg haben wollen.

Schleswig-Holstein steht zu seiner Verantwortung, will aber entscheidend mitreden. Herr Callsen, ich sage es noch einmal. Vielleicht hilft dies der Union: Ohne Zustimmung zu dem, was wir heute als Bedingungen aufstellen, gibt es keine Mitverantwortung für die Zwischenlagerung von radioaktivem Müll in Schleswig-Holstein. Ich sage dies klipp und klar. Das ist die Position, die ich hier zum dritten Mal wiederhole und die Sie hoffentlich so weit verstanden haben, dass Sie aus Ihrem Kriterienkatalog vielleicht die Schlussfolgerung ziehen können, unserem Antrag zuzustimmen.

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig für seine **Regierungserklärung**. Es ist eine Regierungserklärung, die deutlich gemacht hat, dass es um die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes geht. Wir dürfen uns nicht wegducken, wir dürfen die Augen vor der Realität nicht verschließen, und wir müssen analysieren und diskutieren, aber auch auf einem Feld handeln, wo es uns nicht leicht fällt. Ich füge hinzu: Wir haben unseren Antrag, den die Regierungsfractionen heute vorlegen, im Rahmen von Diskussionen, die wir innerhalb der Koalition, mit der Piratenfraktion und mit anderen geführt haben, weiterentwickelt, weil wir für diesen Landtag den bestmöglichen Antrag formu-

(Dr. Ralf Stegner)

lieren wollten, der diese Bedingungen klipp und klar formuliert und jede Sorge zum Ausdruck bringt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einmal mehr zeigt sich, dass Schleswig-Holsteins Bürgerinnen und Bürger eine gute und verantwortungsvolle Regierung gewählt haben. Diese Linie wird von den Regierungsfractionen, von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, unterstützt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, und wir werden das Notwendige möglich machen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kampf um die Atomkraft hat die **Geschichte unseres Landes** tief geprägt. Die Bilder aus Brokdorf mit Knüppeln, Reizgas, Wasserwerfern und Nato-Draht gehören zu unserem kollektiven Gedächtnis. Mit den drei Atomkraftwerken Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel war und ist Schleswig-Holstein besonders stark mit den Risiken der Atomkraft belastet. Unsere Kinder wuchsen mit Begriffen wie Störfall und Schrottreaktor auf; einfach deshalb, weil sie in Schleswig-Holstein aufwuchsen.

Es lässt sich also mit Fug und Recht fragen: Warum müssen ausgerechnet wir in Schleswig-Holstein uns beteiligen, wenn es um die Zwischenlagerung von nuklearem Müll geht? Warum ausgerechnet wir? - Meine Damen und Herren, die Antwort lautet: gerade deshalb, weil kaum ein anderes Land aus seiner Geschichte heraus ein so hohes Interesse daran hat, dass der Atomausstieg gelingt. Es hat dieses Interesse als ein Kernland der Anti-Atomkraft-Bewegung und als ein Land, das den Risiken der Atomkraft über Jahrzehnte stärker ausgesetzt war als viele andere Länder.

Deshalb sage ich: Wenn Minister Habeck sich für die Landesregierung bereiterklärt hat, Teil einer Lösung bei der Zwischenlagerung von Castoren zu sein und gemeinsam mit anderen einen fairen Beitrag zu leisten, dann hat er im besten Sinne als Schleswig-Holsteiner gehandelt. Wir in Schleswig-

Holstein sind niemandes nützlicher Idiot, aber wir taktieren auch nicht herum. Wir sagen, was mit uns geht und was mit uns nicht geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir nehmen was von diesem Dreckszeug, aber wir nehmen nicht alles. So einfach ist das.

Ich erspare uns hier einen Rückblick darauf, welche Partei wann in der Energiepolitik welche Rolle gespielt hat. Alle Parteien auch hier im Landtag empfinden sich jetzt als Vorkämpfer der **Energiewende**. Die Argumente von Grundlastsicherung, Versorgungsengpässen und Strompreisen sind vergessen. Als hätten sie nie etwas anderes gewollt, geben sich CDU und FDP nun geschmeidig und setzen voll auf die erneuerbaren Energien.

Solche Lippenbekenntnisse sind freilich immer so lange wohlfeil, so lange keine **unbequemen Entscheidungen** zu treffen sind. Vor einer solchen stehen wir heute. Wir stehen heute vor einer verdammt unbequemen Entscheidung. Es geht um die Frage, wie wir mit den strahlenden Altlasten umgehen, die uns die Vorgängerregierungen aus Bund und Land hinterlassen haben. Wir Grüne haben die Probleme nicht mitverursacht, wir sind aber jetzt bereit, Teil der Lösung zu sein. Wir ducken uns nicht weg, wie dies andere tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, da die Debatte mittlerweile weit fortgeschritten ist, sodass sich mein Skript geändert hat, will ich einen Bogen schlagen, indem ich nicht näher auf die aus meiner Sicht „Gartenzauninstinkte“ weckende Politik des **FDP-Antrags** eingehe. Diesen Teil meiner Rede möchte ich jetzt zur Seite legen und warten, was die Verhandlungen ergeben. Wenn das Versprechen, das hier gemacht wurde, sich bewahrheitet, dann scheint sich eine Zustimmung der FDP zu unserem Antrag abzuzeichnen. Das würde uns freuen, denn es geht hier nicht um eine parteipolitische Sache. Es geht hier um eine Sache, die das ganze Land betrifft. Es geht nicht nur um Schleswig-Holstein, sondern es geht um die ganze Bundesrepublik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, es kam heute schon hinreichend zur Sprache: **Niedersachsen** hat dem Kompromiss zur Endlagersuche nur für den Fall zugestimmt, dass keine weiteren Transporte nach Gorleben rollen. Das hat nichts mit rot-grünen Erfolgen oder mit Klientelpolitik für das Wendland

(Eka von Kalben)

oder der Tatsache, dass ich dort geboren wurde, zu tun. Das ist einfach politisch Fakt. Deshalb stehen wir als Gemeinschaft von Bund und Ländern vor der Aufgabe, eine gemeinsame Lösung zu finden, die aufzeigt, wie es anders gehen kann, wie wir die Castoren anders unterbringen können.

Jeder, der glaubt, dass wir riskieren sollten, dass der Bund uns eine Lösung diktiert, spielt mit dem Risiko, dass Schleswig-Holstein mehr belastet wird als durch eine Verhandlungslösung. Wir können es uns nicht leisten, bei der **Endlagersuche** weiter auf der Stelle zu treten. Der Müll ist nun einmal da. Wenn wir von gerechter Lastenverteilung reden, dann sollten wir das auch auf zukünftige Generationen beziehen. Es ist eben nicht gerecht, wenn wir unseren Enkeln die offene Frage der Mülllagerung hinterlassen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist nicht gerecht, wenn es uns heute nicht gelingt, wenigstens die Suche zu starten. Ich würde mich vor meinen Enkeln wirklich schämen, wenn uns dies heute nicht gelänge.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist bereit, **Teil der Lösung** zu sein, aber eben nur ein Teil. Ich spreche für die ganze Koalition, wenn ich sage: Alles andere ist mit unserer Verantwortung und mit der Schutzaufgabe, die wir gegenüber den Menschen in unserem Land haben, nicht vereinbar.

Ich sage an dieser Stelle auch: Die Erklärung von Ministerpräsident Weil in **Niedersachsen**, dass das Zwischenlager Unterweser nicht zur Verfügung stünde, ist nicht hilfreich; bei allem Verständnis für die besondere Belastung, die Niedersachsen zweifellos hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW knüpft ihre Zustimmung zur Zwischenlagerung von Atommüll in Schleswig-Holstein an **strenge Bedingungen**. Die Bedingungen lassen sich so zusammenfassen: gerechte Lastenverteilung, allerhöchste Sicherheitsvorkehrungen, Kostenübernahme durch den Bund - besser durch die Atomkonzerne - und volle Transparenz. Castoren sind kein Spielzeug, und ihre Lagerung ist kein Gegenstand für politische Kuhhandel. Nur wenn unsere im Antrag formulierten Bedingungen erfüllt werden, könnten überhaupt Transporte nach Schleswig-Holstein rollen.

Gestern auf unserem Parteitag und auch bei meinem Besuch an der Westküste vor zwei Wochen habe ich sehr deutlich die Ängste der Menschen vor Ort gespürt. Dort herrscht die Angst davor, in der **Region** wieder verschaukelt zu werden und wieder Spielball der Interessen der **Atomkraftbetreiber** zu werden, die nach den Riesengeschäften mit der Atomenergie nun auch noch bei der Müllfrage die Gewinner werden könnten. Ich verstehe diese Sorgen. Vattenfall gilt nicht gerade als ein grünes Lieblingsunternehmen, wenn ich das so sagen darf.

(Zuruf)

- Nein, Vattenfall hat auch keine Grüne Giraffe bekommen. - Wir wären jedoch völlig unpolitisch, wenn wir nicht Bedingungen und Regeln formulieren würden, wenn unser Misstrauen und unsere Sorgen so groß sind, dass wir unseren eigenen Maßstäben misstrauen. Unser Bedingungskatalog ist real, und ich muss als Politikerin darauf vertrauen, dass unsere Entscheidungen auch so umgesetzt werden. Sonst könnten wir auch gleich Golf spielen gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, es geht heute um das, was nötig ist, um in der **Endlagerfrage** endlich voranzukommen. Unser Land hat erlebt, was es bedeutet, wenn eine Politik nur an das Hier und Jetzt denkt. Genau diese Politik hat uns drei Atomreaktoren in Schleswig-Holstein beschert, deren Risiken unbeherrschbar waren beziehungsweise sind. Und genau diese Politik hat den Müll verursacht, den wir nun irgendwo lassen müssen. Wir stehen vor der Aufgabe, die Erblasten einer Politik zu beseitigen, die nur an das Hier und Jetzt gedacht hat. Das schaffen wir nicht, wenn wir nun wieder eine Politik betreiben, die auch nur an das Hier und Jetzt denkt. Das liegt nicht im langfristigen Interesse Schleswig-Holsteins.

Meine Fraktion vertraut darauf, dass diese Landesregierung bei all ihren Entscheidungen nur einen Maßstab kennt: Was ist das Beste für die Menschen in Schleswig-Holstein, heute, morgen und übermorgen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem parteiübergreifenden Beschluss, aus der risikobehafteten **Atomenergie** auszusteigen, wurde seinerzeit ein langer und weitgreifender Prozess in Gang gesetzt. Über die Parteigrenzen hinweg wurde der politische **Ausstiegsbeschluss** mehrheitlich gefasst, sodass er sich nun nicht mehr so leicht umstoßen lässt.

Die **Energiewende** stellt uns vor große Herausforderungen. Es ist der Schritt, die Energieversorgung auf starke Beine zu stellen und die Voraussetzungen für eine dezentrale Energieversorgung zu schaffen. Dies ist ein gesellschaftlicher Kraftakt, der nur in gemeinsamer Verantwortung gelingen kann.

Daneben gilt es aber auch, sich den Fragen zu stellen, was mit den alten Meilern geschehen und wo der Atommüll hin soll. Auch hier stehen wir vor großen Herausforderungen. Auch diese **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** kann nur von uns allen gemeinsam gelöst werden.

Das **Entsorgungsproblem** ist derzeit immer noch nicht gelöst. Es gibt in Deutschland kein Endlager für hochradioaktiven Müll. Dies wissen wir bereits seit Langem. Die vorläufige Lösung des Problems heißt Zwischenlager. Diese befinden sich in Deutschland an den meisten Atomkraftwerken und am Standort Gorleben.

Der **Salzstock Gorleben** wurde seinerzeit als Endlagerstandort bestimmt, ohne dass es dafür fachlich fundierte Untersuchungen gegeben hat. Es war ein reiner politischer Beschluss, und dies war ein Fehler. Nun wird Gorleben seit Jahren als Zwischenlager genutzt, und es sorgt bundesweit immer wieder für Aufsehen, wenn neue Castoren nach Gorleben rollen. Eine Lösung für Gorleben ist daher dringend notwendig. Und diese Lösung scheint sich nun auch zu ergeben. Zugegeben, politisch ist es ein heißes Eisen, an dem sich keiner bisher wirklich die Finger verbrennen wollte. Doch wir müssen uns der Verantwortung stellen. Wir brauchen **Alternativen** zum Standort Gorleben.

Wenn man einmal genau in die Geschichte zurückguckt, hat man dies auch schon früher versucht. Union und FDP hatten diesen Punkt auf Bundesebene in ihrem Koalitionsvertrag von 1990, doch umgesetzt wurde dieser Teil des Vertrages nicht. SPD und Grüne scheiterten später bei dem Versuch, ein Standortauswahlgesetz auf den Weg zu bringen, an dem Widerstand der Union. Zumindest ist es ih-

nen seinerzeit aber gelungen, einen Erkundungsstopp zu verhängen.

Wie kein anderes Thema spaltet Gorleben seit Jahrzehnten die politische Landschaft. Eine Einigkeit herbeizuführen schien nahezu unmöglich. Mit dem jetzt gefundenen **Konsens** scheint aber nun doch eine Lösung in greifbarer Nähe zu sein. Über die politischen Lager hinweg gibt es nun einen grundsätzlichen Konsens darüber, wie man in dieser Sache verfahren will.

Das Projekt „**atomares Endlager**“ ist eine **nationale Aufgabe**, der sich niemand entziehen kann. Hier müssen alle ihren Beitrag leisten, damit Deutschland ergebnisoffen nach einem Endlager suchen kann. Es darf bei der Suche keine Freifahrtsscheine für bestimmte Bundesländer geben. An dieser Verantwortung und Bereitschaft hat es in der Vergangenheit aber bisher gemangelt, und nun wurde dieser gordische Knoten durchgeschlagen. Dies hat durchaus, was die Diskussion über diese Frage angeht, eine historische Dimension.

Es ist gelungen, einen parteiübergreifenden Konsens zur Endlagersuche hinzubekommen. Die Einigung - getragen von der Bundesregierung, den Ländern und den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP - sieht vor, ergebnisoffen nach einem Endlager zu suchen. Mit der Einigung auf ein **Standortauswahlgesetz** ist es gelungen, einen Jahrzehnte lang geführten Streit zu schlichten. Dafür gebührt allen Beteiligten unser Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Einrichtung einer **Bund-Länder-Enquete-Kommission** vor, bestehend aus 24 Mitgliedern. Aufgabe der Kommission ist die Erörterung und Klärung von Grundsatzfragen für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktiven Abfallstoffen. Hierfür sollen dann bis 2015 Vorschläge zu Sicherheitsanforderungen sowie Ausschluss- und Auswahlkriterien erarbeitet werden.

Weiter ist die Durchführung einer neuen **Standortsuche** nach dem Prinzip der „weißen“ Landkarte und keine Vorfestlegung durch Ausschluss einzelner Standorte vorgesehen. Gorleben bleibt somit auf der Landkarte. Der Transport weiterer Castoren nach Gorleben soll eingestellt werden.

Die in Deutschland angefallenen Abfälle sollen in Deutschland entsorgt werden. Auch das ist ein Grundsatz.

(Lars Harms)

Es geht natürlich auch darum, dass **Transparenz** und **Partizipation** von Bürgerinnen und Bürgern bei allen Verfahrensschritten eingehalten werden. Politisch wichtig ist nicht zuletzt, dass wesentliche Entscheidungen durch den Bundestag und durch den Bundesrat getroffen werden.

Für den SSW möchte ich sagen, dass dies ein guter Kompromiss ist. Auch wir nehmen unsere Verantwortung ernst und werden den Prozess weiter konstruktiv begleiten. Dies haben wir bei der Energiewende getan und werden es auch jetzt tun, wenn es um die Lösung für ein Endlagersuchgesetz geht.

Damit die Endlagerfrage in Zukunft aber gelöst werden kann, gilt es jedoch auch, Fragen im Vorfeld zu klären. Hierbei gilt es insbesondere zu klären, was kurz- und mittelfristig mit den Castoren aus der Wiederaufbereitung geschehen soll.

Die Rolle Schleswig-Holsteins in dieser Angelegenheit wurde deutlich, als es darum ging, wie die **Castoren** aus den Wiederaufbereitungsanlagen **Sellafield** und **La Hague** zwischengelagert werden sollen, wenn Gorleben als Zwischenlager entfällt. Und dass **Gorleben** als Zwischenlager entfällt, ist vor dem Hintergrund, dass in keiner Weise nachgewiesen wurde, dass Gorleben als Standort geeignet ist, nicht nur nachvollziehbar, sondern notwendig.

Wer nun aber fordert, dass Gorleben trotz aller Bedenken weiterhin als Zwischenlager genutzt werden soll, der gefährdet nicht nur den Konsens, sondern handelt nach meiner Auffassung auch verantwortungslos, weil es derzeit eben keinen Nachweis für die Eignung von Gorleben gibt.

Es ist manchmal die Gunst der Stunde, die genutzt werden muss, um große und wichtige Entscheidungen zu treffen. Manchmal ist das Zeitfenster, wie in unserem Falle hier, auch sehr eng. Schleswig-Holstein hat dies erkannt und gehandelt. Wir erklären uns bereit, Verantwortung für diese nationale Aufgabe zu übernehmen. Doch auch für uns gilt, dass wir dieses nicht allein tun werden.

So ist die Zustimmung Schleswig-Holsteins, Castoren aus Sellafield in Brunsbüttel zwischenzulagern, an **klare Bedingungen** geknüpft. Wir stimmen einer Zwischenlagerung nur dann zu, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind:

Erstens. Nicht alle 26 Castoren aus Sellafield und La Hague sollen in Schleswig-Holstein zwischengelagert werden. Hier müssen sich mehrere Länder an einer Lösung beteiligen.

Zweitens. Die Sicherheit für eine Zwischenlagerung ist nach den neuesten Standards zu gewähr-

leisten. Eine Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung darf von einem möglichen Standort nicht ausgehen.

Drittens. Die Zwischenlager dürfen definitiv nicht zu Endlagern werden. Es darf keine künftige Entscheidung über die Frage der Endlagerung mit der Zwischenlagerung vorweggenommen werden. Der Genehmigungszeitraum von 40 Jahren ab der ersten Genehmigung des Zwischenlagers darf nicht verlängert und, meine Damen und Herren, auch der Umfang der einzulagernden Castoren darf nicht erweitert werden.

Viertens. Die Kosten der Endlagersuche dürfen nicht den Bürgerinnen und Bürgern oder dem Staat aufgelastet werden. Die AKW-Betreiber haben die Kosten für die Endlagersuche zu tragen. Die von den Betreibern gebildeten Rückstellungen sind für Stilllegung und Entsorgung des Atommülls zu verwenden. Um die Rückstellungen nicht zu gefährden, sind diese in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu übertragen.

Fünftens. Die Kosten für Polizeieinsätze werden nicht vom Land Schleswig-Holstein getragen. Der Bund muss die Folgekosten der Zwischenlagerung übernehmen.

Sechstens. Es ist zu gewährleisten, dass die Bevölkerung frühzeitig und umfassend über die jeweiligen Sachstände informiert und an den Verfahren beteiligt wird, meine Damen und Herren. Das geht im Übrigen über die Regelungen hinaus, die derzeit im Atomgesetz vorgesehen sind. Also auch an dieser Stelle wollen wir mehr, als es die Gesetzeslage derzeit hergibt.

Anhand dieses **Forderungskatalogs** ist klar ersichtlich, dass Schleswig-Holstein bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, aber nicht zu jedem Preis. Natürlich stellen wir Forderungen, wenn es um die Frage geht: Wohin mit den Castoren? Das ist auch legitim. Wir verweigern uns dieser Frage nicht.

Wir wollen bei der nationalen Aufgabe der Endlagersuche unseren Teil übernehmen und dazu beitragen, dass dieses Problem gelöst werden kann. Hierbei werden wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Wir wollen aber auch mitreden. Deshalb ist es nach unserer Auffassung notwendig, dass bestimmte Kriterien an die Standortsuche für Zwischenlager gebunden werden.

So ist es nur verständlich, wenn man sagt: Die zukünftige Zwischenlagerauswahl muss sich auch am Verursacherprinzip orientieren. - Gleichzeitig darf

(Lars Harms)

der Sicherheitsaspekt nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb muss die technische Eignung von Standorten eine Rolle spielen. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass die Transporte der Castoren sicher ablaufen können.

All diese Kriterien zusammen müssen bei der Zwischenlagersuche eine Rolle spielen, und es gibt keine Vorfestlegungen. Es gibt allerdings die Bereitschaft unseres Landes, Teil einer Lösung zu sein, und dazu stehen wir.

Wir erwarten aber auch, dass **andere Länder** sich ebenfalls ihrer **Verantwortung stellen**. Denn der Atom Müll, der heute in Sellafeld und Le Hague liegt, stammt nicht allein aus Schleswig-Holstein. Ich denke, wenn Schleswig-Holstein hier Verantwortung übernimmt und die im Antrag formulierten Forderungen beschließt, dann ist dies auch ein gutes Signal an die anderen Bundesländer und an den Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP hat gerade eine mögliche Zustimmung avisiert. Ich begrüße sehr, dass unsere Diskussion möglicherweise zu einer Haltungsänderung geführt hat. Ich will insofern noch ein weiteres Argument anführen, das kein inhaltliches Argument ist. Dieses Argument bewegt aber möglicherweise die CDU, meine Damen und Herren.

Unser Bundesumweltminister Altmaier hat heute ein NDR-Interview gegeben. Darin hat er unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er sich wünscht, dass das Parlament den Plänen der Landesregierung, die wir in unserem Antrag schriftlich formuliert haben, in möglichst breiter Mehrheit zustimmt. Meine Damen und Herren, dieser Wunsch von Minister Altmaier kann erfüllt werden, wenn auch die CDU und andere Parteien unserem Antrag zustimmen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Letztes, das mir wichtig ist. Auch wir haben natürlich ein Interesse daran, dass die **Bevölkerung** so breit wie möglich an diesem Prozess **beteiligt** wird. Das haben wir auch in unsere Beschlussvorlage hineingeschrieben. Damit gehen wir über das bestehende Atomgesetz hinaus. Aufgrund der langen Fristen und des kleinen Zeitfensters ist es aber völlig illusorisch, eine Bürgerbefragung, einen Bürgerentscheid oder Ähnliches zu initiieren. Die Lage ist nun einmal so, wie sie ist, zumal die Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden.

Auch auf Bundesebene gibt es keine Regelung für Bürgerentscheide.

Meine Damen und Herren, jetzt besteht aber die Möglichkeit, politisch Einfluss zu nehmen, und das wollen wir auf jeden Fall tun. Deshalb bitte ich nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst etwas zum Kollegen Stegner sagen, weil er mich direkt angesprochen hat. Ich finde es eine Frechheit, dass Sie mir vorwerfen, Regionalpolitik zu machen. Ich bin umwelt- und energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Genau das haben Sie getan, Herr Stegner. Sie haben gesagt, Sie respektierten die kritische Meinung von Herrn Voß. Bei Abgeordneten der Opposition sind Sie aber wirklich respektlos. Das muss ich Ihnen einmal ganz ehrlich sagen, Herr Stegner. Das finde ich unmöglich.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Kumbartzky, wenn Sie das im Protokoll nachlesen, werden Sie feststellen, dass ich den Satz aus meinem Manuskript vorgelesen habe. Ich habe gesagt, dass ich ausdrücklich die Haltung des Kollegen Kumbartzky respektiere, der eher aus einer regionalpolitischen Sichtweise heraus argumentiert habe. Ich habe gesagt, dass ich das ausdrücklich akzeptiere. Das war mein Satz, den ich hier vorgelesen habe. Das wiederhole ich gern noch einmal, weil es so ist.

(Oliver Kumbartzky)

(Vereinzelter Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das haben wir aber anders verstanden!)

- Herr Stegner, die Frage ist aber natürlich, wie man es sagt. Ich habe Ihnen auch keinen Vorwurf daraus gemacht, dass Sie sich so massiv für die Oberstufe in Bordesholm eingesetzt haben. Insofern fand ich das wirklich ein bisschen unglücklich, Herr Stegner. Ich werde es im Protokoll aber gern nachlesen.

Im Übrigen bin ich ein Befürworter der Energiewende und finde es gut, dass Schleswig-Holstein ein Stromexporteur ist. Ich finde es aber nicht gut, dass Schleswig-Holstein jetzt zum Atommüllimportland werden soll.

An dieser Stelle möchte ich noch einige Worte zu Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident. Sie haben in Ihrer Rede ein Wort sehr häufig benutzt, exakt 20 mal, aber nicht das Wort „stark“, sondern das Wort „Verantwortung“. Wenn Sie das Wort „**Verantwortung**“ schon so sehr vor sich hertragen, muss ich Sie wirklich einmal fragen, Herr Albig: Finden Sie es verantwortungsvoll, dass die Bewohner Schleswig-Holsteins von dem wirklich unnötigen Vorstoß ihres Umweltministers aus der Presse erfahren? Finden Sie das verantwortungsvoll?

(Beifall FDP)

Finden Sie es verantwortungsvoll, dass der Bürgermeister der Stadt Brunsbüttel und die Politik nur über die Medien informiert werden? Ist das verantwortungsvoll? Wie soll sich die Region überhaupt eine Meinung bilden, ohne über genaue Hintergrundinformationen zu verfügen?

Sie haben bis heute nicht mit dem Betreiber des Zwischenlagers gesprochen. Auch wenn der Umweltminister sicherlich ein gestörtes Verhältnis zu dem Betreiber hat, so hätten Sie das durchaus tun können, Herr Albig.

(Beifall FDP - Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Das ist doch kein dummes Zeug, Herr Albig.

Bei dieser Thematik sind noch so viele Fragen offen. Ich finde, das hätte man auch im Umweltausschuss besprechen müssen. Frau Beer musste extra beantragen, dass Sie kommen, Herr Minister. Die Sitzung am 10. April 2013 war eine reguläre Sitzung. Insofern hätten Sie von sich aus diesen Tagesordnungspunkt anmelden müssen. Das ist meine Meinung dazu.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Die Kommunikation ließ also wirklich zu wünschen übrig. Ich freue mich, dass die Koalitionsfraktionen in ihren Antrag hineingeschrieben haben:

„Die Bevölkerung ist frühzeitig und umfassend über die jeweiligen Sachstände zu informieren und an den Verfahren zu beteiligen.“

Ich finde es gut, dass Sie damit Ihrem Minister die klare Weisung geben, dass alles transparenter gestaltet werden muss. Es gibt nämlich bis heute viele offene Punkte.

Bis heute ist ungeklärt, ob der Betreiber überhaupt einen Antrag stellen wird. Bis heute ist ungeklärt, ob das Zwischenlager genehmigt werden wird. Bis heute ist ungeklärt, wie viele Castoren überhaupt Platz finden werden. Bis heute ist ungeklärt, wer die Kosten für die Einlagerung, die Polizeieinsätze und den wirklich teuren Umbau des Zwischenlagers tragen soll.

Es gibt ein genehmigtes Zwischenlager. Herr Kollege Kubicki und andere haben das bereits ausgeführt. Ich frage mich, was eigentlich passiert, wenn all die Bedingungen, die Sie formuliert haben, nicht eingehalten werden. Wohin kommen die Castoren dann? Die Castoren kommen dann wohl nach Gorbelen, weil es dort ein genehmigtes Zwischenlager gibt.

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen:

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Altlasten!)

Es sind rein politische Gründe, weshalb wir dieses Thema heute diskutieren.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, Herr Stegner.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort. Sie müssen nicht auf die Zurufe reagieren. Halten Sie einfach Ihre Rede.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielen Dank für diesen Rat, Herr Präsident. Ich werde ihn befolgen.

Ganz ehrlich: Zu dieser Debatte ist es doch nur deshalb gekommen, weil es einen Kompromiss darüber gibt, dass es ein **Endlagersuchgesetz** geben muss.

(Oliver Kumbartzky)

Natürlich muss es ein Endlagersuchgesetz geben. Niedersachsen hat seine Zustimmung allerdings daran geknüpft, dass Gorleben als Zwischenlager ausscheidet. Hierfür gibt es aber weder ein sachliches noch ein rechtliches Argument. Das ist eine rein politische Entscheidung.

(Beifall FDP und CDU)

Ich halte diese politische Entscheidung für nicht richtig. Außerdem ist schon einmal die Resolution angesprochen worden, die der Kreistag beschlossen hat. Heute Abend tagt die Brunsbütteler Ratsversammlung, die auch eine Resolution verabschieden wird. Ich habe diese gerade aus Versehen an meinem Platz liegengelassen, weil ich nicht damit gerechnet habe, dass ich jetzt schon an der Reihe bin. Diese Resolution sagt aber ganz klar, dass jede Region den Atommüll übernimmt, den sie selbst verursacht hat. Das wird in der Debatte immer vergessen. Das möchte ich noch einmal klarstellen.

Es wird immer gesagt, Brunsbüttel und Brokdorf müssten auch Lasten übernehmen. Das tun sie doch. Es gibt doch seit dem Jahr 2005 Zwischenlager, in die dieser Müll eingelagert werden soll. Das können Sie nicht einfach verschweigen.

Dann gibt es in der Diskussion immer mal wieder Stimmen, die sagen: Ja, Brunsbüttel. Herr Habeck hat im NDR-Fernsehen gesagt: Brunsbüttel ist als Standort doch eh versaut, weil da ein Kernkraftwerk ist. - Solche Aussagen, Herr Habeck, als Teil einer Regierung zu treffen, finde ich wirklich unter aller Sau.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Jetzt habe ich die **Resolution** bekommen. Vielen Dank. Dort steht ganz klar der Satz drin:

„Nach der Planfeststellung kann nur der aus dem Kernkraftwerk Brunsbüttel stammende radioaktive Müll im Zwischenlager am Kernkraftwerk Brunsbüttel eingelagert werden. Die Einlagerung von Atommüll aus anderen kerntechnischen Anlagen ist nicht zulässig. Die Planfeststellung ist bindend und darf nicht in einem neuen Verfahren erweitert werden.“

Das ist ganz klar die Meinung der **Brunsbütteler Ratsversammlung**, um das auch einmal wiederzugeben.

Gerade bei einem so hochsensiblen Thema - die Grünen wissen ja, wie sensibel das Thema ist; das haben Sie gestern auch gesehen - frage ich mich wirklich: Warum ist dann nicht mit der Region ge-

sprochen worden? Warum wollen Sie jetzt im Eilverfahren diesen Antrag durchdrücken?

(Beifall FDP und CDU)

Das hätte ich von Ihnen wirklich nicht erwartet.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, ich mache es kurz mit einem geschäftsleitenden Kommentar und belasse es dabei: „Unter aller Sau“ bei der Kommentierung des Verhaltens eines Regierungsmitglieds ist nicht parlamentarisch.

Wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Da die Fraktionen die möglichen Redezeiten nicht in Anspruch nehmen wollen, bleiben jetzt mehrere Dreiminutenbeiträge. - Den ersten Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Bernd Voß angemeldet.

(Zuruf Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie wollen die volle Redezeit in Anspruch nehmen? Sie hatten vorhin einen Dreiminutenbeitrag angemeldet. Sie möchten jetzt die volle Redezeit haben. Dann kann ich Ihnen schon einmal ankündigen: Sie haben 13 Minuten. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Jetzt kommt der castorpolitische Sprecher der Grünen!)

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es muss nicht immer wiederholt werden, und es ist in weiten Bereichen der Bevölkerung ein Selbstverständnis, dass es eine **nationale Verpflichtung** gibt, eine nationale Aufgabe ist, den **Atommüll**, die Reste der Atompolitik, zu **entsorgen**, soweit man überhaupt diesen Begriff nennen darf.

Ich sage zugleich auch: Bei der Region, die hier immer wieder genannt wird, haben wir es mit einer Region zu tun, die ziemlich belastet ist durch alles, was in Schleswig-Holstein problematisch ist: Atomkraftwerke, die Chemieindustrie mit problematischen Produktionen, sehr viel problematischer Schiffsverkehr hinsichtlich der Abgase direkt vor der Tür, Sondermüllverbrennung - um nur ein paar Punkte zu nennen. Daher eben diese intensive Debatte.

Ich muss zugleich an dieser Stelle feststellen, dass ich es sehr problematisch finde, wie in vielen Bei-

(Bernd Voß)

tragen heute immer wieder eine **Vorfestlegung** auf diesen **Standort Brunsbüttel** getroffen wurde. Ich denke, gerade der Antrag der Koalition macht sehr deutlich, dass hier geprüft wird, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen, wo man hingehen kann.

(Beifall SSW)

Ich muss auch ein Stück weit zurückweisen, zu Fragen, die aus der Region kommen, immer gleich zu sagen: Sankt Florian. Ich denke, da macht man es sich etwas zu einfach.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Ich denke, die **Positionen in der Region** sind klar und besagen wie in der Vergangenheit auch: Wir begleiten diesen Prozess sehr kritisch, und wir lassen uns nicht alles vor die Tür karren.

Dann muss ich wirklich sehr kritisch anmerken, wie heute hier diskutiert wird. Es wird so diskutiert, als wenn wir den Atommüll plötzlich mit einem Schiff ins Lager kommen lassen, weil das ja am günstigsten ist - um nur ein Beispiel zu nennen. Es wird dann die Zahl der Castoren genannt. Es wird im Grunde nicht dargestellt, wie viele jeweils technische Probleme an den Orten bestehen. Es wird wenig auf die rechtlichen Fragen eingegangen. Was ich damit sagen will: Es sind sehr viele **sicherheits-technische** und **rechtliche Fragen** offen, sodass ich immer ein bisschen ein Problem damit habe, wie hier wie mit dem Lego-Baukasten einfach Modelle aufgebaut werden, wie es denn gehen könnte.

(Beifall CDU und FDP)

Ich denke, es gilt auch noch nicht zu diskutieren: mehr oder weniger **Polizeieinsatz** für die Einlagerung erforderlich. Ich finde, das ist sehr problematisch. Ich kenne die Überlastung der Polizei, aber es geht hier auch um Lager, die eventuell über viele, viele Jahrzehnte diesen belasteten Kram behalten müssen.

Was mich auch an der Debatte stört, sage ich sehr deutlich - und das habe ich gestern auch auf dem Parteitag gesagt -: das ist ein bisschen der Pathos, das ist ein bisschen am Rockzipfel der Geschichte meinen zu hängen;

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

das ist ein Stück weit, hier den Atem der Geschichte machen zu wollen. Ich kritisiere dies auch sehr deutlich. Warum? - Was haben wir hier zu entscheiden? Wir haben einmal zu entscheiden, dass wir Ja sagen zur nationalen Verantwortung, und dass wir auch Ja dazu sagen, dass Schleswig-Holstein seinen Anteil erbringt. Ich denke, es war klug, es war rich-

tig von der Landesregierung, sofort - ich glaube, es war der 24. März dieses Jahres - zu sagen: Wir beteiligen uns. Das waren wir als einziges Land. Das war gut, und das war richtig, und dazu stehe ich auch. Dazu stehen, glaube ich, viele Menschen hier im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber ich mache auch zugleich sehr deutlich, fraglich ist, was wir überhaupt in diesem Prozess zu sagen haben. Das Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt. Wir haben **Unternehmen**, die letztlich mitmachen müssen. Wir haben das Unternehmen Vattenfall. Ich will gar nicht über die verrosteten Atommüllfässer reden, aber ich sage auch: Das ist ein Unternehmen, das die Bundesrepublik vor das internationale Panel schleppt, um da ein paar Milliarden Euro einzutreiben, weil sie meinen, beim Atomkonsens Geld rauschlagen zu können. Mit solchen Unternehmen - ich merke einmal platt und autoritär an - würde man seine Kinder nicht unbedingt spielen lassen. Also Vorsicht an der Bahnsteigkante, wenn es hier um die Verhandlungen geht. Ich sage auch: Wenn dieses Unternehmen in Sachen Rückbau nur einen siebenseitigen Antrag bei der Landesregierung vorlegt und immer von Rückbau schwatzt, dann ist das gerade einmal die Länge eines Schulaufsatzes, aber es ist kein verantwortlicher Rückbauantrag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der nächste Punkt, warum ich sage, dass wir uns auch einmal darauf beschränken müssen, was wir hier entscheiden: Es wird ein Prozess sein, der **über viele Jahrzehnte** läuft, in denen das Endlager gesucht werden wird. Das müssen wir uns vor Augen halten. Da werden viele an der Regierung sein. Ich kann nur hoffen, dass wir eine starke Zivilgesellschaft, starke Bürgerinitiativen behalten, die immer wieder darauf hinweisen. Ich glaube, aus dem Parlament oder aus der Regierung heraus wird diese Power nicht kommen können.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Demonstrieren Sie mit! - Beifall PIRATEN)

Ich erwähne als Letztes das **Endlagersuchgesetz**. Ich finde es gut, dass wir den Weg zum Endlagersuchgesetz jetzt in einem Konsens gefunden haben. Aber ich mache zugleich darauf aufmerksam, dass dieses Endlagersuchgesetz viele Probleme hat. Es ist eine gewisse Vorfestlegung Richtung Gorleben. Wir müssen es einfach sehr kritisch sehen. Es darf nicht sein, dass es bei diesem Endlagersuchgesetz,

(Bernd Voß)

das wir auf den Weg bringen wollen, nur darum geht, wie ich heute auch in den Reden hören konnte, zu befrieden, sondern es muss darum gehen, wirklich Lösungen zu finden und nicht nur ein Gesetz zu machen, bei dem man sagt: Wir haben uns wieder einmal auf den Weg der Befriedung gemacht.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich will an dieser Stelle nicht im Einzelnen auf den **Antrag** eingehen. Der Antrag ist nicht nur in den letzten Tagen, er ist auch in den letzten Wochen im Vorfeld immer wieder verschärft worden. Er hat die Vorfestlegung auf Brunsbüttel, die immer wieder in den Medien und hier in den Reden erfolgt, zurückgewiesen. Er hat zugleich die Frage der Lastenverteilung sehr deutlich gemacht, soweit es sie geben kann. Er hat sehr deutlich gemacht, dass hier nicht plötzlich Fehler passieren dürfen, dass so ein Standortzwischenlager, das, wie vorhin sehr richtig gesagt wurde, nur den Müll des Standorts aufnehmen darf, plötzlich zum allgemeinen Atommülllager wird in den Händen der Atomkraftwerke betreibenden Unternehmen, um ein neues Geschäftsfeld zu eröffnen. Wir haben zugleich - das ist heute auch sehr deutlich geworden - auch die Frage der Genehmigung drin, damit das nicht so eine kleine Änderungsgenehmigung wird, sondern wirklich ein atomrechtliches Verfahren mit intensivster Beteiligung der Bevölkerung, und deutlich wird, dass hier erheblich nachgebessert werden muss.

Ich werde dem Antrag so, wie er jetzt vorliegt, zustimmen. Ich sage zugleich aber auch an dieser Stelle: Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wirft für mich sehr viele kritische Fragen auf. Ich glaube, diese werden wir noch intensiv diskutieren müssen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Machen wir uns ohne Pathos auf den Weg, aber mit dem Bewusstsein, welche Verantwortung wir hier haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Jens Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kumbartzky hat es angesprochen:

Hier wird das eine, glaube ich, mit dem anderen ein Stück weit durch Herrn Kollegen Stegner vermischt. Wir werden hier als regionale Abgeordnete vor die Wand gestellt nach dem Motto: Wir heben die Hand und vertreten nicht die Interessen der Region. Mir hat er unterstellt, ich wollte ein neues Kernkraftwerk bauen. Das war der Kollege Arp am Parteitag der Kreis-CDU Steinburg.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Sie holen hier Dinge aus der Mottenkiste, die die Diskussion heute gar nicht betreffen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Anmerkung von Herrn Dr. Stegner?

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Ich lasse jetzt keine Frage zu. Denn er sagt wieder das, was er bei jeder Veranstaltung von sich gibt, wie auch gestern Abend, oder bei der Diskussion, die wir zur Windenergie in Husum hatten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist das für eine Debattenkultur?)

Ich werde immer als derjenige bezeichnet, der sich vor die Kernenergie stellt. Ich habe generell kein Problem mit Herrn Kollegen Stegner, aber ich habe Ihnen Folgendes mehrfach gesagt - ich bitte, das endlich zur Kenntnis zu nehmen -: Ich habe erkannt, dass wir mit der **Energiewende** einen **gesellschaftlichen Prozess** durchlaufen. Ich bin der Letzte, der sich dieser Energiewende verweigert. Ich bin an Lösungen orientiert. Ich bin dabei, glaube ich, einer der Ersten in diesem Plenum.

(Zurufe SPD)

Ich habe immer gesagt, dass die Energiewende bis 2020 nicht geschafft werden kann, weil die Entsorgung des Mülls aus den Kernkraftwerken zur Energiewende gehört. Das war immer meine Richtung. - Wenn Sie das mittlerweile aufnehmen, vielen Dank dafür!

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Zurufe SPD)

Warum führen wir heute diese Debatte hier? Ich sage es Ihnen ganz offen und ehrlich - der Kollege hat es eben angesprochen -: Die **Zeitschiene** bringt **Druck** auf den Kessel; Sie haben sie angelegt. Der Minister hat sie angelegt, indem er vor Ort ein Feuer entfacht hat, um mittlerweile den anderen den

(Jens-Christian Magnussen)

Schlauch in die Hand zu drücken, damit sie das Feuer löschen. Das kann so nicht sein.

Verantwortung, Herr Ministerpräsident, sieht anders aus. Verantwortung übernehmen der Kreistag, die Region und die Ratsversammlung. Herzlich willkommen, lieber Stefan! Ich weiß nicht, wo du bist. Vielleicht bist du nicht mehr da. Vielleicht hörst du auch nicht mehr, was wir hier erzählen. - Das ist Verantwortung für die Region. Sich mit dem Thema konstruktiv auseinanderzusetzen, gehört zur Verantwortung.

Bei Ihrem Vorgehen vermisste ich ein Stück weit die **Gesprächs- und Informationspolitik** in die **Region** hinein. Sie blenden die Eigentumsvorbehalte und die **Eigentumsrechte** völlig aus. Ein Betreiber befindet sich vor Ort, der einen Antrag stellen muss. Der Hafendienst ist in privater Hand. Er ist nicht mehr in Ihrem Eigentum, Herr Ministerpräsident, vielmehr gehört er der Brunsbüttel Ports GmbH. Sie muss einen Antrag stellen, um diese Güter überhaupt über ihren Hafen transportieren zu dürfen. All diese Dinge sind völlig ausgeblendet, und ich finde sie auch in Ihrem Antrag nicht wieder, sondern das finde ich in unserem Antrag wieder.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Wenn Sie im Vorfeld dieser Sache wirklich Nachdruck hätten verleihen wollen, hätten Sie anders handeln müssen. Wir alle haben bei den Themen „**Energiewende**“ und „**Entsorgungsproblematik**“ geschlafen; ich nehme uns von der CDU dabei insbesondere nicht aus. Sie alle wissen, dass ich jemand bin, der durchaus selbstkritisch ist. Wir alle haben das Thema „Entsorgung“ stark vernachlässigt oder uns gar nicht darum gekümmert.

Wir sind jetzt an dem Punkt, an dem wir uns dieser Aufgabe stellen müssen. Das geht nur, indem wir die **Betreiber** und die **Bevölkerung vor Ort** mitnehmen - nicht, indem wir im Eilverfahren einen Antrag durchpeitschen, der viele politische Auflagen beinhaltet, die Sie mit hineingebracht haben - Stichwort: Schwarz-Gelb habe sich verweigert und so weiter. Das ist kein Umgang mit dieser hochbrisanten Aufgabe, die wir vor uns haben.

Sie blenden darüber hinaus völlig das **Klageverfahren** gegen das **Zwischenlager** in **Brunsbüttel** aus. Wir befinden uns dabei in einem schwebenden Verfahren. Sie fordern jetzt vom Betreiber in diesem schwebenden Verfahren eine Änderung des Verfahrens. Ich würde gern Herrn Cloosters dazu befragen - vielleicht bekommen wir das im Aus-

schluss einmal hin -, wie so etwas atomrechtlich eigentlich läuft, ob man ein solches Verfahren vor einem Oberverwaltungsgericht einfach auf Null zurücksetzen und einfach einen völlig neuen Antrag stellen kann. Mir stellt sich dabei intensiv die Frage, die der Kollege Kubicki zur Umsetzung in ein- einhalb Jahren dazu aufgeworfen hat.

Sie sagen auch nicht, dass Vattenfall einen Antrag zu einer Reduzierung der Einlagerung von 80 auf 34 Castoren inklusive eines Antrags zur Härtung der Außenhaut gestellt hat, um gegen Flugzeugabstürze gewappnet zu sein. Denn genau dieser Klagegegenstand steht im Moment im Raum.

All diese Dinge haben Sie vor zwei Jahren als selbstverständlich in den Raum gestellt; heute sagen Sie: Hurra Brunsbüttel, ihr könnt kommen!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat das denn gesagt? - Zuruf FDP: Das war leicht überzeichnet! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident, ich habe ein wenig Ironie in die Aussagen gebracht, weil der Kollege Stegner das bei dem Kollegen Kumbartzky vorhin auch gemacht hat.

Unser Antrag unterscheidet sich im Folgenden ein Stück weit - wenn ich das richtig gelesen habe, ansonsten belehren Sie mich bitte eines Besseren -: Er fordert ganz deutlich als letzte Stufe eine Beratung im Landtag, bevor die Landesregierung den Weg für diese Geschichten freigibt. Dass die Landesregierung ein Mandat braucht, steht völlig außer Frage. Aber die letzte **Beschlussfassung** sollte in diesem **Landtag** getroffen werden.

(Beifall CDU und FDP)

Ich bin ein Stück weit erstaunt über die Aussagen des Kollegen Bernd Voß von eben, der sich darüber ausgelassen hat, dass wir in einer Problemregion mit Industrie- und Kernkraftwerken lebten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die **Arbeitsplätze**, die in dieser **Region** von der Industrie abhängen; das wird nämlich völlig ausgeblendet. Die ganze Region lebt von der Industrie, werter Kollege. Das können Sie nicht so einfach zu den Akten legen.

(Jens-Christian Magnussen)

Der Ministerpräsident hat vorhin auch ausgeführt, wie schlimm die Kernenergie ist. Mit dieser persönlichen Überzeugung mögen Sie recht haben, aber Land, Kreise und Kommunen haben in diesen Zeiten nicht schlecht von dieser Industrie profitiert. Das jetzt völlig auszublenden und sich zu fragen, welches unheilbares Unglück über uns gekommen sei, finde ich ein Stück weit abenteuerlich.

Ich finde Folgendes aber viel schlimmer - das geht an die Adresse des Kollegen Stegner, denn ich empfinde das als problematisch -: Das Problem bei der Problemlösung sind Sie, verehrter Herr Kollege, weil Sie mit Ihrer unerträglichen Arroganz hier referieren und Oppositionspolitiker derart in die Schranken weisen, wie Sie es heute hier getan haben. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat das Wort der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Magnussen, es ist nicht so - das werden Sie in unserem Antrag nicht finden -, dass wir eine Vorfestlegung auf den Standort Brunsbüttel treffen, sondern wir reden immer von Zwischenlagern in Schleswig-Holstein.

Ich möchte nun auf die Debatte eingehen - ähnlich wie Herr Voß das sagte -, dass wir nicht immer die Dinge betonen sollten, die Schwierigkeiten machen. Herr Kubicki sagt an erster Stelle, die rechtlichen Voraussetzungen seien nicht gegeben. Wir hätten einen Betreiber, der das vielleicht nicht freiwillig mache. Der Steuerzahler würde es bis zum Ende bezahlen. Auch die Rückbaugeschwindigkeit des AKW würde durch die Versperrung des Zwischenlagers gefährdet werden und so weiter.

Herr Kubicki, glauben Sie mir: Ich könnte diesen Problemen noch einige weitere anfügen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaube ich Ihnen tatsächlich! - Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

- Da würden wir einen ganzen Abend zusammensitzen und feststellen können, dass es einen ganzen Haufen von Schwierigkeiten gibt.

Dann sagten Sie noch, ich würde denjenigen, den ich jetzt beauftragen will, über eine AtG-Novelle

zur Übernahme seiner Kosten, zu den Kosten der Atomindustrie, verpflichten. Ich glaube schon, dass das geht. Wir haben darüber nachgedacht.

(Zuruf FDP: Das ist das Problem!)

Wir denken auch an Lösungsansätze, die der Realitätsüberprüfung in einem Gesetzgebungsverfahren standhalten müssten.

Sie haben mich zitiert und gesagt, dass ich die **Zuverlässigkeit** dieses **Betreibers** bezweifle. Das habe ich getan - auch in großer Deutlichkeit. Denn ich hege ein großes Misstrauen gegenüber der Atomindustrie.

Sie werden das bei meiner Biografie nachvollziehen können, denn ich bin seit 37 Jahren aktiver Atomkraftgegner.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie alt sind Sie eigentlich?)

Vorher wurde ich von meinem Bruder an die Hand genommen und am Deich von unserem Dithmarscher Bauernhof nach Brokdorf und auch Richtung Brunsbüttel geführt. Das ist lange her. Darum geht es aber nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Was war denn vorher?)

Herr Kubicki, ich darf daran erinnern: Ich war nicht der einzige Abgeordnete, der hinsichtlich der Zuverlässigkeit dieses Betreibers Zweifel hegte. Ich darf an den damaligen Ministerpräsident Carstensen erinnern, der voller Empörung war nach dem Gebaren des Betreibers nach dem Abbrand des Maschinentransformators. Das ganze Haus war empört. Zwischenzeitlich hat es im rechtlichen Sinne eine Überprüfung gegeben, ob diese Zuverlässigkeit des Betreibers im atomrechtlichen Sinne wirklich hinreichend zu bezweifeln und erfolgreich zu beklagen wäre - mit negativem Ergebnis. Dem habe ich mich zu fügen.

Sie haben viel an Widersprüchen und Schwierigkeiten betont. Ich bin noch einmal hergekommen, um zu sagen, was ich für den Hauptcharakter halte: Ich teile, was Herr Voß zum Pathos gesagt hat, voll und ganz. Wir sollten alle ein bisschen auf dem Teppich bleiben.

(Christopher Vogt [FDP]: Was hätten Sie uns erzählt, wenn wir da stehen würden?)

Der **Hauptcharakter** dessen, was heute durch unser Abstimmungsverhalten zu entscheiden ist, ist, dass wir eine Öffnung in einer Frage haben, die historisch sehr verknotet ist. Ich habe, um das zu be-

(Detlef Matthiessen)

legen, den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD von 2005 hervorgeholt. Das ist eine ganze Weile her. Ich darf daraus zitieren:

„CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen, in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.“

- 2005!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie hieß der Umweltminister noch?)

- Wie hieß er?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sigmar Gabriel!)

- Ach so, Gabriel, ja, gut, aber die CDU war auch beteiligt.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich darf aber auch noch einmal aus dem jetzt geltenden schwarz-gelben Koalitionsvertrag zitieren, um noch einmal den Hauptcharakter dessen, von dem ich meine, dass es hier diskutiert wird, herauszustreichen. In dem jetzt schwarz-gelb genannten Koalitionsvertrag der Bundeskoalition steht:

„Mit Blick auf Endlagerstandorte setzen wir uns für einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Regionen ein, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Entsorgungseinrichtung übernehmen.“

Ich glaube, die Auflösung dieses Jahrzehnte verknoteten, verhärteten, verkrusteten Prozesses der **Endlagerfrage** - wie gehen wir am Ende des Atomzeitalters mit dem Atommüll um - ist durch die Idee einer Lastenverteilung zwischen den betroffenen Ländern in Bewegung geraten. Das ist der Hauptcharakter, Herr Kubicki. Ich glaube, diese Chance sollten wir ergreifen, hier diesen Weg gemeinsam zu gehen und diesen Aufbruch gemeinsam zu unterstreichen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Matthiessen, in Anbetracht des Ablaufs Ihrer Restlaufzeit - -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung, ich meinte die Redezeit. Gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich interpretiere, dass das auf meine Redezeit gemünzt war, Herr Präsident, und gestatte gern eine Zwischenfrage von Herrn Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Herr Kollege Matthiessen, lieber Detlef, wir sind uns, glaube ich, alle im Haus einig, dass seit Mitte der 70er-Jahre die **Endlagerfrage** zwar immer wieder thematisiert, aber wirklich Lösungsfortschritte von niemandem ernsthaft in Angriff genommen worden sind.

- Eben.

Meine Frage lautet jetzt: Glauben Sie wirklich, dass mit dem Endlagersuchgesetz diese Frage tatsächlich einer Lösung zugeführt worden ist, oder - ich frage noch einmal - ist das momentan nicht nichts anderes als die Vertagung dieser Frage auf Politikergenerationen, die dafür keine Verantwortung mehr übernehmen müssen?

- Ich habe gestern auf dem Parteitag auch zu dieser Frage Stellung genommen und gesagt: Wenn wir sagen, wir sind Teil der Lösung, dann ist es vielleicht etwas hoch gegriffen, weil wir möglicherweise zu einer Regelung dieser Frage kommen, die man nicht seriös als Lösung bezeichnen kann, weil das Problem so groß ist. Die Giftmengen sind so groß, die Strahlungsdauer ist so lang, dass sie praktisch das historische Vorstellungsvermögen der heutigen Generation überschreiten. Es gibt in Amerika Versuche zu beantworten, wie ein Warnschild heute aussehen soll, das noch in 20.000 Jahren gelesen werden kann und durch das verstanden werden kann, dass hier ein No-Go-Area ist. - Diese Endlagersuche wird wahrscheinlich zu einem nicht allseits befriedigenden Ergebnis führen. Aber ich glaube, wir stehen doch tatsächlich vor der Aufgabe, diesen Weg zu gehen.

Daher finde ich es gut, wenn wir als gesamter Landtag zustimmen. Darum hat Herr Lars Harms Herrn Altmaier in seinem Wunsch, den er an den Landtag heranträgt, zitiert, ich habe noch einmal aus der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene zwischen Ihren Parteien zitiert. Ich glaube, es wäre - ohne Pathos - angemessen, vielleicht sollten auch die PIRATEN noch einmal in sich gehen, ob ein Volksbegehren die Voraussetzung ist, dem zustimmen zu können; das wäre allein zeitlich schon etwas schwierig. Ich würde mich freuen, wenn sich das ganze Haus zu einer Zustimmung durchringen

(Detlef Matthiessen)

könnte - über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern als regionaler Abgeordneter aus Bordesholm ganz bescheiden die Anmerkung machen wollen, dass ich es ein bisschen schwierig finde, dass, wenn man etwas hier zum Ausdruck bringt, das Gegenteil vorgehalten bekommt, und zwar ausgerechnet von denjenigen, die geradezu mit detektivistischem Ehrgeiz in Ministerien nachsuchen, ob ich mich womöglich für Schulen in meinem Wahlkreis eingesetzt haben könnte.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Das finde ich ein wenig kurios, weil ich vorhin ausdrücklich zum Ausdruck gebracht habe - das will ich hier noch einmal tun -, dass ich selbstverständlich akzeptiere, wenn man sich für seine auch **regionalen Belange** einsetzt, auch wenn gelegentlich dann in der Emotion, Herr Kollege Voß, nicht jedes Wort dem entspricht, was hier vorgetragen worden ist. Ich akzeptiere das ausdrücklich. Was ich allerdings schon gesagt habe - darauf bestehe ich -, ist: Wir als Landtag müssen uns insgesamt, wenn wir entscheiden, nicht ausschließlich von regionalpolitischen Erwägungen leiten lassen. Das habe ich in der Tat eingefordert. Ich finde das in Ordnung.

Herr Kollege, wenn ich den Fehler gemacht habe, hier Argumente vorzutragen, dann entschuldige ich mich dafür. Das habe ich in der Tat getan. Sie haben kritisiert, die Opposition würde niedergemacht mit arroganten Vorträgen. Ich habe mir erlaubt, Argumente vorzutragen, die für unseren Antrag sprechen. Wenn Sie das belastet hat, dann - das will ich in aller Demut sagen - tut mir das leid.

Ich würde mir allerdings wünschen, dass sich die Union den gleichen Denkprozessen aussetzt, von denen ich erfreulicherweise wahrgenommen habe, dass FDP- und Piratenfraktion das tun werden. Wir haben vorhin auf die Zwischenfrage des Kollegen Kubicki, die er vielleicht nur rhetorisch gemeint, aber richtig beantwortet bekommen hat, zugestimmt, dass wir die Abstimmung zu diesem Thema gern erst um 15 Uhr vornehmen wollen, sodass die

Fraktionen Gelegenheit haben, sich dazu zu bekennen. Ich will das fürs Protokoll wiederholen: Der Kollege Kubicki hatte uns gefragt, ob wir das ernst meinen, dass der Landtag die Bedingungen so formuliert, dass wir nur dann Mitverantwortung für die Zwischenlagerung von Castoren übernehmen, wenn die Bedingungen erfüllt würden. Ich habe das bejaht, und dann hat er gesagt: Dann können wir zustimmen. - Ich erwarte jetzt, dass Ihren Ankündigungen Taten folgen, Herr Kollege Kubicki, und freue mich extrem auf die Fortsetzung der Landtagssitzung um 15 Uhr. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

(Zuruf CDU: Heiner Rickers!)

- Heiner Rickers?

(Beifall PIRATEN)

Entschuldigung, dass ich hier auf meinem Skript nur Heiner stehen hatte. Das war zu wenig.

(Heiterkeit)

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nett, dass ich reden darf, und ich freue mich auch, dass wir uns duzen. Deswegen kann das natürlich zu Verwechslungen führen.

(Beifall PIRATEN)

Nichtsdestotrotz hat sich bei mir heute das Weltbild der politischen Kulturen ein bisschen auf den Kopf gestellt. Herr Voß, auch ich bin in den 80er-Jahren in Brokdorf gewesen. Ich habe dort familiäre Wurzeln. Ich wohne im Kreis Steinburg so hoch - da komme ich zu Ihnen, Herr Dr. Stegner -, dass ich natürlich nicht nur als Politiker eine regionale Verbundenheit in diese Region, in die Wilstermarsch und nach Dithmarschen habe, sondern natürlich auch, weil ich so hoch wohne, dadurch, dass ich da hingucken kann.

Herr Voß ist nun - in Sichtweite dieses AKW wohnend - einer der Begründer der grünen Partei im Kreis Steinburg. Seine ganze Familie, sein ganzes Umfeld, alles gehört dazu. Nun kommen die Wilsteraner und sagen auf Platt: Mensch, du musst doch dorför sorgen, dat dat nix warrt dor mit de Atommüll vun irgendwoher, dat ist doch nich unsen

(Heiner Rickers)

Schrott. Nu seh mal to, Voß, du hest toseggt, dat du Ünnerstütt bringst un wi dat woll henkriegen warnn.

Genau mit diesem Ansatz werde ich hier heute reden, und deswegen stellt sich mein Weltbild der Grünen etwas auf den Kopf.

Herr Dr. Habeck, als Minister haben Sie bei uns im Umwelt- und Agrarausschuss vorgetragen. Da wundere ich mich natürlich, dass aus unserer Sicht ohne jede Not - natürlich muss bei einem nationalen Konsens darüber geredet werden, wo dieser Atom-müll nicht nur zwischen-, sondern auch endgelagert werden muss, das ist klar -, ohne wirkliche Not nun Brunsbüttel ins Spiel gebracht wird.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vor zwei Jahren - das kennen wir alles - wurde die Sicherheit noch angezweifelt. Der Seeweg ist natürlich auch für abgebrannte und wieder aufbereitete Kernbrennstäbe aus England nicht unbedingt der sicherste. Es gibt fachliche Aussagen, dass sich nicht der Seeweg, sondern der Weg auf Schiene oder Straße wesentlich sicherer gestalten lässt.

Es ist immer wieder Brunsbüttel im Gespräch. Warum nicht auch Stade? Bei Stade hätten Sie natürlich das Riesenproblem, dass Sie mit dem grünen Ministerium in Niedersachsen in Zukunft nicht mehr schön Freund sein könnten, sondern gleichzeitig wieder die altbekannten Zwischen- und Endlager ins Spiel kommen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Stellen Sie eine Frage! Die werde ich gern beantworten. - Herr Voß, nach wie vor ist das das Problem. Ich kann das aus Ihrer Sicht verstehen. Wenn ich anders argumentiert hätte, wäre es für einen CDU-Politiker in Ordnung gewesen - oder wenn Herr Magnussen sagt, die Wirtschaft vor Ort sei wichtig. Aber Sie sagen: Wir gucken auf den Müllberg - das kennen wir alle in Eddelak - wir haben SAVA vor der Tür, wir haben Brokdorf, wir haben Krümmel, wir haben Stade, und wir haben natürlich auch Brunsbüttel in Sichtweite.

(Zurufe)

Und wir haben die meist befahrene **Schiffahrtsstraße** künstlicher Art und auch die andere mit all ihren **Gefahrenpotenzialen** vor der Tür. Dann kommt Herr Voß daher und sagt: natürlich im nationalen Konsens, ich bin als Grünenpolitiker angetreten gegen Atomkraft und kann dem nur zustimmen, wenn das und das und das erfüllt wird.

(Unruhe)

Herr Voß, ich schlage vor - ähnlich wie ich es handhabe - nicht zuzustimmen, den Antrag abzulehnen und andere Standorte zu suchen.

Eines zum Schluss: Man beklagt als Umweltverband die Elbvertiefung; die Grünen heißen die Verbandsklagen richtig und gut, wir nicht. Wenn es um entscheidende Fragen in der Wilstermarsch und unserer Region geht, kneifen Sie. Das kann ich so nicht gutheißen. - Ich nehme auch gern eine Frage an.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers, Sie erlauben eine Frage, gut. Dann haben Sie das Wort, Frau Abgeordnete Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr Kollege, ich möchte mich erkundigen, wie Ihr Wortbeitrag jetzt - Sie haben auch zwei Jahre zurückgeschaut - mit Ihrer Position vor zweieinhalb Jahren in Verbindung zu bringen ist. Wir haben heute noch nicht über die Atomlaufzeitverlängerung gesprochen. Ich habe mich einmal schlaugemacht: Wir reden heute über 20 bis 30 Castoren, damals ging es aufgrund der Entscheidung der Bundesregierung um 700 zusätzliche Castoren. Die FDP nehme ich hier einmal aus, weil sich die FDP-Bundestagsabgeordneten bei dieser Frage zum Teil dagegen ausgesprochen haben. Ihre Partei war aber dabei. Welche Konsequenz haben Sie damals daraus gezogen, und wie passt Ihr Redebeitrag heute zu der Entscheidung vor zweieinhalb Jahren?

(Zuruf Minister Dr. Robert Habeck)

Heiner Rickers [CDU]:

Lassen Sie mich bitte ausreden. - Sie können sich natürlich alle an den 11. März 2011 erinnern: Fukushima. Das war ein Donnerstag, wenn ich das richtig erinnere. Am Dienstag darauf oder vielleicht auch schon am Wochenende haben sich alle Fraktionen getroffen. Wir machen das turnusgemäß. Ich kann mich noch gut an die Gesichter erinnern, ähnlich wie meins, die vorher anders argumentiert haben, entweder aus Parteisicht oder aus persönlicher Erkenntnis. Laufzeitverlängerung, wir wissen, die Energiewende ist nicht zu schaffen, und, und, und. Das haben wir rauf und runter diskutiert.

(Heiner Rickers)

Wenn Sie mich nach meiner persönlichen Meinung fragen, können Sie die gern hören. Ich bin nicht immer ein Verfechter - das habe ich anfangs erwähnt - von Kernenergie gewesen, egal ob im Kreis Steinburg, bundes- oder weltweit. Dazu stehe ich nach wie vor. Insofern könnte ich hier einmal die politische Meinung vortragen. Mit dem 11. März 2011 hat sich in der Sichtweise natürlich einiges geändert.

(Unruhe)

Die Ergebnisse dieser Sichtweisenänderung kennen Sie. Damit einher geht natürlich das, was wir heute an Diskussionen zum End- und Zwischenlager haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Stimmen Sie einer weiteren Frage der Abgeordneten Erdmann zu?

Heiner Rickers [CDU]:

Gern.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eher eine Bemerkung. - Ich möchte darauf hinweisen, dass auch vor zweieinhalb Jahren die Frage um die Atomendlagersuche komplett offen war und allein für die drei Standorte in Schleswig-Holstein - es geht ja auch immer um die Frage, was unser Mist ist und was andere verursacht haben - eine Laufzeitverlängerung von 36 Jahren geplant war im Vergleich zu dem, was Rot-Grün 2001 beschlossen haben. Das muss man in den Kontext einordnen, wenn man jetzt sagt: Wir wollen den Scheiß nicht haben.

- Darauf möchte ich Ihnen gern antworten, wenn Sie zuhören mögen. Ich fand die Aussage Ihres grünen Umweltministers nicht so schlecht: gesamtheitlich Verantwortung übernehmen. Herr Habeck, es ist natürlich eine ganz andere Ausgangssituation - da gebe ich Ihnen persönlich recht -, ob man abschaltet und für die Zukunft etwas regeln will, oder ob man davon ausgeht, dass man ausbaut und für die Zukunft nichts geregelt hat. Insofern war der Grundansatz ja gut.

Meine Rede hier geht gegen Brunsbüttel und nicht gegen eine offene Suche vielleicht auch in Niedersachsen oder sonst wo, weil ich als regional Betroffener - Herr Voß, da sehe ich Sie noch nicht ganz an unserer Seite - natürlich für die Region, die schon besonders belastet ist, mit all den Risiken,

die dazukommen, gesprochen und versucht habe, Ihnen klarzumachen, warum das so ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gegen die frühere Belastung waren Sie jedenfalls nicht, entnehme ich dem!)

- Wenn Sie eine Frage stellen wollen - - Ich kann das auch gleich beantworten. Natürlich war ich persönlich gegen die frühere Belastung - das habe ich dargestellt - und habe eine andere Meinung gehabt als die Parteilinie, die sich mit dem Ereignis Fukushima relativ schnell geändert hat.

Haben Sie keine Fragen mehr? - Schade. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Anmerkung: Das Wort, das von der Frau Abgeordneten Erdmann eben gewählt worden ist, ist nicht parlamentarisch, aber es war gegen keine Person gerichtet und bleibt daher konsequenzlos.

Jetzt haben wir einen weiteren Dreiminutenbeitrag vom Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei den Abgeordneten Voß und Matthiessen ausdrücklich bedanken, weil mir klar geworden ist, dass differenzierte Betrachtungsweisen nicht dadurch aufgelöst werden, dass man mit hohem Pathos versucht, rationalen Argumenten auszuweichen. Insofern geben uns die beiden Beiträge Anlass, noch einmal nachzudenken.

Ich möchte, weil mich das wirklich stört, auf den Kollegen Stegner eingehen. Herr Dr. Stegner, wenn Sie davon reden, dass Sie Verständnis dafür hätten, dass man, wenn man aus der Region komme, eine bestimmte Position einnehme, dann denunzieren Sie den **Abgeordneten** dadurch, dass Sie sagen, er nehme die **Position** nicht ein, weil er davon überzeugt sei, sondern weil seine **Region** betroffen sein könnte. Die gleiche Position, die der Kollege Kumbartzky formuliert, habe auch ich formuliert, und ich komme nicht aus Brunsbüttel. Das ist eine Unterstellung, wenn Sie sagen, Sie hätten Verständnis dafür, wenn der nicht da wohnen würde, hätte er eine andere Haltung. Ich halte diese Herangehensweise schlicht und ergreifend für inakzeptabel.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

(Wolfgang Kubicki)

Sie machen es einem durch Ihre regelmäßigen Beiträge wirklich schwer, mit Ihnen gemeinsam einen Konsens zu finden, auf den wir uns eigentlich zubegeben müssten.

(Beifall FDP und CDU)

Nicht dass ich nicht mittlerweile damit umgehen kann, dass Sie ohnehin glauben, Sie seien der bessere Mensch, und alle, die andere Auffassungen als Sie haben, seien schlechte Menschen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Reden Sie gerade über sich?)

- Ja, ich rede auch über mich, gnädige Frau. Wir können aufhören, miteinander zu reden, wenn wir nicht mehr Argumente austauschen, sondern nur noch moralische Positionen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auch ich kann sagen: Ich fühle mich besser als Herr Stegner. Das hilft uns aber nicht weiter. Entweder wir tauschen rationale Argumente aus, oder wir lassen es. Die **Menschen** wollen von uns wissen, wie wir zu bestimmten Positionen kommen. Sie wollen nicht damit beglückt werden, dass wir Sonntagsreden halten oder ihnen erklären, dass sie - wie das vorhin schon formuliert worden ist - nun für die Geschichte Verantwortung tragen, für die Schöpfung, für was auch immer. Sie wollen **rationale Argumente** haben, und davon gibt es ja einige. Es gibt natürlich auch ein rationales Argument, das sagt: Wenn wir feststellen, dass andere Gegenden so belastet sind, dass eine weitere Belastung nicht zumutbar wäre, muss man gucken, ob man es anders organisiert.

Die Frage ist nur: Belasten die 26 weiteren Castoren - es müssen ja tatsächlich nur 21 nach Gorleben; die fünf aus La Hague könnten ja auch nach Ahaus - die dortige Bevölkerung in einem solch unangemessenen Maße, dass wir andere Lösungen finden müssen? Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Ich glaube, nein. Ich glaube, dass der Widerstand Unterweser wesentlich größer wäre als der Widerstand in Gorleben, wenn denn sicher ist, dass wir tatsächlich ein Endlager finden, als dass wir versuchen, dieser Diskussion auszuweichen, aus welchen Gründen auch immer.

Herr Dr. Stegner, auch für das Protokoll: Wir haben gesagt, wir denken noch einmal darüber nach - das machen wir in der Pause -, ob wir den Bedingungen, die Sie genannt haben, zustimmen können, wenn denn sichergestellt ist, dass die Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor es eine Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein im Bundesrat zur Zu-

lassung der Einlagerung von Castoren aus Sellafield in Schleswig-Holstein, in Brunsbüttel gibt. Oder witzigerweise anderswo: Wollen Sie ernsthaft nach Geesthacht, nach Krümmel? Es ist doch nicht Ihr Ernst, Herr Dr. Habeck, dass Sie so etwas offenlassen. Es kann doch nur um Brunsbüttel gehen. Stimmt das Land dem zu, ja oder nein? Ich sage Ihnen - das werden wir gleich noch einmal erörtern und diskutieren -: Wir glauben nicht, dass die Bedingungen zu erfüllen sind.

Deshalb werden wir Sie bei der Abstimmung mit dem weiteren Satz beglücken: Wir gehen davon aus, dass die Zusage steht, dass eine **Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein** im Bundesrat und darüber hinaus zu einer Einlagerung von Castoren in Brunsbüttel nicht stattfinden wird, wenn die **Bedingungen** nicht erfüllt sind, einige bis zum 5. Juli und einige andere spätestens bis Beginn nächsten Jahres. Denn dann müssen Sie das ja ins Werk setzen, sonst schaffen Sie das bis 2015 nicht. An diese Zusage wollen wir die Regierung binden. Das erörtern wir gleich, und dann werden wir anschließend abstimmen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anmerkung oder Frage des Abgeordneten Matthiessen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, gern, von dem Kollegen Matthiessen immer gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass der Vorschlag der Koalition auch Dinge enthält, die auf den Prozess gerichtet sind.

- Ja, dass wir es selbstverständlich nicht zur Voraussetzung machen können, dass im Genehmigungsverfahren Dinge eingehalten werden, das leuchtet mir ein. Herr Kollege Matthiessen, wir sind doch schlauer, als Sie das vermuten. Bei uns diskutieren wir auch auf rationaler Ebene und weniger emotional. Wir formulieren das schon so, dass es nachvollziehbar ist und keine Bedingungen enthält, die technisch und in der Zeit schon gar nicht nicht umgesetzt werden können. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Ministerpräsidenten auf meinem Zettel. - Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit das für Ihre Beratungen hilfreich ist: Ich versichere namens der Landesregierung, dass es bei der Debatte um das Endlagersuchgesetz und die damit zusammenhängende Frage, was mit den ausstehenden 26 Castoren - 21 davon aus Sellafeld - passiert, keine politische **Zustimmung der Landesregierung** geben wird, dies politisch zu begleiten, wenn die hier in dem Antrag der Mehrheitsfraktionen genannten **fünf Positionen** nicht erfüllt werden. Es wird keine Protokollerklärung - oder was auch immer es dann ist - von uns paraphiert geben, wenn das, was das Parlament hier heute beschließt, nicht von der Bundesregierung voll inhaltlich und belastbar - darüber werden wir auch im Gespräch sein - zugesagt ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Das versichere ich Ihnen.

Und ich versichere Ihnen auch - auch wenn es ein Prozess ist, der im Kern von Bundesbehörden betrieben wird -, dass die Landesregierung dafür Sorge tragen wird, wenn der Bund es nicht tut, dass wir vor Ort bis Juni mit einem **Bürgerforum** beginnen, um das, was zu Recht angesprochen worden ist, was noch nicht ganz perfekt in der Beteiligung war, umzusetzen. Wir werden in der Region, aber auch darüber hinaus ein entsprechendes Forum oder Gremium entweder selbst als Regierung installieren, oder - das werden wir auch gern mit den Fraktionen besprechen - man kann so etwas auch beim Landtag anhängen. Es wird so etwas in der Region geben, um auch die Menschen vor Ort so mit einzubeziehen, wie es hier zu Recht angesprochen worden ist. Ich glaube, das ist der Punkt 5 in den Forderungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Es ist beantragt worden, die Sitzung bis zur Abstimmung zu unterbrechen. Wir werden um 15 Uhr die Sitzung mit der Abstimmung fortsetzen. Guten Appetit!

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 14:12 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne wieder die Sitzung. Bitte begrüßen Sie zunächst mit mir auf

der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Plön, Mitglieder des Sportvereins Tungendorf und Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums und der Europaschule Herder-Schule Rendsburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, der Herr Abgeordnete Johannes Callsen, hat darum gebeten, vor der Abstimmung eine persönliche Erklärung abzugeben. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Das Mikrofon ist nicht eingeschaltet - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wenn Tietze das macht, gibt es nie Strom! - Zuruf SPD: Hamerich hat denselben Knopf!)

- Hat Herr Tietze die Knöpfe gedrückt? - Das ist der Fall.

Dann beginne ich noch einmal: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute Morgen für die CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass wir die **Energiewende** unterstützen, dass wir voll hinter dem Standortauswahlgesetz, das derzeit in Berlin beraten wird, stehen, dass wir insbesondere den von Bundesumweltminister Altmaier eingeleiteten Konsenskurs unterstützen.

(Beifall CDU)

Ich finde, es ist ein großer Schritt der CDU-geführten Bundesregierung und aller Parteien und Fraktionen, zu einer größtmöglichen Einigung zu kommen. Auch uns ist an einem breiten Konsens hier im Landtag gelegen.

Ich habe heute Morgen hier im Landtag aber auch gesagt: Es sind Fragen offen geblieben, und es müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Es gibt Verantwortlichkeiten bei der Bundesregierung, und es gibt Verantwortlichkeiten bei der Landesregierung. Wir haben in unserem Antrag einige Punkte formuliert, die uns wichtig sind. Für uns ist der Koalitionsantrag eins zu eins - Herr Kollege Dr. Stegner, ich bitte um Verständnis - nicht zustimmungsfähig. Die eine oder andere Erwartung, die wir noch haben, müsste noch in den Antrag rein.

Wir machen aber ein Angebot und bauen Brücken. Wir sind bereit zu einem gemeinsamen Antrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ich schlage Ih-

(Johannes Callsen)

nen deshalb vor: Wir setzen uns interfraktionell mit den Fachsprechern zusammen, um zu einem solchen gemeinsamen Antrag zu kommen und darüber morgen Abend abzustimmen. Ich glaube, das wäre ein gutes Signal großer überparteilicher Einigkeit bei der Energiewende, beim Energiekonsens, aus Schleswig-Holstein an die Bundesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es sind weitere persönliche Erklärungen angekündigt. - Zunächst aber direkt dazu der Herr Abgeordnete Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantrage für die SPD-Fraktion, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es ist Sitzungsunterbrechung beantragt worden. Wir setzen die Sitzung um 15:15 Uhr fort.

(Unterbrechung: 15:06 bis 15:13 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne wieder die Sitzung. Um das Wort gebeten hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Koalitionsfraktionen und auch der Landesregierung ist daran gelegen, bei diesem wichtigen Thema eine möglichst breite Zustimmung im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu erlangen, zumal es um die Frage geht, welche Bedingungen das Land Schleswig-Holstein und der Landtag dafür stellen, dass wir beim Thema Zwischenlagerung Mitverantwortung übernehmen. Das ist der Gegenstand.

Daher machen wir Ihnen den Vorschlag, dass ich die Kollegen Fraktionsvorsitzenden und den Umweltminister gegen 16 Uhr zu einer Runde einlade, um noch einmal über diesen Antrag zu sprechen. Die FDP hatte erklärt, dass sie sich in der Lage sähe, unserem Antrag zuzustimmen, wenn die Bedingungen klar formuliert sind.

(Widerspruch FDP)

- In der Sitzung hatte ich dies so verstanden, dass man noch einmal darüber sprechen wolle. Sie haben jetzt einen anderen Text vorgelegt und geklärt, welche Wünsche die Unionsfraktion noch hat. Die Koalitionsfraktionen haben sich aber darauf verständigt, dass wir den Tagesordnungspunkt an sich nicht auf morgen vertagen wollen, sondern dass wir heute eine Abstimmung wünschen. Sie kann gern gegen 17 Uhr stattfinden, sie sollte in jedem Fall aber noch in dieser Tagung stattfinden. Unsere Bitte wäre, dass wir mit den Kollegen Fraktionsvorsitzenden darüber reden, ob wir zusammenkommen können. Wir würden uns wünschen, dass wir das können. Wir bieten das ausdrücklich an. Eine Vertagung auf morgen und ein Zusammentreffen der Fachsprecher halten wir nicht für den geeigneten Weg. Unser Vorschlag lautet, dass die Fraktionsvorsitzenden und der Umweltminister zusammenkommen und darüber beraten. Das ist unser Angebot, und das möchte ich Ihnen gern unterbreiten. Ich spreche für die drei Regierungsfractionen. Die Landesregierung hat ausdrücklich erklärt, dass Herr Dr. Habeck an der Runde teilnehmen würde.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich unterbreche die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 2, 20, 27, 31, 47 und 48 bis circa 17 Uhr, sodass wir in der Zwischenzeit zwei weitere Tagesordnungspunkte beraten können.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie haben natürlich die Möglichkeit, das noch zu kommentieren. Herr Fraktionsvorsitzender Kubicki, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich finde es sehr vernünftig, dass Sie die Sitzung jetzt unterbrechen wollen, dann komme ich zum Essen. Der Vorschlag lautete aber: Um 16 Uhr sollen sich die Fraktionsvorsitzenden treffen. Warum dann das ganze Parlament warten soll - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nein, das war nicht mein Anliegen. Es geht nur um diesen Tagesordnungspunkt. Wir kommen dann in der Zwischenzeit zu anderen Tagesordnungspunkten.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Dr. Stegner, bevor wir so etwas machen: Ich habe den Vorschlag nicht ganz verstanden. Das mag an einem Mangel meiner intellektuellen Kapazität liegen. Wir treffen uns jetzt wozu? - Damit wir vom Umweltminister erfahren, wie seine Überlegungen sind? -

(Zurufe SPD)

- Die Fraktionsvorsitzenden sollen jetzt zwischen 16 und 17 Uhr einen gemeinsamen Antrag formulieren?

(Zurufe SPD)

- Oder auch nicht.

(Weitere Zurufe SPD)

- Ich brauche nicht dabei zu sein? - Okay.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, es geht um Folgendes: Herr Abgeordneter Callsen hatte darum gebeten, dass wir einen Konsens suchen. Er hatte allerdings den Vorschlag gemacht, dies bis morgen Abend zu tun. Der Gegenvorschlag lautet: Ja, es soll ein Konsens gesucht werden, aber eine Abstimmung soll heute erfolgen. Das ist das Ergebnis der Diskussion, die eben stattgefunden hat. Das steht jetzt im Raum. - Gibt es weitere Kommentierungen? - Ja, der Vorsitzende der CDU-Fraktion. Kommen Sie bitte nach vorn, dann können Sie sagen, was Sie sagen möchten.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Ich kann den Zeitdruck nicht ganz nachvollziehen.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Gleichwohl sollte man sehen, welche Möglichkeiten es gibt, um in einer solchen Runde zusammenzukommen. Ich hätte allerdings die Bitte, dass wir uns in der Frage, wann wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen, nicht unter Zeitdruck setzen. Ich glaube, es bedarf einer gewissen Sorgfalt, sodass man sich für die Formulierung und die endgültige Entscheidung bis morgen Abend Zeit nehmen sollte. Ich bitte, auf unser Angebot in Bezug auf die Zeitschiene ein Stück weit einzugehen. Ich glaube, das macht es allen Beteiligten hier im Hause leichter, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Möchten Sie noch eine Kommentierung dazu abgeben? - Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Kollege Callsen, das war ein Angebot, um festzustellen, ob wir zu einer Einigung kommen können. Ich denke, das lässt sich absehen, wenn wir uns nachher treffen. Dazu muss die Sitzung des Landtags nicht unterbrochen werden. Herr Kollege Kubicki, es ist durchaus üblich, dass man am Rande versucht, Dinge miteinander abzuklären.

Für die Koalitionsfraktionen möchte ich festhalten, dass wir statt zu der von uns gewünschten Abstimmung um 17 Uhr, oder in jedem Fall noch heute Nachmittag, zu kommen, auch einer weiteren Vertagung zustimmen können, wenn wir der Meinung sind, dass eine Einigung aussichtsreich ist. Das ist in einem Gespräch heute Nachmittag durchaus zu klären. Mein Vorschlag - und unser Angebot - lautet, dass wir die Fraktionsvorsitzenden und den Umweltminister dazu einladen, gegen 16 Uhr oben bei uns darüber zu sprechen. Wir können das auch sofort machen und 15.30 Uhr sagen, wenn Ihnen das lieber sein sollte. Wir sollten jedenfalls klären, ob das geht.

Ich bitte aber das Präsidium darum, dass der Tagesordnungspunkt nur ausgesetzt wird, damit wir nachher, wenn die Runde stattgefunden hat, erklären können, ob wir - wie von uns bislang gewünscht - abstimmen oder einer weiteren Vertagung auf Morgen zustimmen. Das behalte ich mir vor. Das ist der konkrete Verfahrensvorschlag. Ich hoffe, dass er hinreichend klar formuliert ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Beer, Sie haben auch eine Kommentierung? - Bitte.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich verstehe nicht, warum in diesem Punkt Hektik ausbricht. Wenn es die Möglichkeit zu einer politischen Einigung gibt und wenn die Fraktionsvorsitzenden das Gefühl haben, das könnte klappen, dann können die Fachpolitiker zusammenkommen und eine Formulierung erarbeiten. Dann wird es Fraktionssitzungen geben, bei denen noch einmal über einen solchen Vorschlag diskutiert werden kann. Das schaffen wir nicht bis 17 Uhr. Lassen Sie uns doch sagen: Wir suchen den Kompromiss, und morgen findet die Abstimmung in der Sache statt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Ich setze lediglich die Abstimmung aus. Der Punkt selber bleibt weiter auf der Tagesordnung. Wenn eine Möglichkeit gesehen wird, darüber morgen abzustimmen, dann wird das auch vom Präsidium so umgesetzt werden. Dies ist im Moment der Sachstand. Die Fraktionsvorsitzenden können das ja jetzt für sich feststellen, aber ich denke, wir sollten die weiteren Tagesordnungspunkte nun wirklich beraten, weil wir sonst immer weiter in Verzug kommen. Ich bitte Sie, sich untereinander darüber zu verständigen, ob heute oder morgen eine Abstimmung stattfinden soll. Zunächst jedenfalls setze ich die Abstimmung über diesen Punkt bis etwa 17 Uhr aus. Danach wird dann neu entschieden werden.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/719

Ich muss jetzt kurz nachschauen, welchen Redner die Fraktion der CDU benannt hat; denn das ist jetzt ein bisschen untergegangen. Ich kann mir aber vorstellen, dass dies Frau Franzen ist; denn die hat sich auch schon auf den Weg gemacht. - Frau Abgeordnete Franzen, Sie haben das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, Ihre hellseherischen Fähigkeiten sind beeindruckend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage des **Bildungsföderalismus** hat uns in diesem Hause schon mehrfach beschäftigt. Wir sind uns darüber einig, dass es eine bessere Zusammenarbeit der Länder und eine engere Verbindung mit dem Bund geben muss.

Bisher sind die Bemühungen, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern über eine Änderung des Grundgesetzes aufzuheben, gescheitert, und selbst im Hochschulbereich konnte es zu keiner Einigung kommen, und auch die schleswig-holsteinische Landesregierung hat der letzten Bundsratsinitiative für den Hochschulbereich nicht zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber mehr Verbindlichkeit im Schulsystem innerhalb der

Bundesländer. Daher begrüßen wir den Vorschlag der Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Sachsen, die im Januar 2013 die Eckwerte zu einem **Bildungsstaatsvertrag** vorgestellt haben. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass dies ein pragmatisches Vorgehen ist. Eine Grundgesetzänderung - das haben wir in der Vergangenheit feststellen müssen - ist derzeit leider nicht in Sicht. Und die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz sind in manchen Fällen ja auch lediglich Empfehlungen. Ein Staatsvertrag unter den Ländern aber hätte eine deutlich höhere Verbindlichkeit bei der Umsetzung.

Wir wollen, dass die in der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Bildungsstandards in den Ländern verbindlich in die Lehrpläne aufgenommen werden.

(Beifall CDU)

Damit gelten in allen Bundesländern die gleichen Anspruchsniveaus, darüber hinaus erleichtern wir damit auch die Mobilität von Eltern und Kindern zwischen den Bundesländern.

An einem bundesweiten Aufgabenpool für die Abiturprüfungen wird ja bereits gearbeitet, und 2017 sollen auch die ersten Abiturprüfungen nach **bundeseinheitlichen Leistungsstandards** durchgeführt werden. Wir begrüßen das außerordentlich. Aber dies kann natürlich nur der Anfang sein. Entsprechende Leistungsstandards muss es auch für alle anderen Bildungsabschlüsse geben.

Um die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens sicherstellen zu können, sollen länderspezifische und länderübergreifende Vergleichsarbeiten auf der Grundlage der Bildungsstandards durchgeführt werden. Ziel muss es dabei sein, die Unterrichtsqualität weiter zu verbessern. Wir wünschen uns, dass dabei das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen Maßnahmen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung von Bildungserträgen unterstützen kann.

(Beifall CDU)

Erst kürzlich hat sich die Kultusministerkonferenz darauf verständigt, endlich den Streit um die **Anerkennung der Lehrerausbildung** in den verschiedenen Bundesländern beizulegen, und sie will ohne Wenn und Aber die unterschiedlichen Ausbildungen gegenseitig anerkennen. Das ist gut so. Die Anerkennung mit einem Staatsvertrag zu besiegeln, dürfte dann allerdings auch gar kein Problem mehr darstellen und wäre für die Unterzeichner verbindlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin.

Nochmals von meiner Seite aus der Hinweis, dass die Reden gern zu Protokoll gegeben werden können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung zu a): Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/448. Wer diesem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen geänderten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion. Enthaltungen? - Damit ist dieser Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Abgeordneten des SSW so angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung zu b): Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/512. Wer diesem Gesetzentwurf unverändert zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf nicht zu? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU. Damit ist dieser Gesetzentwurf ebenfalls mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Nun haben Sie mittlerweile vermutlich alle schon gehört, dass es offenbar eine Einigung gegeben hat in Bezug auf die Anträge zur Zwischenlagersuche. Ich teile Ihnen nun mit, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen jetzt auf eine kurze Sitzungsunterbrechung verständigt haben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die Geschäftsführer waren auch dabei!)

- Herr Kollege Arp, ich denke, dass Sie doch deutlich das große I gehört haben, den Unterstrich, das Sternchen. Die „GeschäftsführerInnen“, zu denen auch der Kollege Jörn Arp gehört,

(Heiterkeit und Beifall)

haben sich darauf verständigt,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

dass wir nun eine kurze Sitzungsunterbrechung haben. Ich sehe, die Uhr zeigt 17:14 Uhr. Die Sitzung sollte für eine Viertelstunde unterbrochen werden - ich bekomme gerade signalisiert, dass die Fraktio-

nen jetzt noch in die Beratung gehen -, sodass wir genügend Zeit haben und uns um 17:45 Uhr hier alle wiedertreffen und dann eine Aussprache über die Ergebnisse der Verhandlungen erfolgen wird. Ich danke Ihnen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 17:19 bis 17:57 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, denn wir wollen in der Beratung fortfahren. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich sehe, die Freude ist jetzt schon groß. Bei mir wäre sie sicherlich noch größer, wenn wir das Verfahren jetzt ordentlich hinter uns bringen. Ich hoffe, das klappt.

Ich rufe erneut die Tagesordnungspunkte 20, 27, 31, 47 und 48 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Keine Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerksstandorten in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/707 (neu)

b) Transparenz und Volksentscheid über Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerksstandorten in Schleswig-Holstein unter Beteiligung der Öffentlichkeit sichern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/728

c) Keine Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/733

d) Energiewende- und Klimaschutz in Schleswig-Holstein

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
 Drucksache 18/750

e) Erfolgreicher Atomausstieg: Endlagersuche beginnen - Energiewende konsequent umsetzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
 Drucksache 18/751 (neu) - 2. Fassung

f) Verfahren zur Zwischenlagerung

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
 Drucksache 18/778

Mir ist gesagt worden, dass es dazu noch eine weitere Aussprache geben soll.

Als ersten Redner rufe ich zunächst den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Ralf Stegner, auf. - Noch zur Frage der Redezeiten: Es ist von Dreiminutenbeiträgen gesprochen worden. Wir können auch fünf Minuten festsetzen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Vielleicht sind Sie da nicht ganz so streng.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das sind wir dann nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir werden das nicht rügen, wenn jemand länger spricht!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute im Landtag eine Aussprache zu einem - wie ich glaube - sehr, sehr wichtigen Thema, das uns alle auch Mühe und Anstrengung gekostet hat. Diese ist es allerdings auch wert, weil wir über eine Frage sprechen, die uns im Zweifel über Jahrzehnte beschäftigen wird und Dinge regelt, die sogar noch länger ihre Wirkungen zeigen werden.

Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, dass wir statt der Abstimmung heute Vormittag durch Vereinbarung mit den anderen Fraktionen dazu ge-

kommen sind, dass es einen **gemeinsamen Antrag** gibt, der gemeinsam von den Koalitionsfraktionen und der Union getragen wird. Ich freue mich darüber, dass die Bedingungen, an der Zustimmung in diesem Prozess mitzuwirken, die wir in unserem Antrag, was die **Zwischenlagerung** angeht, formuliert haben, auch zur Abstimmung gestellt werden, und dass noch einmal sehr deutlich geworden ist, dass dieser Landtag der Ort ist, der nicht nur Resolutionen beschließt, sondern dass von ihm beschlossene Bedingungen auch einzuhalten sind. Das ist das Minimum, wenn man sich ernst nimmt und sagt, der Landtag als höchstes Gremium der Willensbildung in Schleswig-Holstein soll das entscheiden.

Ich freue mich darüber, dass dies gelungen ist. Wir haben in den neu verteilten Antrag der Koalitionsfraktionen den Punkt mit den **Bürgerforen** aufgenommen. Das ist das, was der Ministerpräsident hier zugesagt hat. Das war eine Forderung nicht nur der Piratenfraktion, aber wir sind dazu noch einmal gesondert auf diese zugegangen. Wir haben sowohl die Begründung entfernt als auch den ersten Teil, sodass die Unionsfraktion dadurch in die Lage versetzt worden ist, diesen Antrag jedenfalls nicht ablehnen zu müssen.

Lassen Sie mich erstens denjenigen danken, die dazu beigetragen haben, dass das möglich ist. Ich glaube, das ist ein so gutes Signal dieses Landtags, weil es die Landesregierung mit einem starken Verhandlungsmandat ausstattet. Außerdem bringt der Antrag in der Sache zum Ausdruck, dass die Landesregierung diesem Landtag dann auch laufend berichtet und der **Landtag** prüft, ob die **Bedingungen** eingehalten sind. Ich finde, das sind alles Dinge, die man, wenn man hier darüber berät und man uns ernst nehmen soll, auch tun muss.

Es ist auch ein sehr, sehr starkes Signal an die Bundesebene und die anderen Länder, dass wir uns mit dieser Frage wirklich die Mühe geben, die man sich bei diesem Thema geben muss. Ich wünschte mir, dass andere in der Frage unserem Beispiel folgen, wenn wir zu einer **fairen Lastenverteilung** kommen.

Zum Schluss will ich dann aber doch noch mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass sich der Herr Kollege Kubicki, der Anlass dafür war, dass wir noch einmal darüber beraten haben, nicht durchgesetzt hat. Er hat hier eine Zwischenfrage gestellt, die wohl als rhetorische Frage gemeint war, nämlich ob wir das mit den Bedingungen wirklich ernst meinen. Dann rief er fröhlich in den Saal, wenn wir das ernst meinten, dann würde die

(Dr. Ralf Stegner)

FDP-Fraktion unserem Antrag auch zustimmen. Das hat er wörtlich gesagt, das ist protokolliert, das können wir nachlesen. Ich habe den Eindruck, dass da ein Tiger gesprungen ist, herausgekommen ist dann aber leider, dass die Beratungen der FDP-Fraktion dazu geführt haben, dass sie unseren Antrag ablehnen wird - wie mir gesagt worden ist. Ich finde es sehr bedauerlich, dass es zu dieser Einigung nicht kommt. Ich hätte dem Kollegen Kubicki da mehr Überzeugungskraft gewünscht. Wenn man sich schon einmal darauf einlässt und eine ernste Antwort kommt, Herr Kollege Kubicki, dann muss man mit der Antwort auch umgehen können. Ich finde das sehr, sehr schwach - wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf -, ich finde das nicht zufriedenstellen. Aber so ist das.

Wir werden damit leben können, dass wir am Ende jedenfalls ein Stück Einigung mit der **Union** in dieser wichtigen Frage herbeiführen konnten, dass wir in den Koalitionsfraktionen geschlossen sind. Und wir hoffen auch, auf die **PIRATEN** soweit zugegangen zu sein, dass sie zumindest teilweise ihre Zustimmung zu dem Antrag geben können. Insofern hat sich der Ertrag des heutigen Tages gelohnt. Bei all denen, die dazu beigetragen haben, bedanke ich mich dafür, bei all denen, die das nicht wollten, bedanke ich mich nicht. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich schlage vor, dass wir, weil ich vermute, dass jede Fraktion zunächst grundsätzlich zu diesem Thema etwas sagen möchte, jedem nach der Stärke der Fraktionen einen Dreiminutenbeitrag zugestehen. Wenn weitere Wortmeldungen da sind, bitte ich um entsprechende Handzeichen. - Wenn Sie damit einverstanden sind, erteile ich jetzt Herrn Callsen von der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass unser Angebot, hier in diesem Haus zu einem breiten **Konsens** zu kommen, sozusagen auf fruchtbaren Boden gefallen ist, und wir deshalb auch ein gutes Signal von Kiel für die **Energiewende** aussenden können. Uns war wichtig, dass vor der abschließenden Zustimmung der Landtag noch einmal die Möglichkeit hat, sich mit den Fragestellungen und insbesondere mit den Erwartungen, die wir haben, zu befassen und wir durch die Landesregierung Berichte bekommen.

Dass die Dinge, die wir in unserem Antrag auch explizit als weitere Erwartungen, Forderungen und Bedingungen für die Region aufgeschrieben haben, im weiteren Verfahren berücksichtigt werden, war uns ebenfalls sehr wichtig. Deswegen können wir uns diesem interfraktionellen Antrag anschließen.

Zum **Abstimmungsverhalten** mit Blick auf den Antrag der Koalition weise ich darauf hin, dass wir uns in der Einzelabstimmung bei der Nummer 3 enthalten werden, weil wir rechtliche Bedenken bei der Frage, ob diese Gelder in einen öffentlich-rechtlichen Fonds verlagert werden können, haben. Das ist die Begründung. Das zu Protokoll. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass wir von der Landesregierung schriftlich informiert werden, damit das nachvollziehbar ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat die Abgeordnete Eka von Kalben von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen sagen, vor zwei Tagen hätte ich nicht gedacht, dass der heutige Tag so enden würde, wie er jetzt voraussichtlich enden wird.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin darüber sehr erfreut. Ich danke allen, die auch zum Schluss noch an diesen Beratungen teilgenommen haben, ausdrücklich auch den Vertreterinnen und Vertretern von FDP und PIRATEN, auch wenn sie den Antrag jetzt leider nicht unterstützen können. Trotzdem bin ich dankbar, dass Sie die Bereitschaft zur Beratung gezeigt haben.

Besonderen Dank sage ich der **CDU**, dass sie sich entschlossen hat, gemeinsam mit uns einen **Begleit-antrag** zu machen. Das ist ein wirklich gutes Zeichen auch im Hinblick darauf, dass wir, wenn wir vom Ende her denken, von der Suche nach einem Standort, immer noch auf der Suche nach anderen Bundesländern sind, die sich beteiligen. Deshalb ist es gut für Schleswig-Holstein, wenn Sie sich zu der Grundidee bekennen. Vielleicht geben sich dadurch andere Bundesländer, die grün, rot oder schwarz regiert sind, einen Ruck und kommen mit ins Boot.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich entschuldige mich für die Eile. Das war auch für uns Fraktionsvorsitzende sehr anstrengend. Wir mussten uns bei der Antragserstellung, aber auch jetzt, sehr beeilen. Für Sie innerhalb der Fraktionen innerhalb einer halben Stunde solch eine Entscheidung zu fällen, ist schwierig und zum Teil eine Zumutung. Ich weiß das. Das war bei uns auch immer wieder ein Thema. Dafür entschuldige ich mich. Ich glaube aber dennoch, dass es gut ist, wenn wir hier heute so auseinandergehen.

Dies ist ein starkes **Signal aus Schleswig-Holstein**. Nach allem, was über uns und darüber, wie wir uns hier verhalten, geschrieben wird, ist das ein starkes Signal für diesen Landtag. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme mit völliger Ruhe und Gelassenheit hin, dass ich die Erwartungen und Bedürfnisse des Kollegen Dr. Stegner nicht erfüllt habe.

Ich will - auch zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion - noch kurz zwei, drei Dinge erklären. Ich habe heute Morgen sehr ausführlich begründet, warum wir ein **Zwischenlager** in Brunsbüttel oder anderen Kernkraftwerkstandorten in Schleswig-Holstein und der ganzen Bundesrepublik nicht nur für nicht notwendig, sondern auch für sachlich kaum begründbar halten. An dieser **Grundauffassung** hat sich nichts verändert. Gleichzeitig habe ich allerdings einen großen Respekt - weil ich lange genug im Parlament bin und sehr viel Erfahrung habe, Herr Dr. Stegner - davor, dass die Landesregierung bei der Position, die sie eingenommen hat, die Rückenstärkung des Parlamentes braucht, und davor, dass Sie dann, wenn die Bedingungen, die Sie formuliert haben - auch wenn wir, dazu komme ich noch, zwei nicht für richtig halten; das ist völlig egal -, nicht erfüllt sind, in Berlin oder anderswo nicht gedrängt werden können, ohne Zustimmung des Parlamentes etwas zu beschließen oder etwas zuzustimmen, was nicht im Interesse des Landes Schleswig-Holstein liegt.

Wir kennen das alle, wie das funktioniert; machen wir uns doch nichts vor. Alle gucken einen mit großen Augen an und sagen: Wollen Sie jetzt wirklich Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden? Dann ist es gut, wenn man sagen kann: Ich habe ein Votum des Landtages im Hintergrund, das mich daran hindert, selbst wenn ich es wollte, etwas zu unterschreiben, was gegen die Interessen dieser Entschließung geht.

Ich will etwas zum **Abstimmungsverhalten** sagen. Wir werden unserem eigenen Antrag Drucksache 18/707 (neu) in der Sache zustimmen.

Frau Präsidentin, wir beantragen, alle Anträge zu eigenständigen Anträgen zu erklären und differenziert abzustimmen, damit man deutlich sichtbar machen kann, wo wir gar nicht so weit weg voneinander sind und wo es Unterschiede in der Sache gibt.

Zu dem Antrag der PIRATEN, Drucksache 18/728, wünschen wir getrennte Abstimmung und sagen zu, dass wir die Nummern 1 bis 3 annehmen werden

(Beifall PIRATEN)

und die Nummer 4 ablehnen werden.

Zu dem Koalitionsantrag Drucksache 18/751 (neu) - 2. Fassung - bitten wir, nummernweise abzustimmen. Wir müssen zu Nummer 1 wegen der grundsätzlichen Annahme, keine Castoren nach Brunsbüttel, Nein sagen. Dort steht drin, dass eine Aufnahme bestimmten Kriterien unterliegen soll. Bei Nummer 2 werden wir uns enthalten, weil wir außer dem ersten Satz alle anderen Passagen mittragen könnten. Der erste Satz insinuiert die Aufnahme von Castoren in Brunsbüttel. Nummer 3 werden wir aus den Gründen, die der Kollege Callsen benannt hat, ablehnen und uns nicht enthalten, weil wir das juristisch nicht nur für fragwürdig, sondern für nicht durchführbar halten. Den Nummern 4 und 5 werden wir ausdrücklich zustimmen. In der Schlussabstimmung werden wir den Antrag allerdings ablehnen müssen.

Der Ausschussüberweisung des CDU-Antrags Drucksache 18/733 werden wir zustimmen.

Den Koalitionsantrag Drucksache 18/750 werden wir ablehnen.

Beim gemeinsamen Antrag Drucksache 18/778 werden wir uns enthalten. Wir werden nicht dagegen stimmen, und zwar aus den Gründen, die ich genannt habe. Wir wollen für den Fall, dass unsere Auffassung nicht durchsteht, dass die Landesregierung auch durch unsere Haltung ein Mandat dafür hat, sich von anderen Leuten nicht in eine Verant-

(Wolfgang Kubicki)

wortung nehmen zu lassen, die andere nicht tragen wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PIRATEN sind angetreten unter anderem mit dem Ziel, dass politische **Beschlüsse**, Debatten **transparent und nachvollziehbar** und die Beschlüsse klar und nachvollziehbar werden. Das gilt auch für diesen Landtag Schleswig-Holstein.

Ich möchte für die Mehrheit meiner Fraktion sagen, dass das, was hier heute mit einem überraschenden Ergebnis in unterschiedlichen Runden stattgefunden hat, für mich nicht nachvollziehbar ist. Alles wurde fünfmal hin- und hergeschoben, und es wurden unterschiedliche Positionen eingenommen. Ich möchte kurz begründen, warum wir unseren **Antrag** mit dem Titel **Transparenz und Volksscheid** aufrecht erhalten. Ich bedanke mich bei der FDP ausdrücklich dafür, dass sie als einzige Fraktion hier im Landtag bereit ist, unsere Position, nämlich den Bürger mit entscheiden zu lassen, zu unterstützen. Das zeigt, dass wir hier sehr dicht beieinander sind. Das ist ein sehr positives Signal. Vielen Dank dafür.

(Beifall PIRATEN)

Ich kritisiere noch einmal das Tempo und den Druck, der hier aufgebaut worden ist. Wir hätten ohne jede Mühe morgen früh um 9 Uhr eine Fraktionssitzung einberufen und darüber beraten können. Wir hätten dann in die Abstimmung gehen können. Wir hinterfragen den jetzigen Kompromiss der Koalitionsfraktionen und der CDU in drei Punkten. Er ist mit dem Basisvotum von uns PIRATEN nicht vereinbar. Wir haben gesagt, wir wollen einen verantwortlichen Umgang und eine Lagerung in allen Ländern nach dem Verursacherprinzip und die Volksentscheidung.

Das, was jetzt in dem Antrag steht und zusammengefasst wurde, hat unseres Erachtens eher den Charakter eines Castor-Verhinderungsantrags, denn die gestellten Forderungen sind so unrealistisch, dass sich jetzt die Antiatombewegung freuen wird, aber das ist nicht der verantwortungsvolle Umgang mit der Zwischenlagerung, den wir uns gewünscht hätten.

Im Rahmen dieser fünfzehnminütigen Beratung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass nach der jetzigen Antragslage - voraussichtlich zu fast 100 % - eine Einlagerung der Castoren in einem **Zwischenlager in Schleswig-Holstein** nicht stattfinden wird.

Das war nicht unsere Position. Deshalb können wir dem Antrag der Regierungskoalition nicht zustimmen. Wir werden uns - ähnlich wie die FDP es macht - in der Sache zu den einzelnen Punkten verhalten. Weil wir PIRATEN sind, haben wir auch zwei Fraktionsmitglieder, die eine etwas abweichende Position haben und diese gleich erklären werden.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW im Landtag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition dafür bedanken, dass die Offenheit bestand, hier einen **gemeinsamen Beschluss** hinzubekommen; auf der einen Seite mit Zustimmung durch die CDU, auf der anderen Seite mit Enthaltung der FDP. Das heißt, hier hat es Bewegung gegeben. Ich finde, für uns als Koalitionsabgeordnete ziemt es sich, zu sagen, dass dies in dieser wichtigen Sache, bei der es um eine Entscheidung geht, die Jahrzehnte gelten wird, toll ist, dass die Opposition einen Schritt auf uns zugegangen ist.

Da wir gleich in die Abstimmung eintreten werden, ist für mich ein zweiter Punkt wichtig. Im Antrag der PIRATEN gibt es einen Punkt, den wir ablehnen werden. Hierzu wollen wir deutlich sagen, dass dies keine inhaltliche Positionierung ist. In Ihrem Punkt 3 schreiben Sie, dass das mögliche Zwischenlager Brunsbüttel kein **Endlager** werden sollte. Das ist natürlich grundsätzlich richtig. Man hat aber auf Bundesebene vereinbart, dass die gesamte Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Standorte der Endlager eine weiße Karte ist und dass es keinerlei **Vorfestlegungen** gibt.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Vor diesem Hintergrund können wir diesem Punkt nicht zustimmen, denn er widerspricht dem, was auf Bundesebene beschlossen worden ist.

(Lars Harms)

Wir selbst sind natürlich der Auffassung, dass Brunsbüttel nach dem Informationsstand, den wir jetzt haben, nicht als Endlager geeignet ist. Das ist klar. Formal können wir das aber vor dem Hintergrund des Kompromisses, der auf Bundesebene beschlossen ist, nicht beschließen. Es wird ein Endlagersuchgesetz geben, und dieses Endlagersuchgesetz wird die Kriterien festlegen. Deshalb können wir heute keine Vorfestlegung vornehmen. Das sage ich nur zur Information, damit jeder genau Bescheid weiss.

Ansonsten sage ich noch einmal: Ich finde es ganz toll, dass wir uns aufeinanderzu bewegt haben. Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich insbesondere bei der Opposition.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Offenbar nicht. Frau Beer, wenn Sie wollen, können Sie sich noch einmal zu Wort melden. Jetzt liegt mir die Wortmeldung des Kollegen Dudda vor. Ich erteile ihm das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche jetzt für den Kollegen Sven Krumbeck und für mich. Abweichend von unserer Fraktion werden wir dem Antrag der Koalition und der CDU zustimmen. Ich möchte kurz begründen, warum wir das tun. Für uns beide ist das Element der Bürgerbeteiligung mindestens so wichtig wie für den Rest unserer Fraktion. Heute Mittag haben Sie gesagt, Sie versprechen eine **Bürgerbeteiligung** in Form von Bürgerforen und auch in Gremien, die hier angesiedelt sein können. So unkonkret diese Aussage auch war, so hat sie den Kollegen Krumbeck und mich dazu veranlasst, herauszufinden, dass dies eine gute Sache ist. Mehr Bürgerbeteiligung geht nach unserer festen Überzeugung derzeit nicht.

Die Bürger werden eingebunden. So, wie ich die Dithmarscher kenne - die meisten von uns wissen, wie die ticken -, werden die Menschen das Thema dort entsprechend bedienen. Vor diesem Hintergrund haben wir gesagt: Wir stimmen mit der Koalition. Dann geschah Folgendes: Wir hörten, nur noch das Bürgerforum würde im Antrag übrig bleiben. Das war uns zu wenig. Eben vor der Sitzung haben wir uns noch unterhalten. Sie haben dem Kollegen Krumbeck und mir noch einmal bestätigt, dass Ihr Wort über das Bürgerforum hinaus nach wie vor gilt und dass Sie diese Beteiligung ausde-

hen und - was solche Basisvoten angeht - sogar unsere Expertise einholen wollen.

Vor diesem Hintergrund ist es für den Kollegen Krumbeck und für mich überhaupt kein Problem, mit Blick auf die Machbarkeit von Politik Ihrem Antrag zu folgen.

Natürlich werden wir auch für unseren Antrag stimmen, der an dieser Stelle wesentlich weiter geht. Was das inhaltliche und die Bewertung des Tages angeht, so bin ich sehr bei der Kollegin Beer. Insofern stimmen wir auch für unseren Antrag. Ich wollte nur begründen, warum der Kollege Krumbeck und ich abweichend abstimmen werden.

Herr Dr. Stegner, hin und wieder ist in der Presse zu lesen, sechs PIRATEN, sieben Meinungen. Manchmal hat das auch etwas mit Verantwortung zu tun und mit dem Umstand, dass wir uns vorgestern getroffen und Vereinbarungen getroffen haben. Ich finde, das alles hat nur Sinn, wenn man sich auch an Vereinbarungen hält, wenn man treu ist und wenn man Zusagen einhält. Wir hatten Zusagen gemacht, und an die halten der Kollege Krumbeck und ich uns. Ich hoffe, dass Sie sich in anderer Weise daran halten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Fraktion der PIRATEN.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich habe eben die Bestätigung bekommen. Es ist so, dass ich inzwischen ständig Radio höre, wann immer ich die Gelegenheit habe, weil die Medien immer zuerst durch den **Energiewendeminister** unterrichtet werden. Heute Morgen gab er das erste Interview kurz nach 7 Uhr auf „NDR Info“. Dann gab es in den Nachrichten eine Meldung, dass der Energiewendeminister Robert Habeck ausgeschlossen habe, dass aus Brunsbüttel ein **Endlager** wird. Herr Kollege Harms, das steht in krassem Widerspruch zu dem, was Sie gerade gesagt haben.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen vonseiten der Abgeordneten liegen mir nicht vor. Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Land-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

wirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir abschließend ein paar Bemerkungen aus Sicht der Landesregierung. Frau Beer, vielleicht gehe ich kurz auf Sie ein: Wenn ich mich recht erinnere, dann lautete die Frage der Moderatorin: Wie stellen Sie sicher, dass aus dem Zwischenlager kein Endlager wird? Darauf bezog sich meine Antwort. Diese habe ich allerdings nicht nur heute Morgen „NRD Info“ gegeben, sondern von Anfang an wiederholt. Ein Großteil der Bedingungen, die auch im Antrag der Fraktionen formuliert sind, soll genau das auch ausschließen. Insofern ist das sehr konsistent.

Persönlich möchte ich sagen, dass ich weiß, was auch heute überdeutlich zu hören war, nämlich dass es mir nicht gelungen ist, durch Kommunikation alle Menschen von Anfang an mitzunehmen. Deshalb bin ich froh darüber, zu sehen, wie es - für mich und für die Regierung überraschend - doch gelungen ist, über diesen Tag hinweg ein **Bündnis** zu finden, das über den Kreis der regierungstragenden Fraktionen hinausgeht. Ich finde, das ist ein großartiges **Zeichen**. Es knüpft für mich auch an die Gemeinsamkeit an, die dieses Haus gefunden hat, als es grundsätzlich um Fragen der Energiepolitik, der Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien ging. Ich finde, das macht das Land stark. Das macht das Parlament stark, und das macht auch die Regierung gegenüber anderen Ländern stark. Insofern ist das, was Herr Kubicki gesagt hat, völlig richtig.

Es ist nichts Neues im Vergleich zu dem Brief, den ich dem Bundesminister Peter Altmaier am 28. März 2013 geschrieben habe. Sie kennen ihn. Dort habe ich formuliert, dass alle **Entscheidungen der Regierung** einem **Landtagsvorbehalt** unterliegen. Das heißt, die Regierung selbst hat ein großes Interesse daran, dass der Landtag als Souverän immer mitbestimmt, was die Regierung tut, beziehungsweise der Regierung die Weisung erteilt. Vor diesem Hintergrund ist auch das, was heute mehrfach eingefordert wurde und was der Ministerpräsident noch einmal in dankenswerter Klarheit ausgeführt hat, eigentlich klar gewesen, nämlich: Die Bedingungen, die der Landtag in welcher Mehrheit auch immer beschließt, sind Bedingungen, an die sich die Regierung zu halten hat.

Jetzt haben wir es sozusagen noch einmal mit Brief und Siegel. Aber für mich und für die Regierung war klar, dass dies nicht irgendwelche rhetorischen Bekundungen sind, sondern Gegenstand hart zu führender Verhandlungen mit dem Bund. Ich glaube, dies wird den Bund auch etwas kosten, und zwar nicht nur finanziell, sondern der Bund muss Rechtssicherheit versprechen und diese auch einlösen.

Deswegen verstehe ich nicht, Frau Beer, dass Sie die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen heute Morgen noch gelobt haben für einen Antrag, der verantwortungsbewusst ist und der im Wesentlichen das Gleiche gesagt hat bis auf die Bürgerforen, während Sie jetzt sagen, diese Bedingungen seien Verhinderungsanträge. Das bekomme ich logisch nicht zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es auch gut, dass die Anträge - diese werden von PIRATEN und FDP ja wahrscheinlich kommen - in den Ausschuss gehen. Ich habe eine gewisse Hoffnung, dass über die nun vor uns liegende Arbeit die Gemeinsamkeit, die jetzt entstanden ist, vielleicht sogar noch größer wird und die FDP und vielleicht die PIRATEN am Ende der Beratungen doch noch in der Lage sind, im Rahmen dieser breiten Verantwortungsübernahme auch zuzustimmen. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Ich sage noch einmal zu, dass die laufenden Beratungen auf allen Ebenen, die uns zur Verfügung stehen, schriftlich in den Ausschüssen, aber selbstverständlich auch während der Plenartagungen erfolgen sollen. Ich bitte Sie aber auch, diese Bringschuld von uns einzufordern. Wenn Sie Informationen bekommen haben, die Ihnen nicht ausreichen, wenn Sie noch Fragen haben, die explizit nicht auf den einen oder anderen Punkt, der im Antrag steht, passen, dann zwingen Sie uns bitte, diese Fragen zu beantworten. Es gibt kein Interesse - kein persönliches Interesse und auch kein politisches Interesse - hier an irgendeiner Stelle mit Geheimhaltungen zu arbeiten. Vor allem freuen wir uns darauf, die Expertise, die in anderen Fraktionen und bei den PIRATEN vielleicht vorhanden ist, für die Beteiligung von Menschen abzugreifen.

Ich will auch sagen, wie es auch heute Morgen der Ministerpräsident in einem Nebensatz angedeutet hat, dass ich es völlig in Ordnung finde, wenn dieses **Bürgerforum** woanders angesiedelt ist, wenn der Regierung mit Misstrauen begegnet wird. Wenn wir also als Teil eines Prozesses angesehen werden,

(Minister Dr. Robert Habeck)

der diesen **Dialog** eher behindert, dann sollten wir auch so fair miteinander umgehen und sagen: Es gibt bessere Orte, zum Beispiel Landtag, Kreistag, Kommunalparlament. Wir werden sehen, wo uns das hinführt. Also auch in dieser Frage sind wir völlig offen und hoffen, dass wir es gemeinsam hinkommen, die Probleme zu lösen.

Ich sage auch zu, dass wir den Beschlüssen des Landtags insoweit folgen sollten, als wir die Debatten im Bundesrat beispielsweise beachten werden, ohne dass die nochmalige Berichterstattung oder die Befassung des Landtags befriedigend erfolgt ist, und dass wir über alle politischen Instrumentarien hinweg die Vorbehalte des Landtags über Protokollerklärungen oder Ähnliches beachten werden.

Abschließend glaube ich, dass die Position, die Schleswig-Holstein einnimmt, schon außergewöhnlich ist. Die **mediale Beachtung** zeigt uns dies ja auch. Ich glaube aber, dass mit dieser breiten Gemeinsamkeit, wie sie jetzt entsteht, diese Außergewöhnlichkeit noch einmal unterstrichen wird. Es geht ja gerade darum, sich ein Stück weit von den Ritualen wegzubewegen. Dass dies nun auch parteipolitisch oder fraktionsübergreifend zu gelingen scheint, ist ein außerordentlich starkes Signal, und es ist ein außerordentlich guter Tag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Doch!)

- Oh, Entschuldigung! Ihre Wortmeldung hatte ich nicht gesehen. Sie haben selbstverständlich noch das Wort, Herr Magnussen. Bitte schön.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich bedaure, dass wir nicht auch einen **gemeinsamen Antrag** hinkommen haben. Aber ich sehe auch die Notwendigkeit des jetzigen Vorgehens und habe mich auch bereit erklärt, dieses Vorgehen so mitzutragen.

Ich möchte hier noch einmal ganz kurz auf unseren Antrag Bezug nehmen. Ich habe sehr intensiv auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Grünen kommuniziert, die, wie ich glaube, inhaltlich gar nicht so weit weg von uns sind, was die Aussagekraft unserer Anfragen betrifft. Ich möchte deshalb

noch einmal kurz darlegen, warum unser Antrag so formuliert worden ist.

Uns geht es darum, eine vernünftige **Faktenlage** zu erarbeiten, um in dieser Sache einen **Entscheidungsprozess**, der notwendig ist, auch konstruktiv begleiten zu können. Der Minister hat eben noch einmal ausgeführt, dass er auch bereit ist, schriftlich und ausführlich zu diesen Prozessen Stellung zu nehmen, und uns ständig auf dem Laufenden halten möchte. Ich nehme sie auch beim Wort und verlasse mich auf das Wort des Ministerpräsidenten und des Ministers - dafür nehme ich Sie auch persönlich in die Verantwortung -, dass wir inhaltlich ausgewogen und sachlich stichhaltig informiert werden. Ich würde mich freuen, Herr Minister, wenn Sie der Stadt **Brunsbüttel** und der Ratsversammlung ein Gesprächsangebot unterbreiteten, um dieses Thema auch inhaltlich auf die Tagesordnung zu nehmen, um die Region dabei letztendlich auch mitzunehmen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen gibt es nun tatsächlich nicht mehr. Dann kommen wir zu diversen Abstimmungen.

Herr Kubicki, Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass alle Anträge eigenständig sein sollten. Das sind sie ohnehin. Insofern werden wir einen Antrag nach dem nächsten abstimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich freue mich, dass wir beide einer Meinung sind, Frau Präsidentin!)

- Ja, das ist doch ein historischer Tag heute.

(Heiterkeit)

Damit Sie sich weiter freuen können, fangen wir auch gleich mit Ihrem Antrag an.

Ich lasse also zunächst abstimmen über den Antrag „Keine Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerksstandorten in Schleswig-Holstein“; das ist der Antrag der FDP in der Drucksache 18/707 - neu. Herr Garg, Sie haben mir vorhin mitgeteilt, dass Sie darüber gern in der Sache abstimmen lassen wollen. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

SSW und der Piratenfraktion. Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag in der Sache mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag „Transparenz und Volksentscheid über Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerksstandorten in Schleswig-Holstein unter Beteiligung der Öffentlichkeit sichern“. Das ist der Antrag der Piratenfraktion, der ebenfalls in der Sache abgestimmt werden soll. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass wir den nummernweise abstimmen. Ich lasse deshalb zunächst über Nummer 1 des Antrags in der Drucksache 18/728 abstimmen. Wer dieser Nummer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion sowie der PIRATEN. Wer lehnt diese Ziffer ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die CDU-Fraktion.

Ich lasse jetzt über Nummer 2 des Antrages in der Drucksache 18/728 abstimmen. Wer dieser Ziffer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind erneut die Abgeordneten von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der CDU. - Enthaltungen sehe ich keine.

Dann lasse ich über Nummer 3 des Antrags in der Drucksache 18/728 abstimmen. Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion. Wer möchte diese Nummer ablehnen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - -

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in der Abstimmung. Die Debatten haben den ganzen Tag über stattgefunden. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Abgeordneten wissen, worüber sie jeweils abstimmen. Deshalb noch einmal: Wer der Nummer 3 des Antrags in der Drucksache 18/728 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Kollegen der CDU, der FDP und der Piratenfraktion. Wer lehnt diese Nummer ab? - Das sind die Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Nummer 4 des Antrags Drucksache 18/728. Wer der Nummer 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion. Wer spricht sich gegen diese Nummer aus? - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/728, insgesamt abstimmen. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die diesem Antrag zustimmen möchten. - Das sind die Mitglieder der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag, Drucksache 18/728, gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU und FDP abgelehnt.

Mir liegt eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner vor. - Bitte, Herr Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Ich würde gern unser Abstimmungsverhalten zu Nummer 3 erläutern, damit wir nicht für Falsches in Anspruch genommen werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir sind in der Abstimmung!)

In der Sache sind die Koalitionsfraktionen selbstverständlich dagegen, dass aus Brunsbüttel ein Endlager wird. Es gibt aber ein Verfahren, das eine weiße Landkarte vorsieht, mit dem ein Suchverfahren in Gang gesetzt werden soll. Das betrifft alle Standorte. Wer das für richtig hält, der kann aus unserer Sicht nicht mit Ja abstimmen. Das ist der Grund für das Abstimmungsverhalten unserer Koalition. Ich bitte darum, das nicht als ein Votum in der Sache zu betrachten. Das habe ich ausdrücklich begründet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wir befinden uns in einer Abstimmung. Darauf weisen Sie zu Recht hin, Herr Garg. Über diese Drucksache ist aber zu Ende abgestimmt worden. Wenn Sie mögen, können Sie jetzt gern auch noch einen Beitrag dazu liefern.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, da das alles sowieso schon mordskompliziert ist und wir uns konzentrieren müssen, wie

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

wir gerade gesehen haben, bitte ich Sie, dass wir zunächst die Abstimmung fortsetzen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag mit dem Titel „Keine Zwischenlagerung von hoch radioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung“. Das ist ein Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/733. Ich habe den Hinweis bekommen, dass dieser Antrag federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll. Deshalb lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer diesen Antrag den Ausschüssen überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/750, mit dem Titel „Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein“. Über diesen Antrag soll in der Sache abgestimmt werden. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von - -

(Zurufe)

- Entschuldigung, weil das so eine Vielzahl von Anträgen ist, sage ich Ihnen kurz den Inhalt. Es geht um einen älteren Antrag, der eigentlich gar nicht zu dieser Atomdebatte gehört, aber im weiteren Sinne zur Energiewende. Mit diesem Antrag soll die Landesregierung gebeten werden,

„zeitgleich mit dem jährlich im Juni vorzulegenden Monitoringbericht auch über Ziele und Maßnahmen der Klimaschutz- und Energiewendepolitik für Schleswig-Holstein zu berichten“.

Weiter heißt es:

„Zudem bittet der Landtag die Landesregierung, in 2014 die Eckpunkte und die Zeitplanung für ein Energiewende- und Klimaschutzgesetz vorzulegen.“

Jetzt stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer diesem Antrag, Drucksache 18/750, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das ist die FDP-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist das gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Zustimmung aller anderen Fraktionen so beschlossen.

Schließlich lasse ich abstimmen über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/751 (neu) - 2. Fassung -, „Erfolgreicher Atomausstieg: Endlager-Suche beginnen - Energiewende konsequent umsetzen“. Mir wurde signalisiert, dass Sie über die einzelnen Punkte abstimmen möchten.

Wer Nummer 1 der Drucksache 18/751 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion, die Kollegen Wolfgang Dudda und Sven Krumbeck von der Fraktion der PIRATEN, das ist der SSW, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. Wer Nummer 1 nicht zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion sowie die Kollegen Angelika Beer, Uli König, Patrick Breyer und Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN. Wer möchte sich enthalten? - Das ist niemand. Damit ist dieser Nummer mehrheitlich angenommen.

Wer Nummer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Piratenfraktion und die CDU-Fraktion. Wer lehnt Nummer 2 ab? - Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion. Damit ist Nummer 2 bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit Zustimmung aller anderen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 3. Wer dieser Nummer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und sämtliche Mitglieder der Piratenfraktion. Wer lehnt Nummer 3 ab? - Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Damit ist Nummer 3 mehrheitlich angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 4. Wer Nummer 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen und Enthaltungen stelle ich nicht fest. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über Nummer 5. Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind FDP, CDU, alle Mitglieder der Fraktion der PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Nummer einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/751, in der zweiten Fassung abschließend abstimmen. Wer diesem Antrag abschließend seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW sowie die Kollegen Wolfgang Dudda und Sven Krumbeck von der Piratenfraktion. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion sowie die Kollegen Torge Schmidt, Patrick Breyer, Uli König und Angelika Beer von der Piratenfraktion. Wer enthält sich? - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schließlich lasse ich abstimmen über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/778, mit dem Titel „Verfahren zur Zwischenlagerung“.

In der Ihnen vorliegenden Drucksache fehlt ein Wort. Deshalb lese ich den ersten Abschnitt vor:

„Die in der Drucksache 18/733 genannten Fragestellungen sind von der Landesregierung im laufenden Verfahren zu berücksichtigen und dem Landtag darüber laufend schriftlich zu berichten.“

Das Wort „schriftlich“ muss eingefügt werden. Das steht nicht in dem Ihnen vorliegenden Ausdruck. Darüber haben Sie sich aber offenbar verständigt. - Herr Callsen, bitte.

Johannes Callsen [CDU]:

Wir müssen uns nicht über Nummern unterhalten. Der Minister hat angekündigt, alles schriftlich zu machen. Insofern nehmen wir das Angebot an.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es geht darum, dass das Wort „schriftlich“ eingefügt wird.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 18/778 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und CDU. Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten Patrick Breyer, Torge Schmidt, Uli König und Angelika Beer von der Piratenfraktion. Wer enthält sich? - Das sind Sven Krumbeck und Wolfgang Dudda von der Piratenfraktion sowie die Mitglieder der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die konzentrierte Abstimmung.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Auf unserer Tagesordnung steht jetzt noch der Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses. Ich entnehme Ihnen Gesichtern,

(Heiterkeit)

dass Sie damit einverstanden sind, wenn ich vorschlage, dass dieser Tagesordnungspunkt 50 morgen Vormittag hinter die gesetzten Tagesordnungspunkt eingereiht wird und dann die entsprechende Aufmerksamkeit erhält.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen frohen Abend.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:40 Uhr